

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 24, Oktober 2005

Klassengebundene Cleavage-Strukturen in den neuen und alten Bundesländern im Zeitverlauf

Tilo Görl

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam



Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 24, Oktober 2005

Klassengebundene Cleavage-Strukturen in den neuen und alten Bundesländern im Zeitverlauf

Tilo Görl

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam

ISSN 1612-6602

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1 Einleitung.....	1
Kapitel 2 Der Forschungsstand zum klassenbasierten Wahlverhalten	2
2.1 Das klassenbasierte Wahlverhalten in Westeuropa – „Are social classes dying?“	2
2.2 Das klassenbasierte Wahlverhalten in Ost- und Mitteleuropa sowie in Ostdeutschland– „Bringing class back in?“	5
Kapitel 3 Präzisierung der Fragestellung und Darstellung des Forschungsdesigns sowie der Datenbasis	11
3.1 Forschungshypothesen	11
3.2 Datengrundlage	14
3.3 Klassenkonzept und Parteipräferenz als zentrale Variablen des Forschungsdesigns	15
3.4 Übersicht zur datenanalytischen Vorgehensweise	18
Kapitel 4 Klassenstruktur und Wahlverhalten in den alten und neuen Ländern	19
4.1 Die Modellierung des klassenspezifischen Wahlverhaltens in den alten Ländern.....	19
4.2 Die Modellierung des klassenspezifischen Wahlverhaltens in den neuen Ländern.....	21
Kapitel 5 Klassenstruktur und Wertorientierungen	25
5.1 Eine zusätzliche Wertedimension in den neuen Ländern: die Sozialismus-Dimension	25
Kapitel 6 Wertorientierungen und Parteipräferenzen	36
6.1 Wertorientierungen und Parteipräferenzen in den alten Bundesländern.....	36
6.2 Wertorientierungen und Parteipräferenzen in den neuen Bundesländern.....	39
Kapitel 7 Komplexes Modell: Sozialstruktur, Wertorientierungen und Wahlverhalten – der Versuch einer inhaltlichen Bestimmung des klassenbasierten Wahlverhaltens.....	43

7.1	Komplexes Modell für die alten Bundesländer	44
7.2	Komplexes Modell für die neuen Bundesländer	48
	Kapitel 8 Zusammenfassung	55
	Literaturverzeichnis	58

Kapitel 1 Einleitung

In den neuen Bundesländern hat sich nach einer relativ kurzen Übergangszeit das aus dem Westen „geliehene Parteiensystem“ (Pappi 1991) zu einem eigenständigen „ostdeutschen Parteiensystem“ entwickelt, das sich über die Zeit trotz aller Volatilität in seinen Grundkonstanten als erstaunlich stabil erweist. Aufschlussreich für die Entstehung und Genese von Parteiensystemen ist der *cleavage*-theoretische Ansatz von Lipset und Rokkan (1967), nach dem gesellschaftliche, in der Sozialstruktur verankerten Konfliktlinien von den politischen Eliten aufgegriffen und dauerhaft parteipolitisch institutionalisiert werden.

Inwieweit sich jedoch der *cleavage*-theoretische Ansatz, der sich in seiner ursprünglichen Variante auf ein modernisierungstheoretisches Modell der westeuropäischen Demokratien bezieht (Eith 2001, S. 322 f.), auch auf die ostdeutsche Transformationsgesellschaft übertragen lässt, ist in der wissenschaftlichen Literatur kontrovers und keineswegs entschieden. Wohl am heftigsten wurde die Debatte über die Präsenz des Klassen-*cleavages* für die neuen Länder geführt. Die vorliegende Arbeit möchte hierzu einen eigenständigen Beitrag leisten, indem sie die Dynamik des Klassen-*cleavages* im ostdeutschen Transformationsprozess untersucht. Unter zusätzlicher Berücksichtigung von Wertorientierungen soll die Beziehungsstruktur zwischen Klassenpositionen und Parteipräferenzen sowie ihre zeitliche Dynamik inhaltlich bestimmt werden.

Die Spezifik und die Veränderung in der Politisierung der ostdeutschen Klassenstruktur, ihre mögliche Konvergenz zum westdeutschen Modell inbegriffen, können nur sinnvoll vor der Folie der westdeutschen Konfliktstruktur untersucht werden. Deshalb wird in der empirischen Analyse das westdeutsche Muster des *class cleavage* als Bezugsmodell mitberücksichtigt.

Bevor das Untersuchungsdesign und die Forschungshypothesen detailliert vorgestellt werden, soll konzise der Forschungsstand zum west- und ostdeutschen *class voting* wiedergegeben werden. Dabei soll für die Hypothesenbildung nicht nur der deutsche Forschungsstand einfließen, sondern auch die Querverbindungen, die zu den jeweiligen internationalen Debatten bestehen: Für die alten Länder sind dies die Bezüge zur *decline of class voting* – Debatte innerhalb der westlichen Industrieländer und für die neuen Länder die Querverbindungen zu den *cleavage*-theoretischen Befunden für die ost- und mitteleuropäischen Transformationsländer.

Kapitel 2 Der Forschungsstand zum klassenbasierten Wahlverhalten

2.1 Das klassenbasierte Wahlverhalten in Westeuropa – „Are social classes dying?“¹

Betrachtet man die Debatte zur Relevanz des klassenbasierten Wahlverhaltens in Westeuropa und in den alten Bundesländern einerseits und in den ost- und mitteleuropäischen Transformationsländern sowie in Ostdeutschland andererseits, ist festzustellen, dass sie unter genau entgegengesetzten Vorzeichen geführt werden. Während sie für den westeuropäischen resp. westdeutschen Kontext vor allem als *decline of class voting* - Debatte gehalten wird, geht es für den ost- und mitteleuropäischen Kontext sowie für die neuen Bundesländer um die Frage, ob die Klassenzugehörigkeit *überhaupt* bzw. *schon* eine prägende Rolle für politische Orientierungen und Handlungen ausübt. Da beide Debatten für den innerdeutschen Vergleich des *class voting* zentral sind, sollen sie kurz skizziert werden.

Bis in die 1970er Jahre hinein galt es als unstrittig, dass die Klassenzugehörigkeit die ökonomische Interessenlage der Individuen strukturiert und eine der wichtigen Bestimmungsgrößen des Wahlverhaltens ist. Über den Gruppeneinfluss der Klassenzugehörigkeit ließen sich das politische Denken und Handeln der Individuen, ihre politischen Wertorientierungen und ihre Parteipräferenzen sicher prognostizieren.

Seit den 1980er Jahren wird kontrovers diskutiert, ob sich die Stringenz dieser Zusammenhänge zunehmend verflüchtigt. Einerseits wird ins Feld geführt, dass sich durch den sozioökonomischen Strukturwandel von der Industriegesellschaft zur industriellen Dienstleistungsgesellschaft ein grundlegender sozialstruktureller Wandel vollzogen hat.² Die klassischen Konfliktgruppen – die Arbeiter und die Selbstständigen – verlieren relativ an Bedeutung zugunsten von sozialstrukturellen Gruppen ohne klare politische Zuordnung nach der herkömmlichen *cleavage*-Theorie, wie z. B. Beamte, Angestellte im öffentlichen Dienst und neue Dienstleistungsberufe in der Privatwirtschaft (Gluchowski, von Wilamowitz-Möllendorf 1997). Zum anderen wird auf einen zunehmenden Bedeutungsverlust der Sozialstruktur für die Ausbildung von Interessen und politischen Werten sowie für die Vermittlung von Wahlnormen verwiesen. Dieser Argumentationsstrang bezieht sich insbesondere auf Individualisierungs- und Wertewandelprozesse, die durch ökonomische Wohlstandssteigerung, den Ausbau

¹ Clark, Lipset 1991.

² Siehe z. B. Geißler (2002, S. 197 ff.).

des Wohlfahrtsstaates, Bildungsexpansion und die zunehmende Verbreitung von Massenmedien angeschoben wurden.³

Diese äußerst populären Thesen zum Niedergang des klassenbasierten Wahlverhaltens⁴ blieben indes nicht unwidersprochen. Die Hauptkritik wird in zwei Richtungen vorgetragen. Zunächst wird das oftmals verwendete dichotome Klassenmodell moniert, das lediglich zwischen Arbeitern und Nicht-Arbeitern bzw. zwischen Arbeitern und Personen der Mittelklasse unterscheidet. Diese Dichotomie würde – so die Kritik – die komplexe Erwerbs- und Sozialstruktur industrieller Dienstleistungsgesellschaften nicht annäherungsweise abbilden (Müller 1998, S. 6) und so heterogene Gruppen in unangemessener Weise zusammenfassen (Elff 2004, S. 20). Ein weiterer Kritikpunkt wurde zur methodischen Vorgehensweise geäußert. So wird moniert, dass die Zusammenhangsstruktur zwischen der Klassenzugehörigkeit und der Parteiwahl in der Regel durch den Alford-Index bzw. durch Regression der dichotomisierten Parteienwahl gemessen wird. Der methodische Schwachpunkt dieser Verfahren, die letztlich auf die Bildung von Prozentsatzdifferenzen hinauslaufen, liegt in ihrer Anfälligkeit gegenüber Veränderungen in der Randverteilung (Andreß, Hagenaars, Kühnel 1997, S. 143 f.). Besser geeignet für den internationalen und überzeitlichen Vergleich sind solche Maße, die das Chancenverhältnis statt die Chancendifferenz messen. Entsprechendes leisten loglineare Modelle für aggregierte Daten oder Modelle der logistischen Regression für Individualdaten.

Studien, die die methodologischen und statistischen Einwände im Ganzen oder zumindest teilweise berücksichtigen, gelangen zu differenzierten Aussagen. Statt eines kontinuierlichen Rückgangs im *class voting* werden vielmehr trendlose und fluktuierende Verläufe diagnostiziert (Heath et al. 1987, 1991; Payne et al. 1994; Weakliem und Heath 1999). Arbeiten mit einer breiten komparativen Basis stellen zudem beachtliche länderabhängige Niveauunterschiede im *class voting* fest (Nieuwbeerta 1995, 1996; Nieuwbeerta, de Graaf 1999).

Auch der gängigen These, nach der die zunehmende Politisierung postmaterialistischer liberärer Werte (*new politics*) den Niedergang des *class voting* beschleunigt, wurde widersprochen. So zeigen die Befunde von Manza, Hout und Brooks (1993, 1995, 1997a, 1997b, 1997c) zum Wandel des klassenbasierten Wahlverhaltens in den USA statt einer umfassenden Abkoppelung der Klassen von den Parteien (*dealignment*), parteipolitische Neuanbindungen

³ Zur Popularisierung dieser These trug nicht zuletzt der Sammelband von Franklin et al. (1992) und die Studie von Clark und Lipset (1991; 1993) bei.

⁴ Dalton spricht in diesem Zusammenhang sogar von „*conventional wisdom*“ (Dalton 1996, S. 329).

(*realignment*) für einzelne Segmente der neuen Mittelklasse. Diese werden von den Autoren auf die klassenstrukturelle Verankerung der *new politics* zurückgeführt:

"Strikes and wage demands of trade unions seldom affect professionals' work. Thus these mild material interests have been overtaken by professionals' concerns to civil rights, civil liberties, and the environment. In one sense, the impact of social issues on professionals' voting is a point of favour of postmaterialist accounts of electoral change. But a postmaterialist argument implies that class no longer correlates with vote. Here we see that one class responded to these concerns by switching allegiance from one party to the other - as a class." (Hout, Manza, Brooks 1999, S. 90)

Diese Ergebnisse zum *realignment* im *class voting* haben die Debatte insofern modifiziert, dass einige Autoren nunmehr zwischen *traditionellem* und *cultural class voting* differenzieren (u. a. Houtman 2001, 2006).

Versuche, Präferenzen in den neuen Werten mit den Interessenlagen der Klassen zu verbinden, unternimmt insbesondere auch Müller im Rahmen der deutschen *decline of class voting* – Debatte (Müller 1997, 1998, 1999; Schnell, Kohler 1995, 1997; Jagodzinski, Quandt 1997). Müllers Analyse des *class voting* basiert auf einem modifizierten EGP-Klassenschema, das die übliche Unterscheidung in obere und untere Dienstklasse zugunsten einer nach beruflichen Inhalten orientierten Unterteilung aufhebt.⁵ Er unterscheidet (1) eine administrative Dienstklasse, die Manager und Personen mit hohen Verwaltungsfunktionen umfasst, (2) Experten, die professionelle und semiprofessionelle Berufe in den Naturwissenschaften oder als Ingenieure ausüben und (3) die soziale Dienstklasse, die Berufe mit Dienstverhältnissen im Bereich Medizin, Kultur und Sozialwesen umschließt. Ausschlaggebend für die Ausbildung distinkter Interessenlagen und kollektive Identitäten dieser drei Gruppen ist nun der Umstand, dass die administrative Dienstklasse das einzige Dienstklassensegment ist, das Teilhabe an Macht im Rahmen einer Organisationshierarchie hat, was zu einer hohen Interessenidentität zwischen dieser Gruppe und der Organisation führt. Insbesondere für den privaten Sektor sollte die Interessenlage der administrativen Dienstklasse im Wesentlichen denen der Selbstständigen entsprechen. Für die anderen beiden Segmente ist vielmehr die Forderung nach Unabhängigkeit und Autonomie gegenüber den Organisationszwängen zentral, um ihre professionellen Orientierungen umzusetzen. Da viele Berufe dieses Segments zudem im öffentlichen Sektor angesiedelt sind, ist es eher unwahrscheinlich, dass ihre Interessen mit den Kapitalinteressen zur Deckung kommen. Bei den sozialen und kulturellen Diensten ist der starke Klien-

⁵ Vgl. Erikson, Goldthorpe, Portocarrero (1979, 1992). Zu dieser Klasse werden bspw. Experten, Manager oder andere hochqualifizierte Angestellte gerechnet. Aufgrund ihrer privilegierten sozialen Lage behauptet Goldthorpe für die Dienstklasse eher konservative Parteipräferenzen. In den Untersuchungen von Müller (1998, 1999) wird diese pauschale Konservatismus-These widerlegt.

ten- und Symbolbezug ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt, der auch ihre Nähe zu Themen der Neuen Politik erklärt. Müller konnte nun zeigen, dass die administrative Dienstklasse tatsächlich eine überproportionale CDU-Affinität aufweist und die Experten, vor allem aber die kulturellen und sozialen Dienste eher zur SPD und den Grünen neigen. Das entscheidende Ergebnis ist, dass das *class voting* durch die Neue Politik nicht geschwächt wurde, sondern selbst eine klassenstrukturelle Basis hat (Müller 1998, S. 40). Insgesamt sprechen die neueren Befunde eher gegen die dominierende Sichtweise von einem allgemeinen Bedeutungsverlust des *class voting* in Westeuropa (Evans 1999).

2.2 Das klassenbasierte Wahlverhalten in Ost- und Mitteleuropa sowie in Ostdeutschland – „Bringing class back in?“⁶

Nach der dominierenden Sichtweise zum klassenbasierten Wahlverhalten in Ost- und Mitteleuropa wird die Wirksamkeit der Klassenzugehörigkeit eher in Abrede gestellt. Als Hauptargumente dient der Verweis auf die umfassenden gesellschaftspolitischen Veränderungen während der Zeit des Staatssozialismus, die zu einer völlig eingeebneten Sozialstruktur und zur Eliminierung sämtlicher intermediärer Formen zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation geführt haben (Parrot 1997, S. 2; Schöpflin 1991, S. 235; Offe 1997). Entsprechend firmiert diese Sichtweise als *tabula rasa* - bzw. als *missing middle* - Ansatz.

Diese Sichtweise blieb indes nicht unwidersprochen. Zunächst wurde von einigen Autoren angenommen, dass es in den ost- und mitteleuropäischen Transformationsländern einen grundlegenden wertebundenen Modernisierungskonflikt gibt. Dieser speist sich aus transformationsbedingten Teilkonflikten, etwa der zwischen Post-Kommunisten und Antikommunisten, zwischen staatlicher Redistribution und Marktliberalisierung, zwischen Autoritarismus und gesellschaftlicher Liberalisierung sowie zwischen Traditionalismus und Verwestlichung (Stöss, Segert 1997; Glæßner (1995).

Gegen die *tabula rasa* – These werden des Weiteren auch Annahmen zum klassenbasierten Wahlverhalten vorgebracht. Diese lassen sich danach ordnen, inwieweit Prozesse der Klassenbildung bereits im Staatssozialismus selbst angelegt waren oder erst im Zuge des Transformationsprozesses manifest wurden und zu welchem Zeitpunkt die Klassenstruktur politisiert wurde.

Studien, die das klassenstrukturelle Erbe der sozialistischen Staaten betonen, argumentieren gegen die Annahme, dass die mittel- und osteuropäischen Gesellschaften als „*classless socie-*

⁶ Szelényi, Fodor, Hanley 1997.

ties“ (Slomczynski, Shabad 1997, S.155) den Transformationsprozess angetreten haben. Vielmehr wird ins Feld geführt, dass sich auch unter den Bedingungen der Planwirtschaft und dem Fehlen privater Eigentumsrechte distinkte Klassenlagen aufgrund unterschiedlicher Kontroll- und Verfügungsrechte im Produktions- und Allokationsprozess ausgebildet haben (Slomczynski, Shabad 1997). Diese konzentrierten sich gemäß Heike Solga (1995a), die den Klassenbildungsprozess für die ehemalige DDR untersuchte, vor allem bei der sozialistischen Dienstklasse.⁷ Die Rekrutierungsmechanismen dieser Klasse waren zu allen Zeiten an eine „avancierte Systemloyalität“ (Solga 1994, S. 529) gekoppelt. Gleichzeitig verstärkten sich über die Zeit Mechanismen ihrer Selbstrekrutierung bei gleichzeitig sich verschlechternden Aufstiegschancen von Arbeiterkindern (Solga 1994, S. 532 ff.). So brachtet sollten sich vorhandene Klassengegensätze zum Ende des Sozialismus eher noch verschärft haben.

Wenn nun die mittel- und osteuropäischen Länder nicht als klassenlose Gesellschaft den Transformationsprozess angetreten haben, bleibt trotzdem strittig, ob die Klassenstruktur von Beginn an politisiert war. Ein Kreis von Autoren leitet unmittelbar aus dem klassenstrukturellen Erbe des Sozialismus konsistente Interessenlagen und kollektive Identitäten ab, auf deren Grundlage sie ein rationales Handlungsmodell auch für den Beginn des Transformationsprozesses formulieren (u. a. Kitschelt 1992). So argumentiert Domanski (2000), dass die bestehenden sozialen Unterschiede, die aus der sozialistischen Klassenstruktur entspringen, stabil bleiben bzw. durch den ökonomischen Transformationsprozess und der damit verbundenen zunehmenden Einkommensungleichheit eher noch verschärft werden. Auch die Wirkung der Mobilitätsregime im Transformationsprozess verweist eher auf die Fortwirkung der sozialen Herkunftsressourcen (Slomczynski, Shabad 1997, S. 172-177; Krzywdzinski 2005, S. 70).

Die Politisierung der Sozialstruktur setzt jedoch auch voraus, dass erstens die Wähler von Beginn an ihre sozialen Interessenlagen und wertebezogenen Präferenzen kennen und diese widerspruchsfrei auf die parteipolitischen Wettbewerbspositionen beziehen können und dass zweitens sich das Elektorat gleich zu Beginn des Transformationsprozesses zu möglichst identifizierbaren homogenen sozialen und wertebezogenen Aggregaten zusammenfügt, die von den Parteien gezielt angesprochen werden können. Von einigen Autoren werden diese Prämissen aufgrund der hohen Unsicherheit im Transformationsprozess, eher infrage gestellt (vgl. z. B. Bunce, Csanádi 1993) oder darauf verwiesen, dass sich diese Rationalität erst im

⁷ Der Begriff der Dienstklasse kommt ursprünglich vom Austro-Marxisten Renner (1953). Er definiert Dienstklasse als eine Art Hilfsklasse, mittels der die herrschende Klasse ihren Machterhalt sichert.

Zuge eines allmählichen Lernprozesses, also mit zunehmender Wahlerfahrung einstellt (Tworzecki 2003, S. 241 f.)

Weniger aus Sicht eines generellen Koordinationsproblems von Interessenlagen und Werthaltungen und dem parteipolitischen Angebot, als vielmehr aus der zeitlichen Perspektive der Relevanz einzelner *cleavages* beschreiben Szélényi et al. die Dynamik der ost- und mitteleuropäischen Konfliktstrukturen. Nach Szélényis Theorie der *two axis* ist die erste Phase des Transformationsprozesses durch sozio-kulturelle Spaltungen (*politics of symbols*) gekennzeichnet und erst in der zweiten Phase etabliert sich ein sozio-ökonomischer Interessengegensatz (*politics of interests*) (Szélényi, Poster 1996; Szélényi, Fodor, Hanley 1997). Die *politics of symbols* beschreiben Szélényi et al. als einen Kulturkampf, der nach dem Auseinanderfallen der antikommunistischen Systemopposition zutage trat und letztendlich um die Themen kreist, wie sie die Autoren zum wertebezogenen Modernisierungskonflikt beschrieben haben. In dem Maße, wie der Modernisierungskonflikt gelöst wird und sozio-ökonomische Ungleichheiten stärker werden, wird die Auseinandersetzung um die sozio-ökonomische Allokation bedeutsamer. Gleichzeitig wird die objektive Klassenzugehörigkeit entscheidender für die parteipolitische Präferenzbildung. Die Theorie der zwei Achsen beschreibt demnach eine klare Sequenz von politischen Konflikten – von den *politics of symbols* zu den *politics of interests*.

In der Tat belegen viele empirische Studien die Annahmen, dass die post-kommunistischen Staaten nicht als „formless magma“ (Baumann 1994) in den Transformationsprozess eingetreten sind und sich die Konfliktstruktur mit Fortschreiten des Transformationsprozesses dennoch gewandelt hat. So können bspw. Evans und Whitefield (1998) für Russland zwischen 1993 und 1996 ganz im Sinne von Szélényi et al. einen klaren Bedeutungswechsel der Links-Rechts-Skala ausmachen. Innerhalb dieser recht kurzen Zeitspanne haben die sozio-ökonomischen Einstellungen für die Links-Rechts-Einstufung im Vergleich zu den gesellschaftspolitischen Einstellungen merklich an Bedeutung gewonnen (Evans, Whitefield 1999, S. 1033).⁸ Für die Klassenzugehörigkeit als Determinante von politischen Einstellungen und Verhalten ist festzustellen, dass einige Studien eine Bedeutungszunahme konstatieren (Matéju et al. 1996, 1999; Evans und Whitefield 1999; Szélényi 1997). Andere Befunde sprechen je-

⁸ So kann Tworzecki (2003) für Polen und Ungarn im Zeitraum 1992 bis 1995 eine klare Dominanz der *Kulturkampf – issues* (Klerikalismus, Dekommunisierung) gegenüber den sozio-ökonomischen Einstellungen für die ideologische Selbstverortung und die Parteipräferenz nachweisen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Gijssberts und Nieuwebeerta (2000). In beiden Studien bildet Tschechien eine Ausnahme. Siehe hierzu auch Matéju et al. (1997).

doch eher für eine politische Restrukturierung der Sozialstruktur. So stellen bspw. Evans und Whitefield für Russland fest:

"...in 1993 those who identify themselves as manual workers place themselves at a point well to the right of those who consider themselves to be entrepreneurs and intellectuals. [...] By 1996 [...] Managers, for example, have become more right-wing than manual workers. [...] formerly left-wing groups have become right-wing and vice versa." (Evans, Whitefield 1998, S. 1027 ff.)

Auch auf der Einstellungsebene finden sich für die frühe Transformationsphase Muster, die dem traditionellen *cleavage*-Modell widersprechen. So zeigen die empirischen Ergebnisse von Duch (1993) für Russland und von Gardawski (1996) für Polen, dass die Industriearbeiter zu Beginn des Transformationsprozesses die marktwirtschaftlichen Reformen mit am stärksten unterstützt haben und die sozialistische Dienstklasse der Einführung von Marktreformenten weit weniger aufgeschlossen gegenüberstand. Diese Befunde können dahingehend gedeutet werden, dass die soziale Klasse, die am wenigsten vom ineffizienten sozialistischen Allokationssystem profitiert hatte (Solga 1995a, 1995b), zugleich ein großes Interesse an der Einführung von Marktreformenten hatte.⁹ Umgekehrt stand die sozialistische Dienstklasse der Einführung von Marktreformenten weit weniger aufgeschlossen gegenüber. Einerseits weil ihre Klassenlage im bisherigen Allokationsprozess neben der der Partieliten am vorteilhaftesten war (Solga 1995a, 1995b) und andererseits weil der Transformationsprozess von politischen Ressourcen in marktfähige Ressourcen keineswegs so reibungslos verlief, dass seine Ergebnisse zweifelsfrei antizipiert werden konnten. Falls für die Frühphase des Transformationsprozesses die unterstellte Handlungslogik für die sozialen Klassen zutreffend ist, dann fand mit den Worten von Thomas v. Winter (1996, S. 308 f.) eine *Virtualisierung des sozialistischen Klassenkonflikts* statt, die nach dem Umbruch erstmalig parteipolitisch zum Ausdruck kommen konnte. In dem Maße jedoch, wie die Klassenlagen weniger von politischen Ressourcen und stärker von marktfähigen Ressourcen abhängen, sollte sich die Logik des Klassenkonflikts grundsätzlich an die des westlichen Musters annähern. In diesem Sinne ist zu fragen, ob der Transitionskonflikt tatsächlich, wie von Szelényi (1997) behauptet, keine Klassenbasis hatte oder ob die Klassenzugehörigkeit die relevanten Wertekonflikte dieser Phase - insbesondere der Konflikt über die Dekommunisierung, also die Abwendung von der kommunistischen Vergangenheit, mitbestimmt hatte.¹⁰

⁹ Allerdings darf davon ausgegangen werden, dass die Aufgeschlossenheit gegenüber Marktreformenten in der Frühphase des Transformationsprozesses von weitgehend idealisierten Vorstellungen vom Markt getragen wurde (Tworzecki 2003, S. 93; Krzywdzinski 2005, S. 74).

¹⁰ So interpretieren Evans und Whitefield die (Re)strukturierung des class voting in Russland als inhaltlichen Bedeutungswechsel der Links-Rechts-Dimension, der sich im Sinne von Szelényi als Wechsel von den „politics

Die ostdeutschen Befunde zum Klassenwahlverhalten und ihre theoretische Deutung zeigen nun einige Parallelen zur aufgezeigten ost- und mitteleuropäischen Debatte, ohne dass diese im Allgemeinen zur Kenntnis genommen wurden. Für die ostdeutsche Debatte war vor allem die überraschende Anomalie im Wahlverhalten der Arbeiter zu Beginn des Transformationsprozesses bestimmend. Bis in die Mitte der 1990er Jahre zeigten die ostdeutschen Arbeiterwähler eine überproportionale Tendenz der CDU-Wahl. Die PDS fand hingegen überproportionale Unterstützung bei den höheren Angestellten und Beamten, also jenen Berufsgruppen, die das wesentliche Rekrutierungsfeld der sozialistischen Dienstklasse bildeten.¹¹ Aufgrund des offensichtlichen Versagens der **Kontinuitätsthese**, also der These von der Anknüpfung an die traditionellen sozio-politischen Koalitionen, wurde das Wahlverhalten aus zwei Blickwinkeln interpretiert. Zunächst wurde insbesondere von Dieter Roth (1990) ganz im Sinne der *missing middle* - bzw. *tabula rasa* – **Hypothese** die Ansicht vertreten, dass eine sozialstrukturelle Vorprägung der ostdeutschen Wähler oder gar die Vermittlung klassenspezifischer Wahlnormen könnte aufgrund der Aufeinanderfolge zweier totalitärer Diktaturen ausgeschlossen werden.¹² Stattdessen so Roth (1990, S. 371) sind die 1990er Wahlen als „issue voting“ in fast reiner Form“ zu bewerten, wobei das bestimmende *issue* das Vereinigungsthema war. Nach der zweiten Sichtweise (**Kristallisationsthese**) zeigte sich gerade in der zeitweisen Stabilität der anomalen Klassen-Parteien-Koalitionen und in einer ungleichen Aufgeschlossenheit der sozialen Klassen gegenüber dem Wiedervereinigungsprozess¹³ jener Klassegegensatz, wie er unter staatssozialistischen Bedingungen entsteht (siehe oben) und unter den Bedingungen freier Wahlen politisiert wird. (z.B. Emmert 1991; Eith 1997, 2002; Schmitt 1993, 2001; von Winter 1996). Der Klassenkonflikt in seiner westdeutschen Variante wird durch diesen spezifischen Klassegegensatz noch überlagert, wodurch auch das mäßige Abschneiden der SPD in der Arbeiterschaft zu erklären ist. Thomas v. Winter räumt diesem aus der DDR ererbten Konflikt allerdings keine dauerhafte Etablierungschance ein, da er seit der Wiedervereinigung allmählich seine strukturelle Grundlage verliert (von Winter 1996, S.

of symbols“ zu den „politics of interests“ vollzieht: "Popular understanding of the meaning of left and right has moved from an interpretation which focuses on the communist inheritance and the reaction to that communist rule to one which construes political divisions, and individual voters' relationship to those divisions, in terms of the distributional struggles and interests characteristic of political disputes in the long-established capitalist economies." (1998, S. 1037)

¹¹ Diese Aussage gilt für die Volkskammerwahl eingeschränkt, da es zu der Zeit noch keinen Beamtenstatus gab.

¹² Vgl. auch Veen, Gluchowski 1994, S. 184 f.

¹³ Im Wiedervereinigungsjahr hielten 39% der Intelligenz das Tempo der gesellschaftlichen Veränderungen als zu schnell empfanden. Dieses Urteil teilten nur 21,8% der Arbeiter. Gleichzeitig erwarteten 1990 50% der Arbeiter, Gewerbetreibenden und Genossenschaftsbauern eine Verbesserung ihrer persönlichen Situation, hingegen waren es in den Reihen der Intelligenz nur 22,4% (Averkorn, Eith 1992, S. 28 f.; Averkorn 1993).

311). Die Entwicklung über die fünf gesamtdeutschen Bundestagswahlen und die empirischen Forschungsbefunde (Eith 2000, S. 131 f.; Eith, Mielke 2000, S. 95; Schmitt 2001, S. 104 f.; Hartenstein, Müller-Hilmer 2002, S. 20; Gattig 2003, S. 26) bestätigen diese Prognose. Trotz weiterhin bestehender regionaler Besonderheiten in der politischen Landschaft zwischen Ost- und Westdeutschland¹⁴, etwa des hohen PDS-Anteils oder der geringen Erfolgchancen von B90/Grünen und FDP in den neuen Ländern nähern sich die klassenstrukturellen Wählerprofile der Parteien an das westdeutsche Muster an. Allerdings verweisen Arzheimer und Falter (1998, 2002) sowie Schmitt (2001, S. 105 f.) darauf, dass der Anteil der habituellen Unterstützer der SPD unter den ostdeutschen Arbeitern immer noch sehr gering ist, sodass die „Normalisierung“ der parteipolitischen Präferenzen bei den Arbeitern nicht irreversibel ist.¹⁵ Insgesamt ist die zweite Sichtweise sehr verträglich mit der Idee einer Restrukturierung der Partei-Klassen-Beziehungen, wie sie in der ost- und mitteleuropäischen Debatte geäußert wurde.

¹⁴ Vgl. zu den regionalen Besonderheiten *innerhalb* Ostdeutschlands und ihrer Entwicklung Görl (2001).

¹⁵ Die Autoren beziehen sich dabei auf das Ann-Arbor-Konzept der affektiven, emotionalen Parteibindungen. Schmitt (2000, 2001, S. 105) sieht in der hohen Volatilität zwischen der Bundestagswahl 1998 und den Landtagswahlen 1999 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen insbesondere unter den Arbeiterwähler ein Indiz für die Umkehrbarkeit dieses Annäherungsprozesses.

Kapitel 3 Präzisierung der Fragestellung und Darstellung des Forschungsdesigns sowie der Datenbasis

3.1 Forschungshypothesen

Der hier verfolgte *cleavage*-Ansatz unterscheidet in Anlehnung an Pappi (1977), Jagodzinski (1981), Kriesi (1998), Weßels (2000) und Houtman (2001) drei idealtypische Bestandteile einer politischen Spaltungslinie: eine sozialstrukturelle bzw. interessenorientierte, eine wertorientierte und eine parteibezogene Dimension.

Nach der gängigen Definition von Parsons sind gesellschaftspolitische Werte „Konzeptionen der wünschenswerten Gesellschaft“ (Parsons 1980, S. 185). Weil diese gesellschaftspolitischen *Wünschbarkeiten* in den verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedlich ausfallen, besteht nach Pappi und Lauhmann (1974) ein unmittelbarer Bezug zwischen Wertorientierungen und Sozialstruktur (vgl. auch Bürklin, Klein 1998, S. 143). Indem die politischen Parteien in ihren *policy* – Angeboten auf die gesellschaftspolitischen Wertorientierungen ihrer sozialen Zielgruppen rekurrieren (Bürklin, Klein 1998, S. 143), bilden Wertorientierungen quasi die Vermittlung von Sozialstruktur und politischem Verhalten (Pappi 1977, S. 206). Werte sind – nach dem hier vertretenen Ansatz – integraler Bestandteil einer Theorie sozialer Konfliktstrukturen.¹⁶ Welchen analytischen Vorteil liefert ein solch integrativer Ansatz gegenüber einer rein sozialstrukturellen Analyse von *cleavage*-Strukturen? Der Vorteil liegt vor allem darin, dass unter systematischer Einbeziehung von gruppenspezifischen Wertorientierungen die Bindung bestimmter Gruppen an bestimmte Parteien *verstehbar* wird, ebenso wie durch die Berücksichtigung des Wertekonzeptes Verschiebungen in der *cleavage*-Struktur erklärbar werden (Pappi 1977, S. 214).¹⁷

Gerade für das in der Forschungsliteratur für die neuen Bundesländer bisher eher deskriptiv dargestellte *realignment* im klassenbasierten Wahlverhalten, das maximal durch ad hoc Vermutungen interpretiert wurde – etwa im Sinne „einer natürlichen Angleichung“, sollte dieser theoretisch integrative Ansatz einen *analytischen Mehrgewinn* erbringen.

¹⁶ Die oft verwendete Unterscheidung zwischen „*value cleavages*“ und strukturellen *cleavages* (Inglehart, Flanagan 1987, S. 1304) wird hier aufgehoben. Dennoch wird nicht behauptet, dass jeder Wertekonflikt eine sozialstrukturelle Basis haben *muss* oder jeder strukturelle Konflikt sich in divergenten Wertorientierungen äußern *muss*.

¹⁷ Ohne die Einbeziehung der libertären und autoritären Werte würde z. B. das *partisan realignment* der neuen Mittelklassen in Richtung linkslibertärer Parteien oder die teilweise beobachtbare Präferenz der Arbeiter für rechtspopulistische Parteien in Westeuropa lediglich auf Vermutungen basieren.

In Abbildung 3-1 (S. 14) ist plakativ der *maximale* Möglichkeitsraum für die Dynamik des klassenbasierten Wahlverhaltens in den neuen Ländern dargestellt. Als Modellprämisse fließt zunächst die Annahme eines zeitlich voranschreitenden Transformationsprozesses ein. Die Sozialstruktur - im engeren Sinne die Klassenstruktur – wandelt sich aufgrund der tiefgreifenden politischen und ökonomischen Veränderungsprozesse von einer (staats-) sozialistischen Klassengesellschaft in eine post-sozialistische also marktorientierte Klassenstruktur. Heike Solga folgend wird angenommen, dass der Klassengegensatz in der DDR *nicht* überwunden war, sondern je nach Ausstattung mit politischen, technokratischen und ökonomischen Ressourcen unterschiedliche Klassenpositionen zu unterscheiden sind. In den „Freiräumen“, die die DDR als Nischenkultur besaß, und über das Westfernsehen als Institution der Fernsozialisation sollten sich *klassenspezifische* Werte- und Einstellungen herausgebildet haben, die jenseits der offiziellen Ideologie relativ eigenständige Beurteilungsrangfolgen für die DDR-Gesellschaft und die ihr immanenten Redistributions- und Allokationsabläufe darstellten. Da diese klassenspezifischen Wertorientierungen nur fehlerfrei durch Messung in t_0 ermittelt werden können, was aufgrund einer fehlenden Datengrundlage nicht möglich ist, kann nur annäherungsweise vom Zeitpunkt t_1 an dieses Wertemuster rekonstruiert werden. Gleichzeitig wird unterstellt, dass die DDR-Bürger für ihre Verhaltenspräferenzen bspw. die Wahlpräferenz in der Frühphase des Transformationsprozesses auf ihre Überzeugungssysteme, also auf Werte und Einstellungen, zurückgriffen, die sie bereits zu DDR-Zeiten erworben hatten. Mit Fortschreiten des Transformationsprozesses verändert sich die Klassenstruktur grundsätzlich in Richtung zunehmender Marktlogik (t_2). Diese Veränderungen implizieren auf der Individualebene neue Interessenlagen. Gleichzeitig werden neue Werte als Beurteilungsrangfolgen für die gesellschaftspolitische Wünschbarkeit wichtiger; nämlich Werte, die im engen Bezug zur kapitalistischen Wettbewerbs- und Leistungsgesellschaft stehen. Je nach marktvermittelter Ressourcenausstattung werden diese *Wünschbarkeiten* unterschiedlich, also klassenspezifisch, ausfallen. Der theoretisch denkbare Möglichkeitsraum muss jedoch nicht mit der tatsächlichen Dynamik im klassenbasierten Wahlverhalten übereinstimmen.

In Anlehnung an den Autor von Winter (1996) sind für den hier verfolgten Ansatz nachstehende Hypothesen forschungsanleitend, die in den jeweiligen Teilkapiteln in entsprechende Testimplikationen runtergebrochen werden:

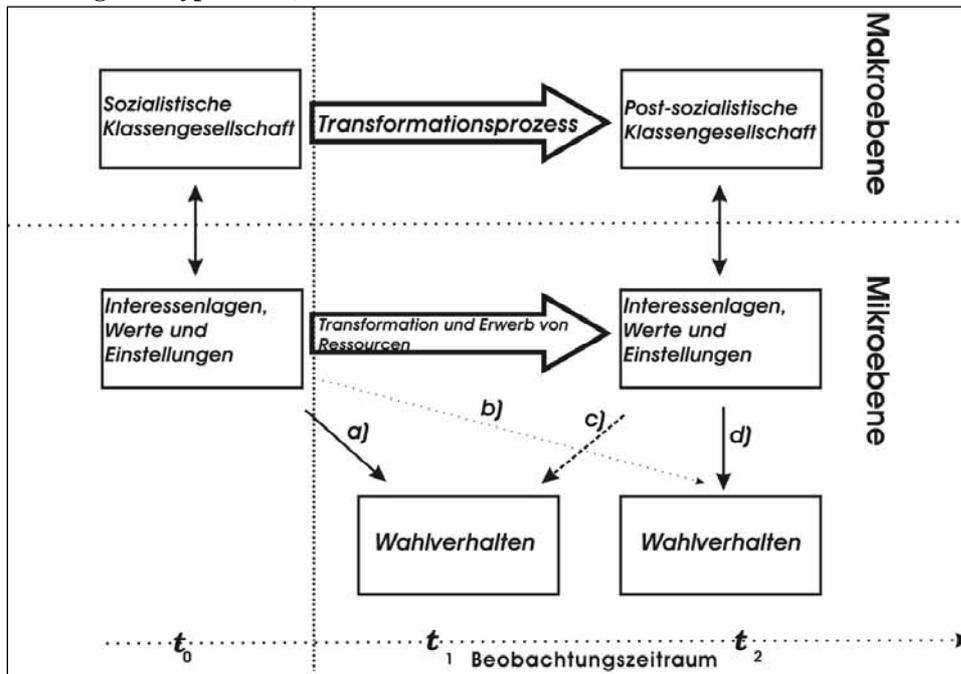
- (1) Die *tabula rasa*-These: In Bezug auf die Dynamik des Klassen-Wähler-Zusammenhangs ist sie quasi das „Nullmodell“. Die *cleavage*-theoretische Trias aus Klassenposition, klassenspezifischen Werthaltungen und politischem Verhalten ist

bestenfalls rudimentär ausgebildet. Zudem wird unter den Bedingungen fortschreitender Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse der Klassen-*cleavage*, wenn überhaupt nur eine geringe Bedeutung erlangen.

- (2) Die **Konvergenzthese** geht mit Fortschreiten des Transformationsprozesses von einem zunehmenden Bedeutungsgewinn des traditionellen Klassen-*cleavage* aus. Die Ursachen liegen in der Entwicklung der Makrostruktur in Richtung einer marktorientierten Klassenstruktur. Damit verbunden passen sich auf der Individualebene durch sozio-politische Lernprozesse die klassen- und wertebezogenen Kausalmechanismen der Wahlentscheidungen der Ostdeutschen an die der Westdeutschen an. Diese Entwicklung wird über die Pfade c) und d) verdeutlicht, wobei d) als zeitlich nachgelagerter Pfad das traditionelle Klassen-*cleavage* stärker zum Ausdruck bringt.
- (3) Die **Kristallisationsthese** schöpft den beschriebenen Möglichkeitsraum für die Dynamik des Klassen-Wähler-Zusammenhangs voll aus, indem sie im Unterschied zur Konvergenzhypothese auch strukturelle Konflikte zum Beginn des Transformationsprozesses postuliert. Danach hat sich bereits zum Zeitpunkt t_1 ein eigenes klassenbasiertes Strukturmuster der Parteipräferenz herauskristallisiert, das den staatssozialistischen Klassenkonflikt unter den Bedingungen des freien Parteienwettbewerbs virtualisiert. Die Singularität dieses Musters beruht auf einem eigenständigen Kausalmechanismus zwischen den Klassenpositionen, den gesellschaftspolitischen Wertepräferenzen und dem Wahlverhalten. Indem sich die strukturelle Grundlage dieses Konflikts mit zunehmendem zeitlichen Abstand zum Zusammenbruch der DDR verflüchtigt, verliert dieses Muster des klassenbasierten *cleavages* nach und nach an Bedeutung – dargestellt durch die Entwicklung von Pfad a) zu Pfad b). Zeitlich überlagert wird dieser Prozess durch den *realignment*-Prozess, wie ihn die Konvergenzthese postuliert.
- (4) Vergleichbar restriktiv in Bezug auf die Dynamik des klassenbasierten Wahlverhaltens wie die *tabula rasa* - Hypothese ist die **Kontinuitätsthese**. Im Unterschied zu dieser postuliert die Kontinuitätsthese jedoch einen Variablenzusammenhang zwischen der Klassenposition und der Parteipräferenz, der dem in den alten Ländern vergleichbar ist. Die Existenz dieses Musters wird in Abgrenzung zur Konvergenz- und Kristallisationsthese bereits zu Beginn des Transformationsprozesses unterstellt. Die Pfade c) und d) wären demzufolge signifikant und gleich stark.

Die 4 Thesen lassen sich zu den im Kapitel 2 besprochenen Hypothesen zum klassenbasierten Wahlverhalten in den ost- und mitteleuropäischen Transformationsländern rückbinden und sind demzufolge an die aktuelle Diskussion anknüpfungsfähig.¹⁸

Abbildung 3-1: Schema der möglichen dynamischen Prozesse im klassenbasierten Wahlverhalten (Visualisierung der Hypothesen)



3.2 Datengrundlage

Da die forschungsanleitenden Thesen sich auf die Dynamik des klassenbasierten Wahlverhaltens im Ost-West-Vergleich beziehen, wird ein Datendesign benötigt, das Aussagen über die Entwicklung entsprechender Variablenzusammenhänge über die Zeit ermöglicht. Ein solches Design ist z. B. das Trenddesign. Trenddesigns zeichnen sich dadurch aus, dass sie im Zeitablauf die Realisierung wiederholter Querschnittsanalysen beinhalten, wobei die Surveys in Bezug auf die interessierenden Variablen im Allgemeinen identisch, zumindest aber vergleichbar sind. Als Standardumfrage für die bundesdeutsche Gesellschaft bewährt und bestens für den Vergleich der neuen und alten Länder über die Zeit geeignet, kommt dafür die kumulierte

¹⁸ Die *tabula rasa* - Hypothese entspricht im Wesentlichen der *missing middle* - Hypothese, also die Annahme von der Absenz langfristiger (struktureller wie wertbezogener) Bestimmungsgründe des ostdeutschen Wahlverhaltens. Die Konvergenzthese zeigt mit den Ansätzen große Übereinstimmung, die von einer Verlagerung der politischen Konfliktstruktur ausgehen vom symbolisch, kulturellen *cleavage*, das die frühe Transformationsphase bestimmte, in Richtung des wohlfahrtsstaatlichen, klassenbasierten Verteilungs-*cleavage*. Ein solcher Ansatz ist z. B. die These der *two axis* von Széleányi. Unterstellt man, dass die *politics of symbols* der wertbezogene Ausdruck eines Klassenkonflikts sind, dessen Ursachen in den Gegensätzen des Staatssozialismus wurzeln, gelangt man schließlich zur Kristallisationsthese. Diese ist somit eine klassenstrukturelle Erweiterung der These der *two axis* von Széleányi. Die Kontinuitätsthese wiederum knüpft an die *freezing*-Hypothese an, nach der die Großkonflikte der vor-totalitären Phase reaktivierbar bleiben, sodass die Parteien ihre traditionellen Kernklientele erneut an sich binden könnten.

Allbus-Erhebung in Betracht. Die Allbus-Erhebung wurde als gesamtdeutsches Survey erstmalig 1991 erhoben. Seitdem wurden in einem Abstand von einem bis zwei Jahren insgesamt 8 gemeinsame Erhebungswellen in Ost- und Westdeutschland realisiert.¹⁹ Da die beiden letzten Erhebungswellen erst nach dem Beginn der Datenanalyse verfügbar waren, bildet der kumulierte Allbus 2000 die Datengrundlage der vorliegenden Arbeit.²⁰ Entsprechend enthält die Kumulation 6 gesamtdeutsche Erhebungszeitpunkte.

3.3 Klassenkonzept und Parteipräferenz als zentrale Variablen des Forschungsdesigns

Im Kapitel 2 wurde argumentiert, dass der Auswahl des Klassenkonzeptes sowie der Festlegung der Stufigkeit der Parteipräferenz ein außerordentlicher Stellenwert für die Gesamtanalyse zukommt. Um unterschiedliche Interessen- und Wertebezüge des *class voting* herauszuarbeiten, hat sich insbesondere das von Walter Müller (1998) modifizierte Goldthorpe-Klassenkonzept bewährt, auf das im Folgenden zurückgegriffen wird.

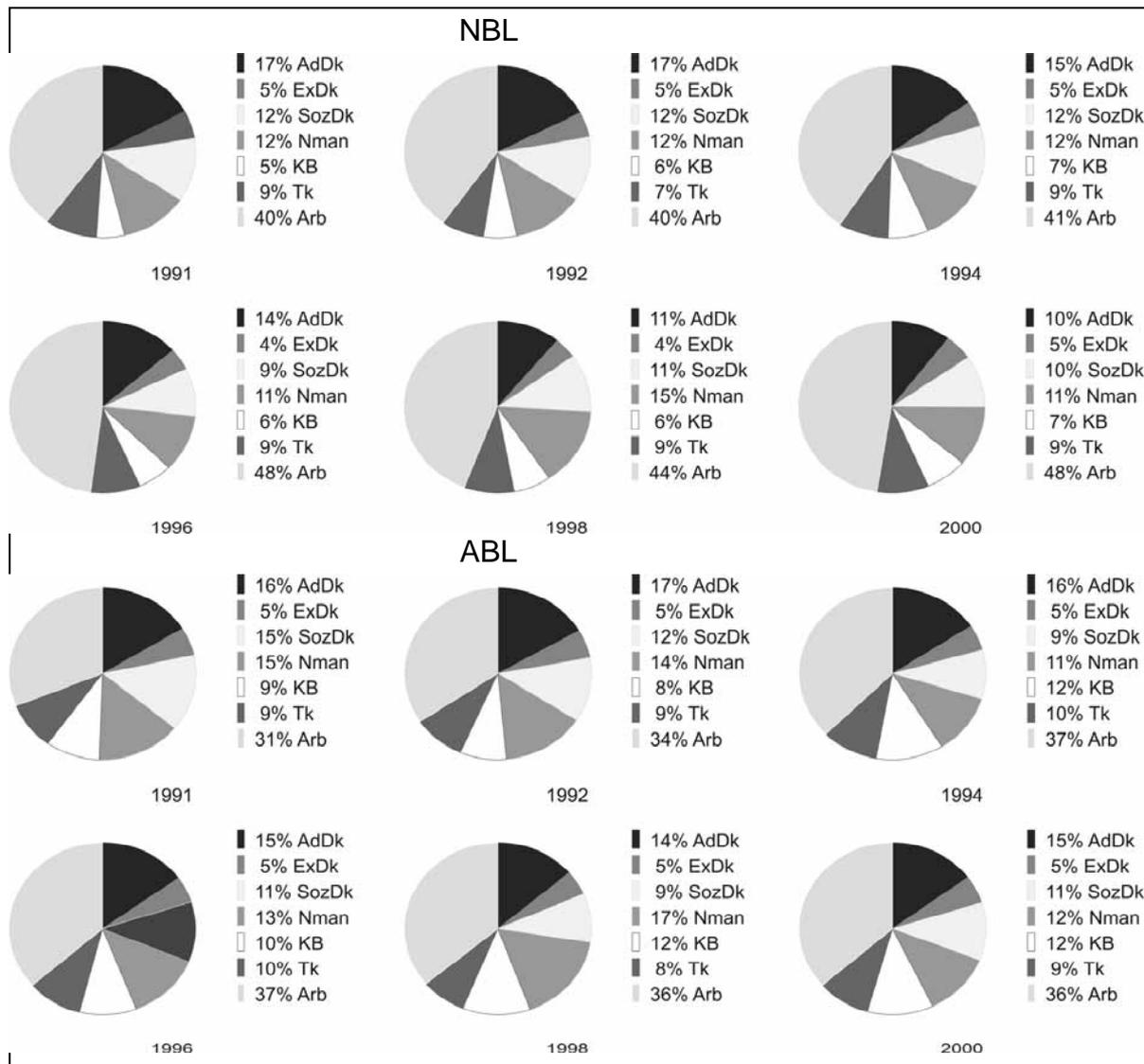
Der Fokus der Modifikation nach Müller liegt - wie bereits im Kapitel 2 besprochen - in der Rekodierung der zweistufigen Dienstklasse (obere und untere Dienstklasse) in eine an den beruflichen Arbeitsinhalten orientierte Unterscheidung in administrative Dienstklasse (Offiziere, Richter, leitende Verwaltungsbeamte und Führungskräfte in der Privatwirtschaft), Experten-Dienstklasse (Naturwissenschaftler und Ingenieure) und soziale Dienstklasse (Lehrkräfte der höheren Bildungsebene sowie medizinische und soziale Dienstleister, z. B. Ärzte, Apotheker etc.). Neben den drei Dienstklassen beinhaltet das Modell drei ausführende Klassen, die nichtmanuellen Routineberufe, die Techniker bzw. Meister und die (Fach)Arbeiter, sowie die Klasse der Selbstständigen.²¹ Insgesamt ist das Klassenmodell nach Walter Müller dann siebenstufig.

¹⁹ Die Erhebungen liegen für die Jahre 1991, 92, 94, 96, 98, 2000, 02 und 04 vor. Vgl. <http://www.gesis.org/Datenservice/ALLBUS/index.htm> (08.06.2005).

²⁰ Der Datensatz wird im Zentralarchiv unter der ZA-Nr. 1795 geführt.

²¹ Um die Stichprobe für die Datenanalyse besser auszuschöpfen, wurden die von Müller empfohlenen *proxies* für nichterwerbstätige Personen verwendet. Personen, die in Rente oder Pension sind, werden in das Klassenschema entsprechend ihres letzten Berufes eingeordnet. Verheiratete Nichterwerbstätige wird die Klassenzugehörigkeit ihres erwerbstätigen Ehepartners zugeordnet. Schüler, Studenten und Armeesowie Zivildienstleistende bekommen die Klassenzugehörigkeit ihres Vaters zugewiesen. Im Mittel der Erhebungswellen wird so eine Fallausschöpfung der Stichprobe in Ostdeutschland von 91,6% und in Westdeutschland von 90,9% erzielt.

Abbildung 3-2: Relative Verteilung der „Müller-Klassen“ im Zeitraum von 1991 bis 2000, im Vergleich der neuen und alten Länder

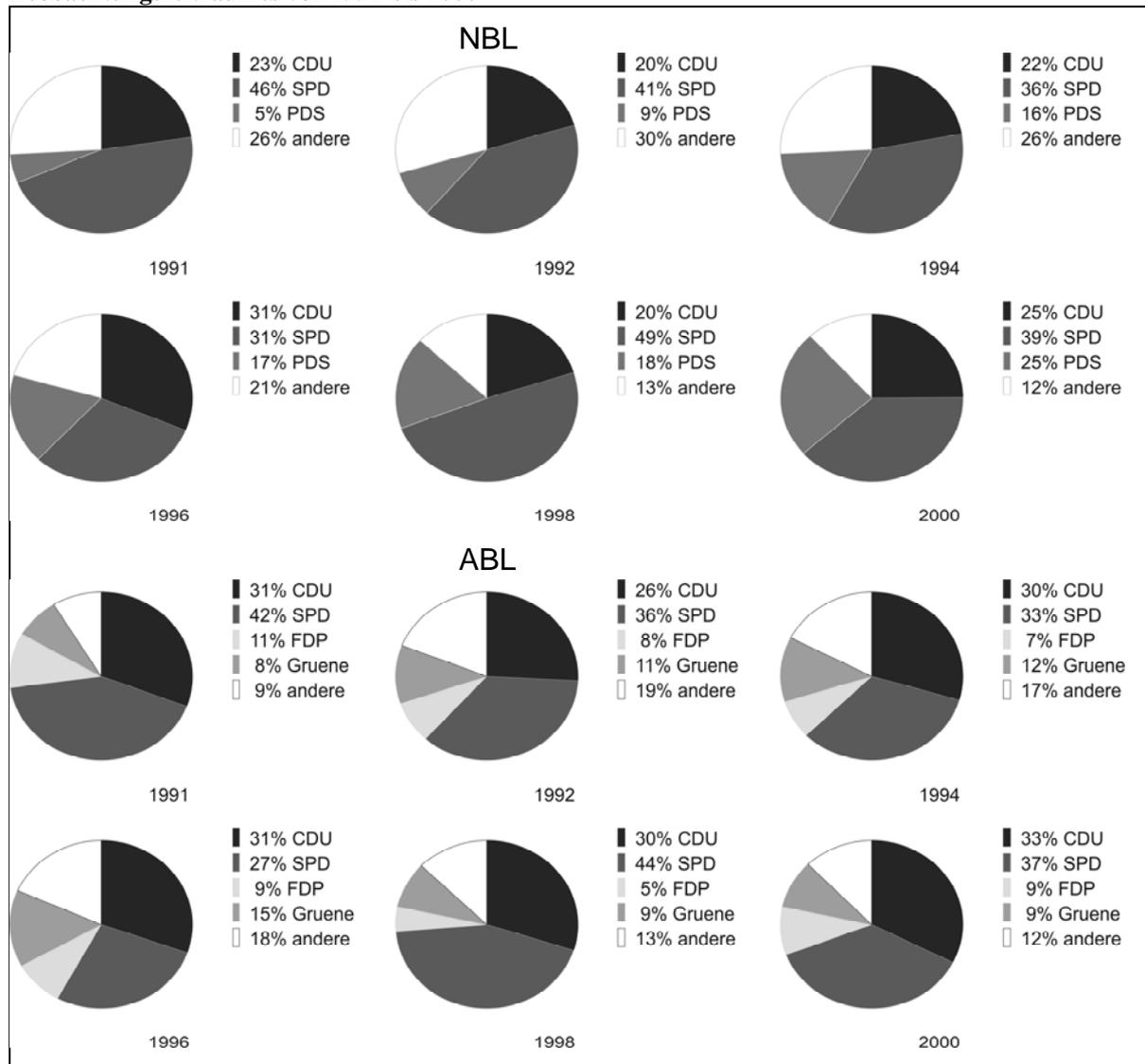


Quelle: Eigene Berechnungen

Die Abbildung 3-2 zeigt nun die relative Zusammensetzung der gültigen Fälle für die 7 Klassen während der Erhebungszeitpunkte im Ost-West-Vergleich. Bei insgesamt relativ großer Übereinstimmung in der klassenstrukturellen Zusammensetzung zeigen sich dennoch zwei nennenswerte Unterschiede: Einerseits ist der Arbeiteranteil in den neuen Ländern deutlich höher als in den alten Ländern. Andererseits ist der Anteil der Selbstständigen in den neuen Ländern geringer. Die Klassenstruktur der neuen Länder ähnelt demnach immer noch stark der eines traditionellen Industrielandes. An den Maßstäben des herkömmlichen *class voting* orientiert, hätte die SPD in der Tat einen strukturellen Vorteil gegenüber der CDU.

Über den Beobachtungszeitraum erweisen sich beide Klassenstrukturen als sehr stabil. Allerdings ist erwähnenswert, dass der Anteil der administrativen Dienstklasse in den neuen Ländern mit der Zeit kontinuierlich an Bedeutung verloren hat.

Abbildung 3-3: Relative Verteilung der relevanten Parteien für die neuen und alten Länder während des Beobachtungszeitraumes von 1991 bis 2000



Quelle: Eigene Berechnungen

Neben der Auswahl eines Klassenkonzepts ist auch eine Entscheidung darüber zu treffen, wie die Parteiwahl zu operationalisieren ist. Da im Folgenden Modelle der Parteipräferenz spezifiziert werden, wird der Aspekt der Nichtwahl bewusst ausgeklammert. Die Parteipräferenz wird über die Frage nach der Wahlabsicht (Sonntagsfrage) operationalisiert. Des Weiteren ist zu klären, welche parteipolitischen Präferenzen in der Analyse berücksichtigt werden und welche nicht. Eine statistische Datenanalyse, die versucht, die Partei-Wähler-Beziehungen

längsschnittlich zu modellieren, muss sich gezwungenermaßen auf die Parteien konzentrieren, die bei jeder Erhebungswelle mit einer ausreichenden Fallzahl vertreten sind. Diese Eigenschaft weisen für die neuen Länder nur drei Parteien auf: die CDU, die SPD und PDS und damit jene Parteien für die der Terminus des *ostdeutschen Drei-Parteien-Systems* gebräuchlich ist. Diese Beschränkung führt allerdings dazu, wie die Abbildung 3-3 veranschaulicht, dass insbesondere für die ersten Erhebungszeitpunkte ein großer Anteil an Parteienwählern ausgeblendet wird.²² Die Abbildung 3-3 zeigt klar, dass sich in Ostdeutschland über die Zeit ein Parteiensystem mit effektiv drei Parteien ausgebildet hat, deren Stimmenanteile sich allmählich angleichen. In Westdeutschland dagegen zeigt sich in Bezug auf die Stimmenanteile ein relativ stabiles Vier-Parteiensystem mit den beiden großen Volksparteien CDU und SPD.

3.4 Übersicht zur datenanalytischen Vorgehensweise

Zentral für den empirischen Teil sind die einzelnen Elemente der *cleavage*-theoretischen Trias. Im Kapitel 4 wird zunächst der Zusammenhang zwischen der Klassenposition und der Parteipräferenz über die Zeit untersucht. Die Zusammenhgangsstruktur wird mittels korrespondenzanalytischer Techniken visualisiert und durch Logitanalysen modelliert. Sodann wird im Kapitel 5 untersucht, welche Klassen-Werte-Zusammenhänge es in Westdeutschland gibt und inwieweit die gesellschaftspolitischen Wertepreferenzen in Ostdeutschland bereits durch die Klassenlagen strukturiert werden. Die Modellierungen erfolgen als Strukturgleichungsmodelle. Im Kapitel 6 werden die Zusammenhänge zwischen den Wertedimensionen und den Parteipräferenzen in Ost- und Westdeutschland modelliert, wobei auch hier die Veränderungen über die Zeit berücksichtigt werden. Schlussendlich wird im Kapitel 7 eine simultane dynamische Modellierung aller Bestandteile der *cleavage-theoretischen Trias*, also der Klassen- und Wertepositionen sowie der Parteipräferenzen vorgenommen. Für die statistische Modellierung wird wieder auf Logitmodelle rekurriert. Damit wird das Ziel angestrebt, Veränderungen im *class voting* über die Einbeziehung der wertbezogenen Sinnkomponenten des politischen Verhaltens erklärbar zu machen. Mögliche unterschiedliche Vermittlungslogiken zwischen Klassenstruktur und den Parteipräferenzen, wie man sie mit der *Kristallisationstheorie* behaupten kann – Pfad a) und d) in Abbildung 3-1 (S. 14) – ließen sich so sichtbar machen.

²² Je nach Erhebungswelle werden so 12% bis 30% der Parteienwähler nicht berücksichtigt. Für die alten Länder ist dieses datentechnische Problem weitweniger gravierend. Der Anteil der nicht berücksichtigten Parteienwähler schwankt zwischen 1% bis 9%.

Kapitel 4 Klassenstruktur und Wahlverhalten in den alten und neuen Ländern

4.1 Die Modellierung des klassenspezifischen Wahlverhaltens in den alten Ländern

Die Abbildung 4-1 (S. 20) beinhaltet die korrespondenzanalytische Darstellung der westdeutschen Parteien-Klassen-Struktur.²³ Die beiden Hauptachsen binden insgesamt 94% der Gesamtträgheit, was prinzipiell für eine *zweidimensionale* Darstellung der Zusammenhangsstruktur im klassenbasierten Wahlverhalten spricht. Die Position der Klassen wurde durch Cluster dargestellt, die ihre Variation im Untersuchungszeitraum zum Ausdruck bringt.

Zur besseren Interpretation wurden zusätzlich zwei externe Skalen in die Konfiguration eingepasst (*property fitting*).²⁴ Diese wurden in konditionalen Logitmodellen generiert und stellen die Effektekontinua dar, die die Klassen auf zwei distinkten parteipolitischen Dimensionen einnehmen. In Anlehnung an Pappi und Shikano (2004) ist der Parteien-Wettbewerb entlang von zwei parteipolitischen Konkurrenzlinien organisiert, auf den die Parteien um Wähleranteile konkurrieren: einer sozio-ökonomischen, also verteilungsrelevanten *policy*-Dimension, auf der sich die FDP als rechte Partei und die SPD gemeinsam mit den Grünen als linke Parteien gegenüberstehen und einer gesellschaftspolitischen *policy*-Dimension, auf der insbesondere die Grünen als progressive Partei und die CDU als konservative Partei die Polarität bilden.²⁵ Beide Dimensionen stehen in der Konfiguration nahezu senkrecht aufeinander.²⁶ Aufgrund ihrer hohen Anpassungsgüte können sie als Repräsentanten der Konfiguration aufgefasst und zu ihrer Interpretation herangezogen werden: Auf der Dimension der materiellen Verteilung spiegeln die Klassenpositionen sehr deutlich ihre Lagenhierarchie wider. Die Selbstständigen sind am parteipolitisch rechten Pol (FDP) angesiedelt, ihnen folgen die administrative Dienstklasse, also die Manager und die Führungspersonen aus der Verwaltung. Eine mittlere Position nehmen die nichtmanuellen Routineberufe sowie die neuen Dienstklassen-

²³ Zur Einführung in die korrespondenzanalytischen Techniken siehe Blasius (2001). Zur *verallgemeinerten* Korrespondenzanalyse, die die Analyse mehrdimensionale Tabellen ermöglicht und im Folgenden angewendet wird, siehe Escofier (1983) und Heijden et al. (1985, 1989).

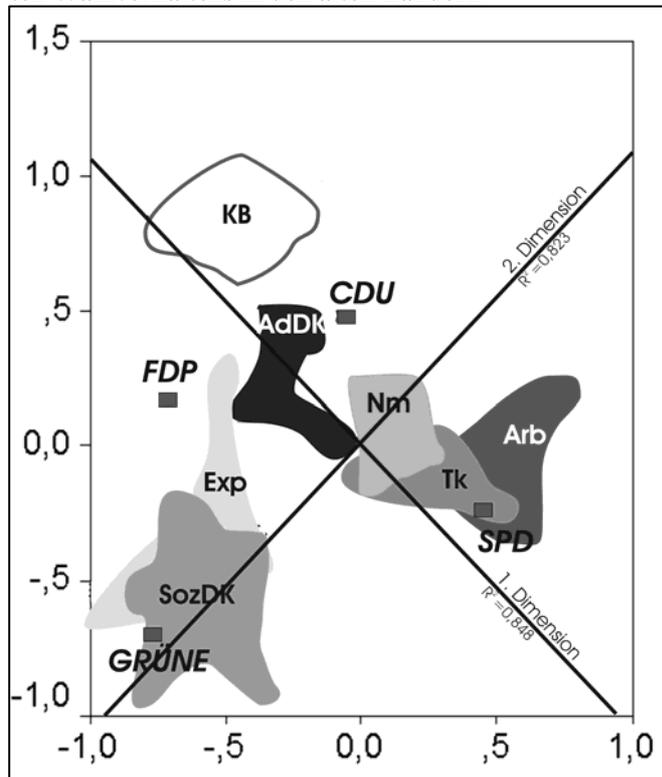
²⁴ Das *property fitting* lässt sich als ein regressionsanalytisches Optimierungsproblem begreifen, wobei im euklidischen Raum die Linearkombination (Achse) gesucht wird, die zur externen Skala die geringste Fehlervarianz aufweist und sie damit am optimalsten approximiert. Vergleiche Holtmann (1974, 1975, 1983) und Borg (1981).

²⁵ Der Einfachheit halber wurden die Positionen der Parteien auf den beiden *policy*-Dimensionen durch monotone Scores abgebildet. Für die verteilungsrelevante *policy*-Dimension gilt: FDP=1, CDU=2, Grüne=3 und SPD=3. Die parteipolitische Rangordnung auf der gesellschaftspolitischen *policy*-Dimension bilden folgende Scores ab: CDU=1, FDP=2, SPD=2 und Grüne=3. Diese Skalen wurden als generische Variablen (Merkmalsattribute) im Rahmen einer *konditionalen* Logitanalyse verwendet.

²⁶ Der Winkel beträgt $97,12^\circ$ und kann als Arkuscosinus aus der Korrelation berechnet werden: $r = \cos(\varphi)$. Vgl. Carroll (1997). Die beiden Dimensionen korrelieren lediglich mit $r = -0,124$.

segmente ein. Hingegen sind eher benachteiligte Lagen, wie Techniker, Meister und insbesondere die Arbeiter, parteipolitisch links orientiert. Insgesamt ist dieses Muster sehr verträglich mit den Annahmen zum traditionellen *class voting*.

Abbildung 4-1: Dimensionale Darstellung des klassenbasierten Wahlverhaltens in den alten Ländern



Quelle: Eigene Berechnungen

Entsprechend der zweiten eingepassten Skala ist von einer weiteren Dimension im *class voting* auszugehen. Diese spiegelt die unterschiedlichen parteipolitischen Präferenzen der Klassen auf der gesellschaftspolitischen Wettbewerbsdimension wider. Deutlich wird, dass diese *policy*-Dimension sehr klar die zwei „neuen“ Dienstklassensegmente von den übrigen Klassen, insbesondere jedoch von den Arbeitern trennt. Die soziale Dienstklasse und die Experten erweisen sich als „a kind of class core of Green voting“ (Müller 1999, S. 177). Die Arbeiter tendieren auf dieser Dimension eher zur CDU. Die Konfiguration ist damit sehr verträglich mit den Ergebnissen von Walter Müller und bestätigt die Untersuchungsergebnisse zum *new middle class voting*.

In weiterführenden Untersuchungen erwiesen sich diese Beziehungsstrukturen während des Untersuchungszeitraumes als sehr stabil. Die zeitliche Variabilität, die sich in der Konfigura-

tion als Cluster andeutet, spiegelt lediglich die Zufälligkeit der Stichproben wider und ist für die beiden *policy*-Dimensionen nicht verallgemeinerungsfähig.²⁷

Zusammenfassend lässt sich die klassenbasierte Polarisierung für die alten Bundesländer auf zwei Dimensionen beziehen, die sich gemäß der parteibezogenen Skalierungen am ehesten als traditionelles sozio-ökonomisches *cleavage* und als „New-Politics“-*cleavage* deuten lassen. Inwieweit die klassenbasierte Polarisierung sich mit entsprechenden wertebezogenen Polarisierungen verbinden lässt, wird weiter unten untersucht.

Im Wesentlichen wurde nun die westdeutsche Vergleichsfolie im klassenbasierten Wahlverhalten beschrieben, vor der sich die ostdeutsche Zusammenhangsstruktur im *class voting* hinsichtlich ihrer Spezifik und Dynamik beschreiben lässt.

4.2 Die Modellierung des klassenspezifischen Wahlverhaltens in den neuen Ländern

Pappi und Shikano (2004) folgend ist die parteipolitische Konkurrenzsituation im ostdeutschen Dreiparteisystem hoch verdichtet. Sowohl auf der gesellschaftspolitischen als auch auf der sozio-ökonomischen Dimension nehmen die Parteien die gleiche Ordnungsrelation ein. Die CDU nimmt jeweils rechte Positionen ein, die SPD ist eher in der Mitte positioniert und die PDS markiert den linken Pol. Die ideologische Position der Parteien kann durch folgende Scores skaliert werden: CDU=1, SPD=2 und PDS=3.

Wie schon für die alten Bundesländer fließen die Partei-Scores als generische Variable im Rahmen eines konditionalen Logitmodells ein und werden später als externe Skalen in die korrespondenzanalytische Konfiguration eingepasst. Die Abbildung 4-2 (S. 22) zeigt die klassenspezifischen Gewichtungen dieser Variable und ihre zeitlichen Veränderungen. Im Unterschied zu Westdeutschland ist die zeitliche Varianz der Effekte signifikant abgesichert und kann für einige Klassen sogar als lineare Trends approximiert werden.

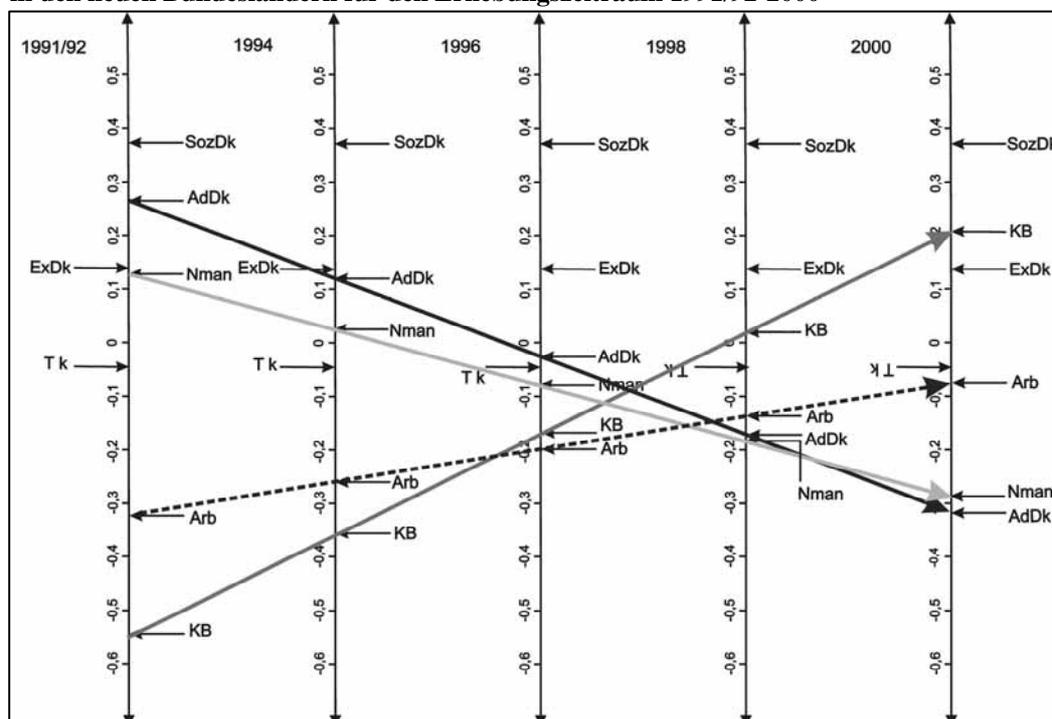
Zunächst sind jedoch die Klassen-Effekte für den Ausgangspunkt 1991/92 von Interesse: Das Kleinbürgertum ist am parteipolitisch rechten Pol angesiedelt, was prinzipiell mit der Position ihrer westdeutschen Referenzgruppe auf der verteilungsrelevanten Dimension übereinstimmt. Mit dem Muster der materiellen Verteilung stimmt jedoch nicht die eher parteipolitisch rechte Position der Arbeiter überein. Die soziale Dienstklasse nimmt dagegen eine parteipolitisch linke Position ein, die stark an die Parteiposition der westdeutschen Referenzgruppe auf der

²⁷ Diese Einschätzung ändert sich für Logitmodelle, in den die Klasseneffekte für alle möglichen nicht-redundanten Logit-Kontraste geschätzt werden. Hier zeigte sich nach Kontrolle von sozialstrukturellen Kovariaten ein signifikanter Trend der sozialen Dienstklasse im Kontrast SPD vs. Grüne zugunsten der Grünen und Tendenzen der Annäherung zwischen den drei Dienstklassen im CDU-SPD-Kontrast.

gesellschaftspolitischen Dimension erinnert. Die gesellschaftspolitische Interpretation der ostdeutschen Parteienkonkurrenz wäre auch verträglich mit der konservativen Position der Arbeiter, allerdings weniger mit der parteipolitisch linken Position der administrativen Dienstklasse.

Ein dritte Ad-hoc-Interpretation wäre die Deutung der klassengebundenen Partei-Präferenzen der Anfangsphase 1991/92 im Sinne eines ererbten DDR-internen Klassenkonflikts, der sich unter den Bedingungen des freien politischen Wettbewerbs zum ersten Mal parteipolitisch äußern kann: Danach tendieren die unter den Bedingungen des Staatssozialismus bevorteilten Klassenlagen (sozialistische Dienstklasse) zu der Partei, die am ehesten als Sachwalter des DDR-Erbes gelten kann, nämlich zur PDS und die Lagen, die unter den Bedingungen des sozialistischen Plansystems eher benachteiligt waren, das Kleinbürgertum und die Arbeiter tendieren zu der Partei, die für die radikale Überwindung der DDR durch Wiedervereinigung stand – der CDU. Insoweit ließen die Parteipräferenzen auch als Ausdruck des Vereinigungs-Cleavage lesen, wodurch ein eigenständiges parteipolitisches Kristallisationsmuster in den neuen Ländern begründet wäre.²⁸

Abbildung 4-2: Effekte der Klassenlage in Bezug auf die parteibezogene Dimension in den neuen Bundesländern für den Erhebungszeitraum 1991/92-2000



Quelle: Eigene Berechnungen

²⁸ Durch das gewählte Forschungsdesign, d. h., durch die Berücksichtigung entsprechende Werte- und Einstellungsdimensionen (siehe Kapitel 7), können die Interpretationen des *class voting* empirisch getestet werden.

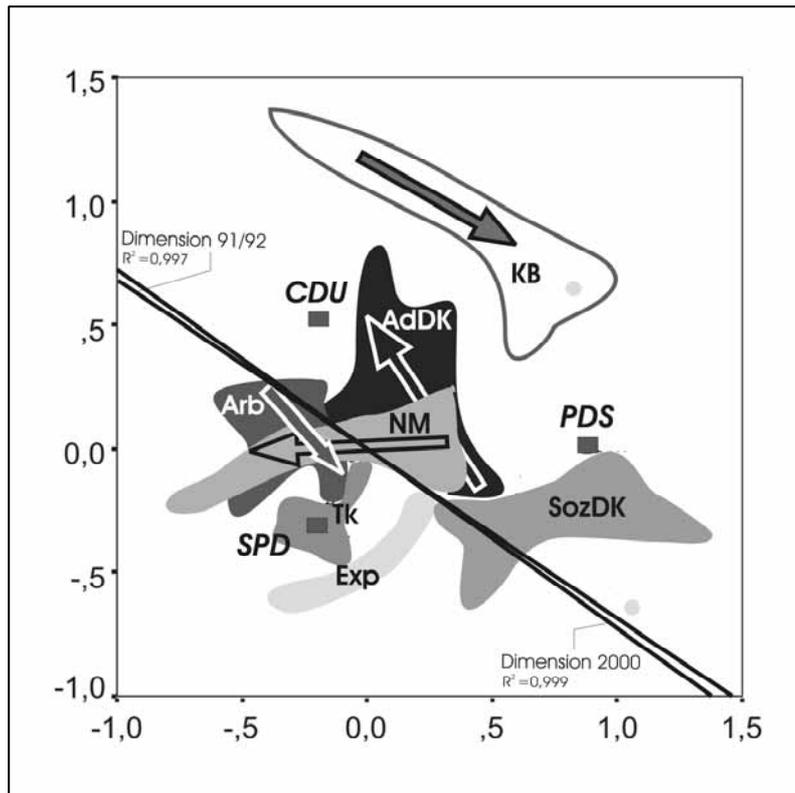
Im Rahmen der zeitlich varianten Modellierung lassen sich insgesamt vier signifikante lineare Effekte identifizieren: einen Trend der administrativen Dienstklasse und der nicht-manuellen Routinearbeiter zum rechten Pol der parteibezogenen Dimension, eine Tendenz der Arbeiter zur Mitte des Kontinuums sowie eine Tendenz des Kleinbürgertums zur linken Mitte der Dimension. Bis auf den „linksorientierten“ Trend des Kleinbürgertums, diese Einschränkung ist allerdings zentral, sind alle übrigen *realignment*-Trends in etwa verträglich mit der allmählichen Etablierung des traditionellen *class voting*, wie es für die alten Länder identifiziert werden konnte.

In der korrespondenzanalytischen Visualisierung – in der zusätzlich die vier signifikanten zeitlich linearen Veränderungen dargestellt sind – zeigt sich, dass in der 91/92er Konfiguration entlang der postulierten parteipolitischen Hauptspannungslinie²⁹ die Dienstklassen (insbesondere die soziale und die administrative Dienstklasse) vom Kleinbürgertum und von den Facharbeitern bzw. von den einfachen Arbeitern getrennt werden. Durch die angesprochenen *realignment*-Prozesse stehen sich in der 2000er Konfiguration die administrative Dienstklasse und die beiden anderen Dienstklassen-Segmente gegenüber. Unter der Annahme, dass sich der Präferenzwandel der Arbeiter zugunsten sozialdemokratischer und sozialistischer Politikangebote fortsetzt und dass das Kleinbürgertum sich mittel- und langfristig wieder zum wirtschaftsliberalen Pol hin orientiert, wäre eine Konvergenz zum westdeutschen Muster des traditionellen *class voting* durchaus plausibel. In der Darstellung wird nun auch deutlich, dass das erratische *realignment* des ostdeutschen Kleinbürgertums eigentlich kein politischer Präferenzwandel in Richtung linker Mitte (SPD) bedeutet, wie ihn die statistische Modellierung gemäß Abbildung 4-2 behauptet, sondern viel mehr eine Präferenzverschiebung von der CDU in Richtung PDS darstellt. Die parteipolitische Distanz zur SPD bleibt dabei bestehen. Deswegen ist die erschöpfende korrespondenzanalytische Lösung auch nicht eindimensional im Sinne der *gefitteten* Dimension CDU-SPD-PDS. Eine mögliche Erklärung könnte in Mobilitätsprozessen liegen, wie sie kurzzeitig in einer frühen Phase des Transformationsprozesses verstärkt auftraten. So ist es naheliegend, dass Teile der sozialistischen Dienstklasse ihr akkumuliertes politisches und technokratisches Kapital in dieser Transformationsphase in ökonomisches Kapital konvertierten und den Weg in die Selbstständigkeit gingen. Möglicherweise kann bei Teilen der ehemaligen sozialistischen Dienstklasse auch von einer „Flucht in die

²⁹ Diese ergeben sich wieder als Effekte-Kontinua der Klassen, wie sie bei vorgegebener ideologischer Skalierung der drei Parteien geschätzt werden, wobei die Klasseneffekte für den Anfangs- und den Endpunkt des Beobachtungszeitraumes separat in die Konfiguration *gefittet* wurden.

Selbstständigkeit“ die Rede sein, die durch Lustration und Dekommunisierung-Prozesse erzwungen wurde.³⁰ Unter Ausblendung dieser Besonderheit scheint die Kristallisationsthese - die von einer eigenständigen Konfliktstruktur ausgeht, die dann allmählich zum westdeutschen Muster konvergiert - die Zusammenhangsstruktur im klassenbasierten Wahlverhalten der neuen Länder am evidentesten zu beschreiben.

Abbildung 4-3: Dimensionale Darstellung des klassenbasierten Wahlverhaltens in den neuen Ländern



Quelle: Eigene Berechnungen

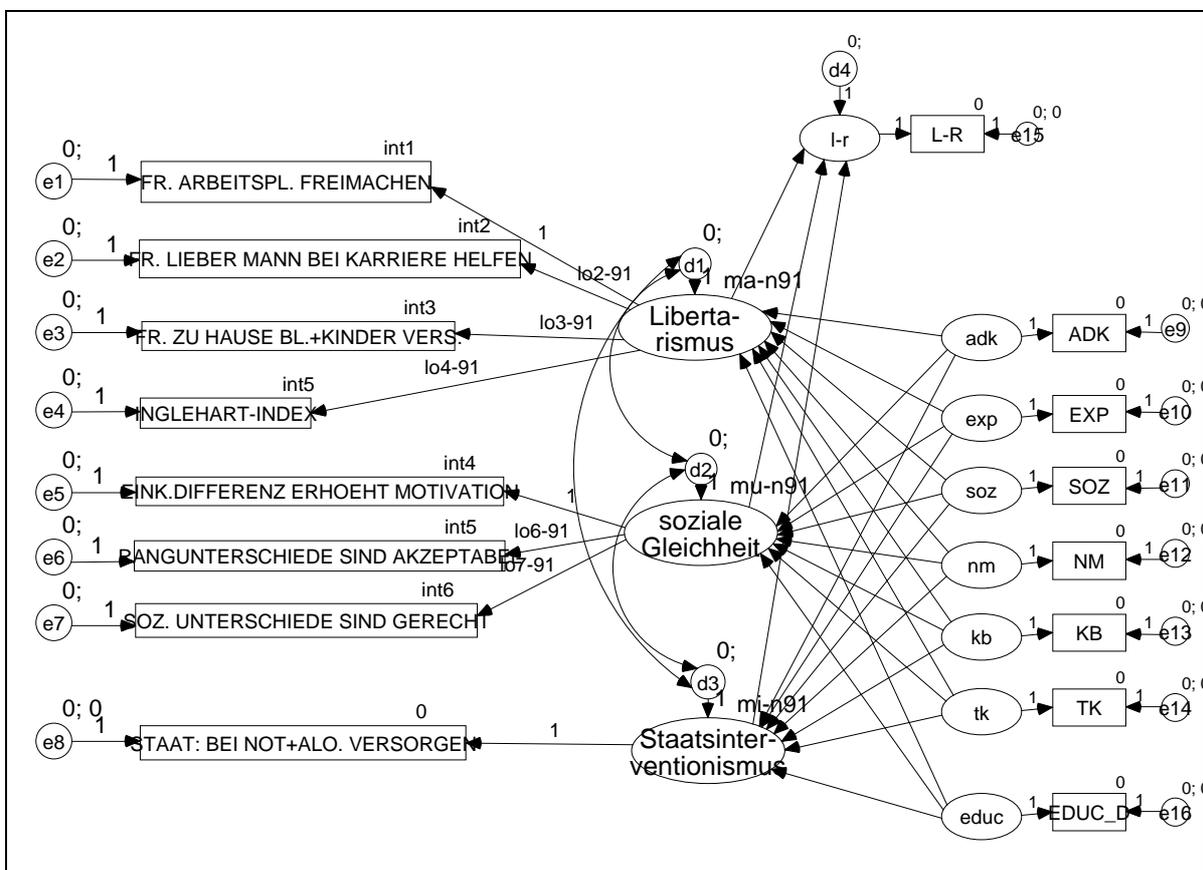
In den bisherigen Untersuchungen wurde der Zusammenhang zwischen den Klassenpositionen und den Parteipräferenzen in einer quer- und längsschnittlich vergleichenden Perspektive analysiert. Um die sozio-politischen Koalitionsstrukturen in den alten und neuen Bundesländern und ihre Veränderungen zu interpretieren, sollen zusätzlich auch gesellschaftspolitische Wertorientierungen als Sinnkomponenten der *cleavages* berücksichtigt werden. Ihre Klassenbasis wird im nächsten Kapitel untersucht. Die Einflussstruktur der Wertorientierungen auf die Parteipräferenzen bildet den Untersuchungsgegenstand des darauffolgenden Kapitels.

³⁰ Interessanterweise konnten Matéju et al. (1999) für Tschechien ein vergleichbares *realignment* für die Gruppe der Selbstständigen beobachten.

Kapitel 5 Klassenstruktur und Wertorientierungen

Ausgangspunkt für die alten Bundesländer ist zunächst die Vorüberlegung, dass der politische Werteraum entwickelter Industrienationen theoretisch wie empirisch von zwei klar voneinander unterscheidbaren Wertedimensionen aufgespannt wird. Nach Kitschelt (1994, 1995), Middendorp (1992) und Flanagan (2003) beziehen sich diese Dimensionen einerseits auf libertäre vs. autoritäre Wertvorstellungen, andererseits auf Wertvorstellungen bzgl. der Verteilung ökonomischer Ressourcen.

Abbildung 5-1: Strukturgleichungsmodell zur klassen- und bildungsbasierten Prognose der Wertedimensionen ³¹



Quelle: Eigene Berechnungen

Die Abbildung 5-1 zeigt nun das Strukturgleichungsmodell, dass die klassenstrukturelle Verankerung von Wertedimensionen zunächst für die alten Bundesländer spezifiziert. Für die Erhebungszeitpunkte 1991 und 2000 befinden sich im kumulierten Allbus Indikatoren, die die beiden angesprochenen Wertedimensionen hinreichend valide und reliabel operationalisieren. Im Einzelnen sind dies Items zu Geschlechterrollen und der Postmaterialismus-Index nach

³¹ Die Modellgüte wird ausführlich bei Görl (i. E.) berichtet.

Inglehart. Diese erweisen sich als geeignete Indikatoren der Libertarismus-Dimension. Des Weiteren liegen Items zur Bewertung der Legitimität sozialer Unterschiede und ein Item zur Beurteilung staatlicher Intervention bei sozialen Notlagen vor.³² Statt auf einer gemeinsamen Dimension laden diese Indikatoren auf zwei getrennten sozioökonomischen Dimensionen: soziale Gleichheit und Legitimität des Staatsinterventionismus.

Mit der Konjunktur der Wertewandeltheorien hat es sich durchgesetzt, die Links-Rechts-Polarität zunehmend als bedeutungsoffenes, plurales Orientierungskonzept aufzufassen (Knutsen 1995, S. 87). Um abzuschätzen, was die einzelnen Wertedimensionen zur politisch-ideologischen Orientierung beitragen, wird die Links-Rechts-Selbsteinstufung als Zielvariable in das Kausalmodell aufgenommen. Gemäß der Tabelle 5-1 weist der Faktor „Soziale Gleichheit“ für 1991 den stärksten Polarisierungseffekt auf, gefolgt von der Libertarismus-Dimension. Die Vorstellung, dass der neue Wertekonflikt die politische Polarisierung mittlerweile dominiert, ist also so nicht zutreffend. Allerdings kann zum zweiten Erhebungszeitpunkt tatsächlich ein geringer Anstieg in der Effektstärke der Libertarismus-Dimension beobachtet werden. Die Gesamterklärungskraft der berücksichtigten Dimensionen liegt zum ersten Erhebungszeitpunkt bei ca. 18%. Zum zweiten Erhebungszeitpunkt lässt sie jedoch deutlich nach: Dies vor allem durch eine Abschwächung der Einflussstärke der Dimension „soziale Gleichheit“ geschuldet.

Tabelle 5-1: Effekte der latenten Wertedimensionen auf die L-R-Selbsteinstufung für die alten Bundesländer

	ABL 1991	ABL 2000
Libertarismus	-0,495** (-0,184)	-0,508** (-0,216)
Soziale Gleichheit	-1,314** (-0,308)	-0,402** (-0,123)
Staatsinterventionismus	0,171* (0,062)	0,123* (-0,053)
R ²	17,9%	8,3%

Quelle: Eigene Berechnungen; unstandardisierte Pfadkoeffizienten, standardisierte Pfadkoeffizienten in Klammern

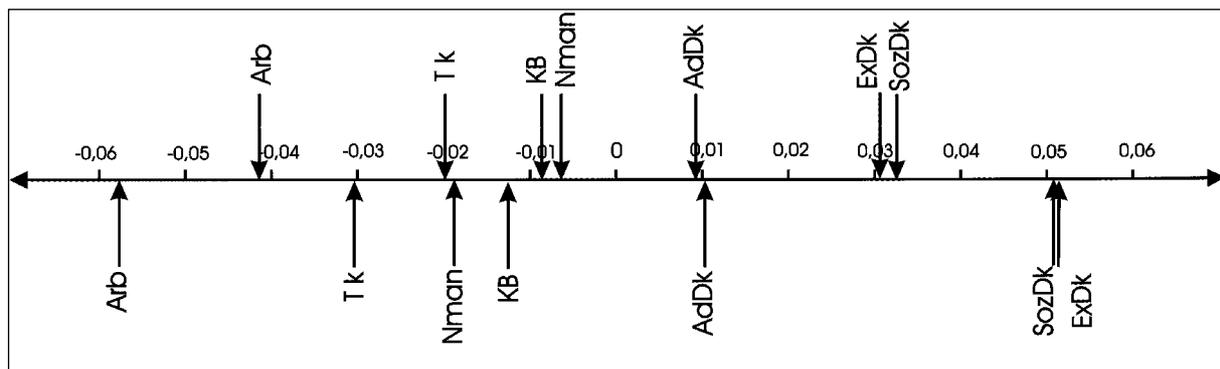
Für die Beurteilung der Klassenbasis der gemäß Tabelle 5-1 unterschiedlich politisierten Wertedimensionen werden die Klasseneffekte mit den in Tabelle 5-1 dokumentierten Effekten der Werte gewichtet. Über die so berechneten indirekten Effekte werden letztendlich die über die Wertedimensionen vermittelten klassenbasierten Polarisierungen zum Ausdruck gebracht. Die

³² Siehe zu den Indikatoren im Einzelnen Görl (i.E.).

Darstellung beschränkt sich hierfür auf den ersten Erhebungszeitpunkt, da für diesen die Klassenpolarisierungen aufgrund der stärkeren Werteeffekte deutlicher ausfallen.³³

Die Abbildung 5-2 zeigt zunächst die Klassenpolaritäten vermittelt über die Libertarismus-Dimension. Entgegen der oft vertretenen Annahme, dass der „neue“ Wertekonflikt über keine genuine Klassenbasis verfügt bzw. bestehende Klassendifferenzen lediglich Ausdruck unterschiedlicher Bildungsniveaus sind (Brint 1984), zeigen sich selbst bei Kontrolle der formalen Bildungsniveaus bedeutsame Klassenunterschiede. So stehen sich die Segmente des neuen Mittelstandes, also Experten und soziale Dienstklasse, den Arbeitern und (signifikant abgesichert für 1991) den Technikern gegenüber, wobei gemessen am Mittelwert³⁴ erstere eine dezidiert libertäre und letztere eine dezidiert autoritäre Werthaltung aufweisen.

Abbildung 5-2: Effekte der Klassenlagen auf Links-Rechts-Selbsteinstufung vermittelt über die Libertarismus-Dimension ABL 1991 (oben unter Kontrolle von Bildung)



Quelle: Eigene Berechnungen

Für die Libertarismus-Dimension bestätigen sich somit die Ergebnisse für die parteibezogene Polarisierung, nach denen die neuen Dienstklassen dezidiert links-libertäre Parteipräferenzen haben. Nach Müller (1997, 1999), Kriesi (1998) und Lammont (1987), lassen sich die links-libertären Wertepreferenzen der neuen Mittelschichten durch ihre gemeinsame Klassensituation erklären. So argumentiert z.B. Lammont (1987):

“The common interests of relatively autonomous cultural capital workers are to maintain and increase their autonomy and to expand the non-profit realm by encouraging the development of the public sector, promoting policies to increase business taxation, and supporting values and political ideologies that favour non-economic aspects of social life, such as postmaterialist values, environmentalism, or New Left Politics.” (Lammont M. 1987, 1504).

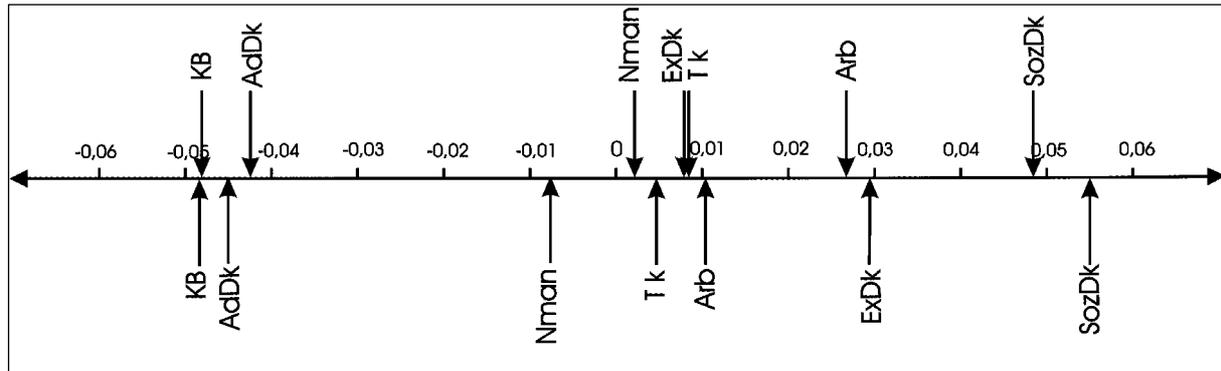
Obwohl die Klasseneffekte nicht Ausdruck unterschiedlicher Bildungspositionen sind, verdeutlicht die Abbildung 5-2 auch, dass der Bildungseinfluss die Wirkung der Klassenzugehörigkeit verstärkt: Die i. d. R. hohen Bildungsabschlüsse in den neuen Mittelstandssegmenten

³³ Für den zweiten Erhebungszeitpunkt sind die Effekte jedoch vergleichbar. Siehe Görl (i. E.).

³⁴ Die Einflüsse der sozialstrukturellen Konzepte (Klasse und Bildung) wurden effektkodiert.

tragen zusätzlich zur Ausbildung libertärer Werthaltungen bei. Entsprechend verstärken die formal eher geringen Bildungsabschlüsse der Arbeiter ihre Prädisposition für autoritäre Wertepositionen.

Abbildung 5-3: Effekte der Klassenlagen auf Links-Rechts-Selbsteinstufung vermittelt über die ökonomischen Wertedimensionen ABL 1991 (oben unter Kontrolle von Bildung)



Quelle: Eigene Berechnungen

Für die sozio-ökonomische Wertedimension³⁵ zeigt sich mit Einschränkungen, dass sie nach wie vor im alten Mittelstand einerseits und den Arbeitern andererseits traditionell verankert ist. Die Einschränkung betrifft die Arbeiter in zweierlei Hinsicht. Zum einen zeigt sich ein relevanter Effekt nur, falls die Bildungsbenachteiligung dieser Gruppe kontrolliert wird. Womit deutlich wird, dass die Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat nicht nur von der ökonomischen Marktlage der Klassen abhängt, sondern auch von der Fähigkeit der Betroffenen, soziale Ungleichheiten und staatliche Maßnahmen zu ihrer Nivellierung zu deuten. Diese Fähigkeiten sollten mit dem kulturellen Kapital, das wiederum eng an den Bildungsabschluss gekoppelt ist, wachsen.³⁶ Die zweite Einschränkung betrifft die soziale Dienstklasse. Deren Effektstärke fällt selbst bei Kontrolle des Bildungsabschlusses stärker aus als bei den Arbeitern.³⁷ Damit wird deutlich, dass die neuen Mittel-Klassen nicht nur die *core class of new leftism* sind, sondern ihre Positionen in den ökonomischen Wertorientierungen ebenfalls am weitesten links verortet sind. Als Erklärungsversuch wird die besondere Marktstellung der neuen Mittelklassen betont, die eng an den Staat geknüpft sei (Van de Werfhorst, de Graaf 2004). Deshalb kann angenommen werden, dass die neuen Mittelklassen auch in den ökonomischen Wertori-

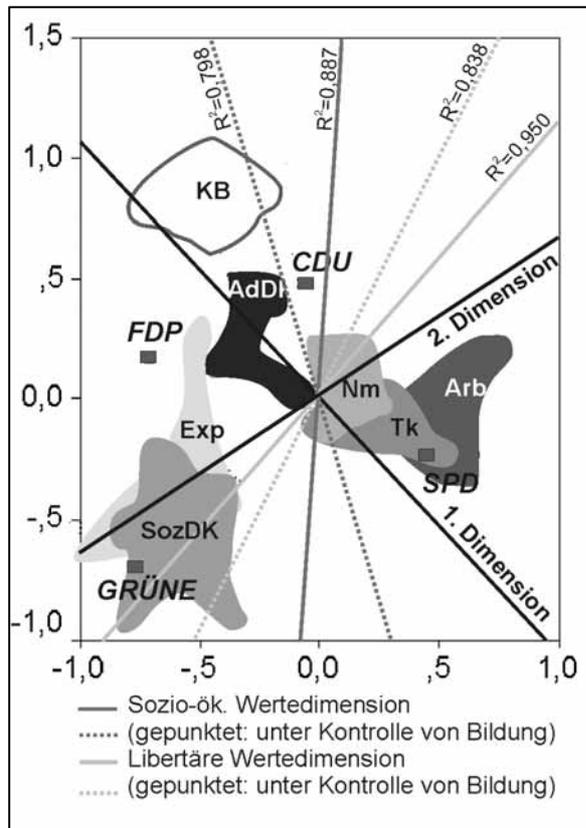
³⁵ Die Klasseneffekte für die Teildimensionen „soziale Gleichheit“ und „Staatsinterventionismus“ wurden der Einfachheit halber aggregiert.

³⁶ Entsprechende Untersuchungen von Derks (2004) zeigen, dass Bezieher geringer Einkommen, einfache Arbeiter und Personen mit geringer formaler Bildung den Wohlfahrtsstaat aufgrund eines „ökonomischen Populismus“ ablehnen und damit gegen ihre eigentlichen ökonomischen Interessen handeln. Ähnlich argumentiert Houtman (2000), der die vergleichsweise geringe Solidarität unter Arbeitern mit Arbeitslosen mit ihrem „limited cultural capital“ erklärt.

³⁷ Der starke Effekt der Experten verschwindet, wenn ihr Bildungsvorteil kontrolliert wird.

entierungen eher linke, redistributive Präferenzen ausbilden. Im Unterschied dazu zeigt die administrative Dienstklasse ähnlich wie das Kleinbürgertum deutlich wirtschaftsliberale Präferenzen. Trotz der genannten Einschränkungen koinzidieren, die gefundenen Wertepositionen der sozialen Klassen eng mit ihren Parteipräferenzen, was durch die Abbildung 5-4 belegt wird.

Abbildung 5-4: Gefittete Wertedimensionen im Parteien-Klassen-Raum für die alten Bundesländer



Quelle: Eigene Berechnungen

Wie Abbildung 5-4 zeigt, ist die Repräsentationsgüte der eingepassten Wertedimensionen beachtlich. Auch ist zu konstatieren, dass die Klassenpolarität auf der Libertarismusdimension eng mit der *new class politics*-Dimension koinzidiert, wobei die Übereinstimmung dann stärker auftritt, wenn der Bildungsabschluss nicht kontrolliert wird. Für den verteilungsrelevanten Wertekonflikt fällt die Übereinstimmung zur entsprechenden parteibezogenen Dimension nicht ganz so stark aus.

5.1 Eine zusätzliche Wertedimension in den neuen Ländern: die Sozialismus-Dimension

Das bisher spezifizierte Modell leistet für Ostdeutschland eine wesentlich geringere Aufklärungsleistung für die Links-Rechts-Polarität.³⁸ Deshalb wird die Kausalstruktur für Ostdeutschland durch Berücksichtigung einer weiteren Wertedimension verfeinert. Emmert (1991), Kreikenbom (1998, 1999), Eith (2002) und Pollack et al. (2000) folgend ist die Konfliktstruktur in den neuen Ländern von Beginn an durch einen mehrdimensionalen Zentrum-Peripherie-Konflikt geprägt, dessen Kern individuelle und gruppenspezifische Erfahrungen mit dem DDR-Sozialismus und die unterschiedlichen Einstellungen zur deutschen Wiedervereinigung sind. Eith stellt dies bzgl. fest:

„Mit zunehmender Distanz zum Zentrum der Herrschaftsausübung in der DDR oder auch zur sozialistischen Ideologie stieg bei den jeweiligen Bevölkerungsgruppen der Anteil derer, die dem westlichen Gesellschaftsmodell den Vorzug gaben und umgekehrt.“ (Eith 2002, 137)

Eine inhaltlich valide Operationalisierung sollte demnach einen Bezug bilden zur sozialistischen Ideologie, zur Herrschaftsausübung der DDR und zur deutschen Wiedervereinigung. Die Allbus-Erhebungen 1991, 1994, 1998 und 2000 beinhalten jeweils Statements, die diese drei Sachverhalte in der oben genannten Ordnung abdecken:

- „Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.“
- „Man sollte endlich aufhören danach zu fragen, ob jemand während des alten DDR-Regimes für die Stasi gearbeitet hat oder nicht.“
- „Die Wiedervereinigung hat für die Bürger in den neuen Bundesländern mehr Vorteile als Nachteile gebracht.“³⁹

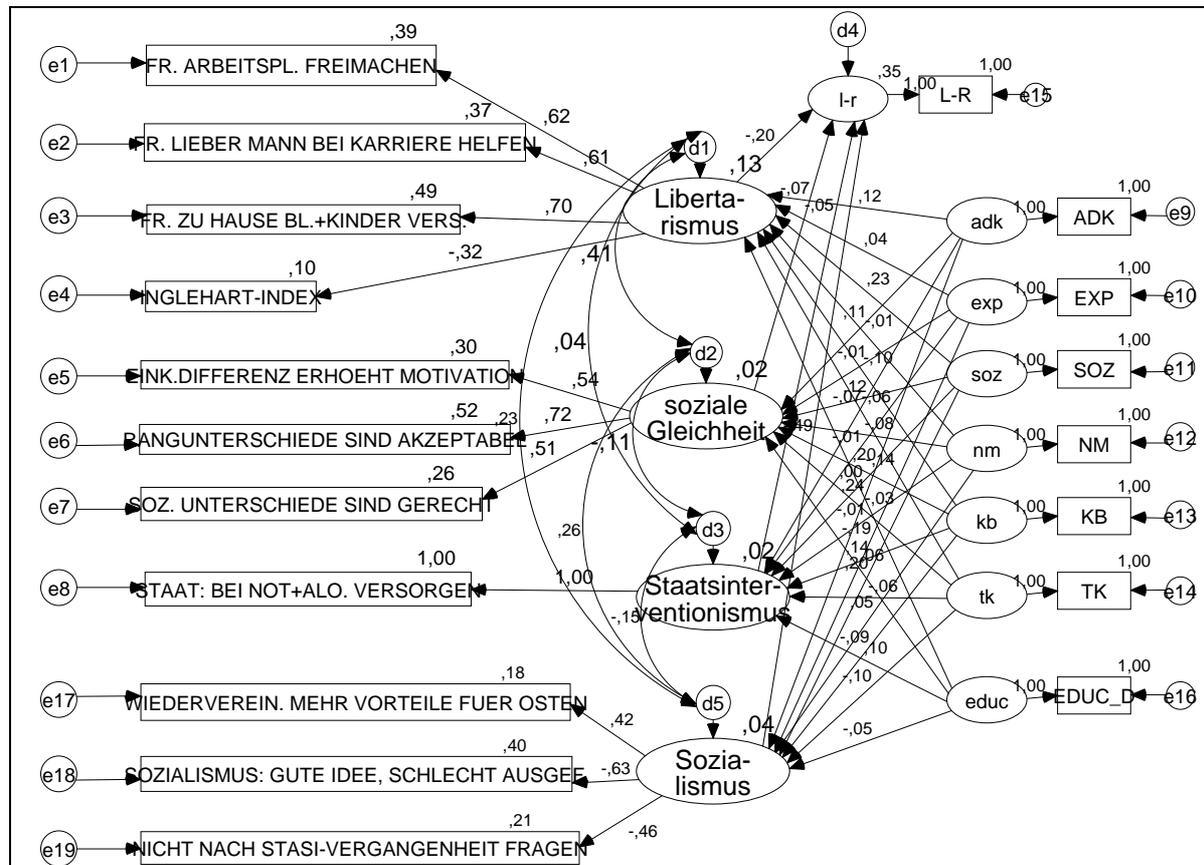
Die Abbildung 5-5 zeigt nun das Modell für die neuen Länder mit dem zusätzlichen Faktor, der mit „Sozialismus“ betitelt wurde. Der Vergleich der Einflussstärken auf die Links-Rechts-Polarität ergibt nun, dass die „Sozialismus“-Dimension zu beiden Erhebungszeitpunkten (1991 und 2000) der wichtigste Prädiktor ist, gefolgt von der Liberalismus-Dimension (vgl. Tabelle 5-2).⁴⁰

³⁸ Die Parameter dieser Modellierung sind in Görl (i. E.) ausführlich dokumentiert.

³⁹ Die Antwortmöglichkeiten für die drei Items sind gleichlautend und reichen von (1) stimme voll zu bis (4) stimme überhaupt nicht zu.

⁴⁰ Die Bedeutung der zusätzlichen Werte-Dimension zeigt sich auch im Zuwachs an Erklärungsleistung: Im Ausgangsmodell liegt diese für 1991 bei $R^2=0,135\%$, im elaborierten Modell bei $R^2=0,359$. Für das Jahr 2000 sinken wie im westdeutschen Modell die Effektstärken und die Erklärungsleistung. Das ursprüngliche ostdeutsche Modell liegt bei $R^2=4,6\%$; das elaborierte Modell liegt bei $R^2=6,4\%$.

Abbildung 5-5: Elaboriertes Strukturgleichungsmodell zur klassen- und bildungsbasierten Prognose der Wertedimensionen (Koeffizientenwerte für das Modell 1991)



Die Auffassung, nach der die Liberalismus-Dimension in den neuen Ländern in deutlich geringerem Ausmaß die politische Polarisierung beeinflusst, kann nach den vorliegenden Ergebnissen klar zurückgewiesen werden. Zudem ist bemerkenswert, dass die alte Verteilungsdimension keinen signifikanten Beitrag auf die ideologische Selbstpositionierung leistet.

Tabelle 5-2: Effekte der latenten Wertedimensionen auf die L-R-Selbsteinstufung

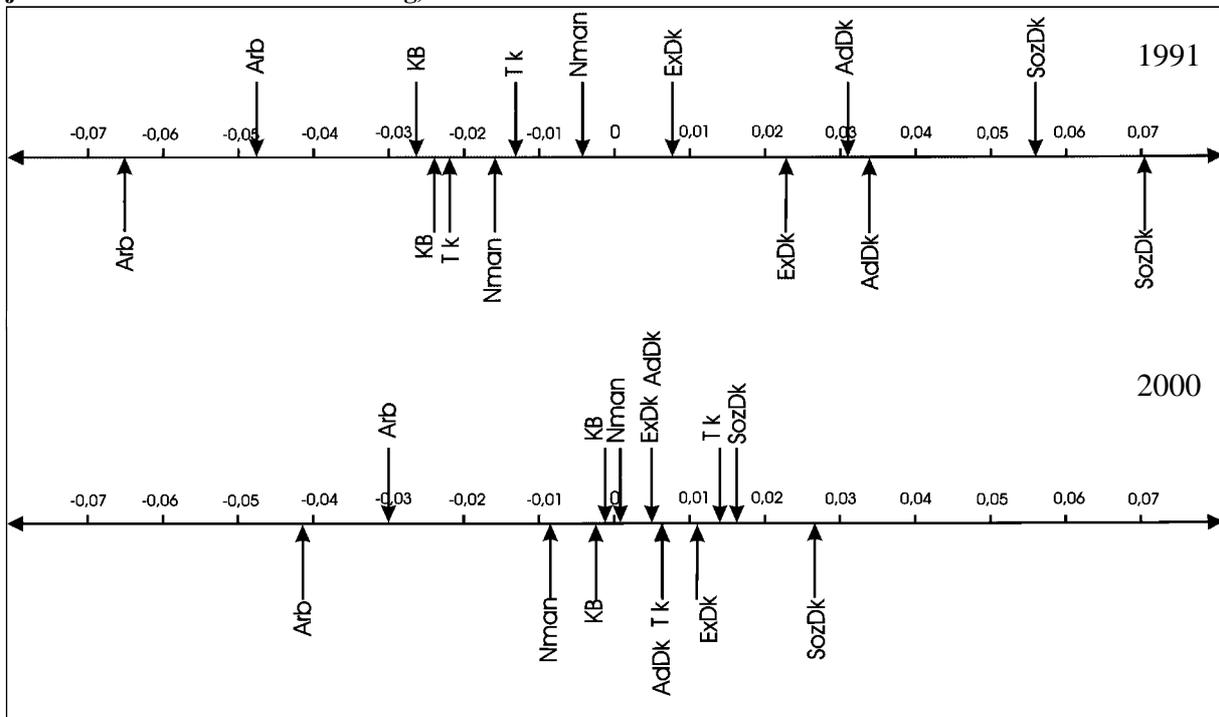
	NBL 1991	NBL 2000
Liberalismus	-0,543** (-0,197)	-0,327* (-0,124)
Soziale Gleichheit	-0,259 (-0,071)	-0,247 (-0,076)
Staatsinterventionismus	-0,206 (-0,051)	-0,041 (-0,016)
Sozialismus	-2,382** (-0,495)	-0,967* (-0,179)
R ²	35,9%	6,4%

Quelle: Eigene Berechnungen

Über welche klassenstrukturelle Basis verfügen nun die Wertedimensionen? Eine nennenswerte Strukturierung zeigen lediglich die Liberalismus- und die Sozialismus-Dimension. Für

1991 beträgt die Varianzaufklärung für die Libertarianismus-Dimension durch das Klassenkonzept 9,4% und durch die Bildungsvariable 6,8%. 1992 beträgt die Varianzaufklärung 10,5% bzw. 4,8%. Die Sozialismus-Dimension wird 1991 durch die Klassenzugehörigkeit zu 4,1% aufgeklärt. Die Bildungsvariable liefert hingegen keinen nennenswerten Beitrag zur Varianzaufklärung dieser Dimension. Im Jahr 2000 fällt der Anteil der Klassenstrukturierung für diese Dimension allerdings sehr deutlich und beträgt nur noch 0,8%. Die Anteile erklärter Varianz betragen 1991 nur 1,5% für die Teildimension „soziale Gleichheit“ und 0,7% für die Teildimension „Staatsinterventionismus“. Zum zweiten Erhebungszeitpunkt haben sich die Anteile leicht erhöht und betragen nun 3,1% bzw. 2,7%.

Abbildung 5-6: Effekte der Klassenlagen auf die Libertarianismus-Dimension NBL 1991 und 2000 (oben jeweils unter Kontrolle von Bildung)

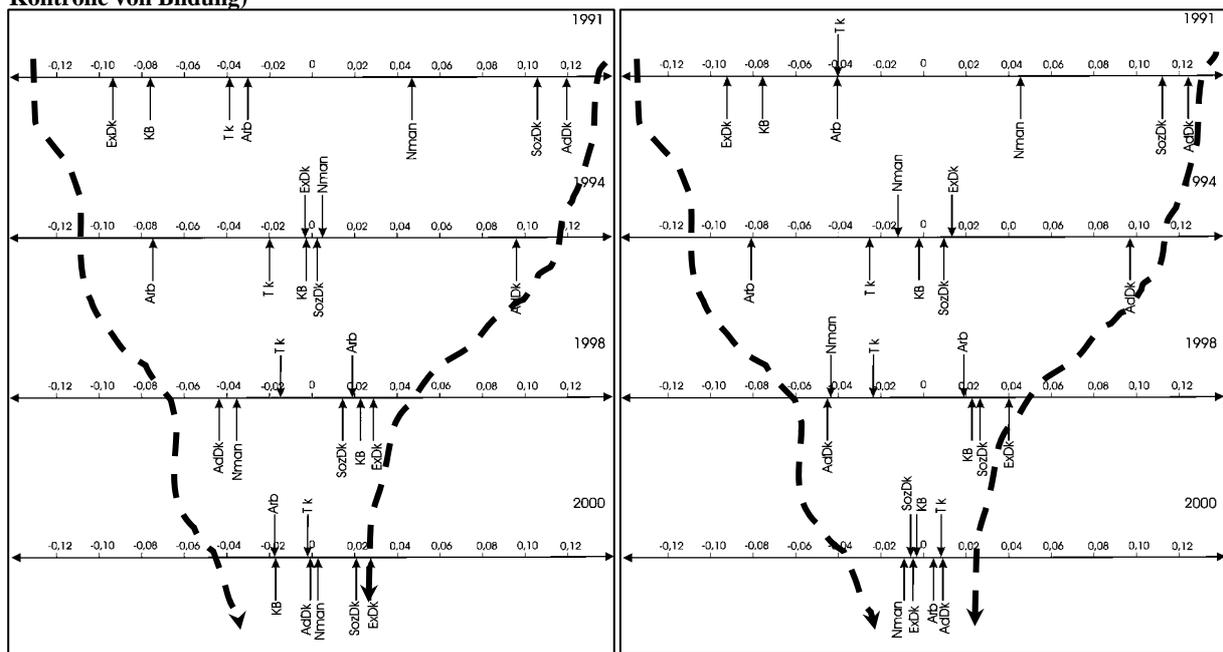


Quelle: Eigene Berechnungen

Die Abbildung 5-6 zeigt zunächst die Klassenpolarisierung entlang der Libertarianismus-Dimension. Hier zeigt sich eine Polarität, die der in den alten Ländern nicht unähnlich ist. Auf der Libertarianismus-Dimension stehen sich auch hier die soziale Dienstklasse und die Arbeiter gegenüber. Bemerkenswert ist, dass 1991 auch die administrative Dienstklasse einen signifikanten pro-libertären Effekt aufweist, der sich im Jahre 2000 verflüchtigt. Möglicherweise werden mit den *gender role* – Indikatoren vor allem auch Merkmale berücksichtigt, die ein konstitutives Element des DDR-spezifischen Geschlechterleitbildes sind. Da mit Beginn des Transformationsprozesses auch dieses Geschlechterleitbild zur Disposition stand, zeigen die

Dienstklassen-Segmente mit der stärksten Systemintegration auch die stärksten positiven Effekte. Das Kleinbürgertum und vor allem die Arbeiter markieren wie in Westdeutschland den autoritären Pol. Im Übrigen gilt auch für die neuen Länder, dass nach Kontrolle des Bildungseffektes, die Klasseneffekte relativ stabil bleiben. Analog zu den alten Ländern ist die sozialstrukturelle Basis dieser Dimension im Jahr 2000 etwas abgeschwächt, wobei das Grundmuster der Polarität bis auf den Effekt der administrativen Dienstklasse erhalten bleibt.

Abbildung 5-7: Zeitliche Entwicklung der Klassenpolarität in Bezug auf die Dimension „Sozialismus“ (rechts mit Kontrolle von Bildung)



Quelle: Eigene Berechnungen

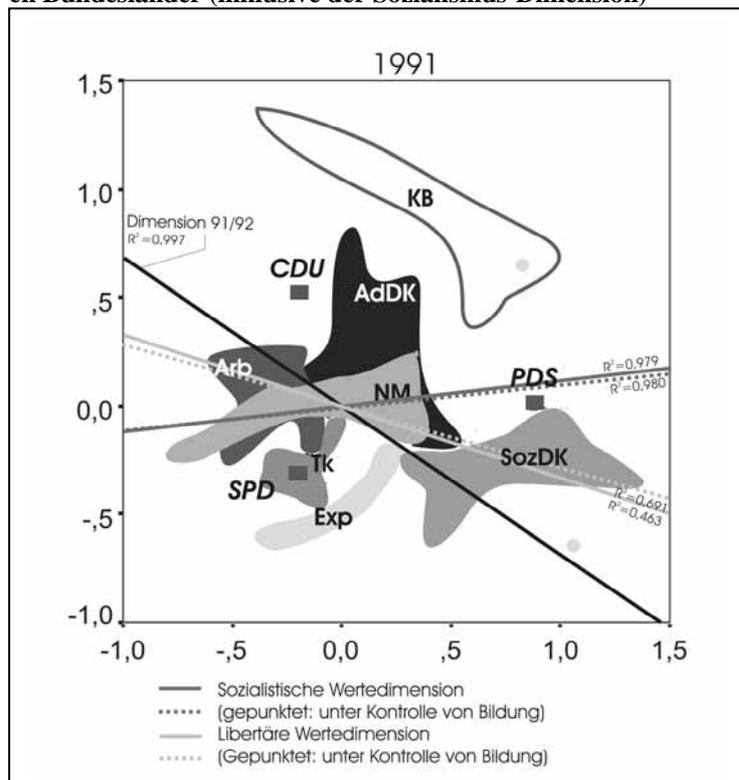
Die Abbildung 5-7 zeigt die sozialstrukturelle Verankerung der zweiten wichtigen Wertedimension – der Sozialismusdimension. Um ihre zeitliche Entwicklung besser nachzubilden, wurde ein Modell geschätzt, das alle vier Messzeitpunkte umschließt, zu denen die Items der Sozialismus-Dimension erhoben wurden.⁴¹ Zum Beginn des Transformationsprozesses zeigen die Klassen die größte Polarität. Wiederum markieren die Dienstklassensegmente der Administratoren und der sozialen Dienstklasse den linken Pol. Hierin zeigt sich die hohe DDR-Systemintegration beider Segmente. Den Gegenpol nehmen die Experten ein. Die zunehmende Verfachlichung der technischen Intelligenz in den späten Jahren der DDR könnte die Distanz dieser Gruppe zum DDR-Staat erklären. Die übrigen Klassen nehmen auf dem Effektekontinuum eine mehr oder weniger erwartbare Positionsfolge ein. Das Kleinbürgertum und

⁴¹ Diese Modellierung benachteiligt allerdings die Messstruktur der Libertarianismus-Dimension, da in den Erhebungen 1994 und 98 lediglich der Postmaterialismus-Index gemessen wurde.

die Arbeitersegmente tendieren eher zum anti-sozialistischen Pol. Die nicht-manuellen Routearbeiter haben eher eine leichte pro-sozialistische Präferenz. Die Kontrolle der Bildungsvariable bewirkt nahezu keine Veränderung in den Effekten.

Wie in der Abbildung 5-7 visuell hervorgehoben verliert diese Wertedimension sukzessive ihre Klassenbasis. Zum letzten Erhebungszeitpunkt ist die Klassenpolarität nur noch marginal. Inwieweit koinzidieren nun die wertbezogenen mit den parteibezogenen Klassenpolaritäten? In der Parteienklassenkonfiguration für 1991 haben die Dimensionen im Falle der Sozialismus-Dimension eine ausgezeichnete und im Falle der Libertarismus-Dimension eine akzeptable Repräsentationsgüte. Für den zweiten Erhebungszeitpunkt (2000) gelingt jedoch keine akzeptable Anpassung. Auf die Darstellung der sozio-ökonomischen Wertedimension muss wegen mangelnder Anpassungsgüte generell verzichtet werden.⁴² Die Sichtung der Korrelationskoeffizienten ergibt, dass die Sozialismus-Dimension mit $r=0,603$ in etwa gleichstark mit der parteibezogenen Klassenpolarität koinzidiert wie die Libertarismus-Dimension ($r=0,628$).

Abbildung 5-8: Gefittete Wertedimensionen im Parteien-Klassen-Raum für die neuen Bundesländer (inklusive der Sozialismus-Dimension)



Quelle: Eigene Berechnungen

Nach diesen Ergebnissen ließe sich das ostdeutsche Muster der Klassenwahl zu Beginn des Transformationsprozesses am ehesten als Ausdruck eines post-sozialistischen Wertekonflikts

⁴² Die Anpassungsgüte dieser Dimension liegt nur noch bei $R^2 = 0,296$ bzw. $0,301$ bei Kontrolle von Bildung.

über Fragen zur deutschen Wiedervereinigung und der bisherigen Herrschaftspraxis in der DDR, aber auch als kultureller Gegensatz zwischen eher libertären sowie eher traditionellen Wertehaltungen interpretieren. Die politische Auseinandersetzung *innerhalb* der neuen Bundesländer speist sich demnach eher aus *kulturellen* Wertekonflikten als aus einem ökonomischen Verteilungskonflikt. Allerdings mähren sich die Anzeichen, dass die *politics of interests* (i. S. von Szelényi) etwas an Bedeutung gewinnen: Einerseits wächst – wenn auch nur geringfügig – die Klassenbasierte Strukturierung der sozio-ökonomischen Wertepreferenzen (s. o.), andererseits sind auf dieser Dimension *realignment*-Prozesse in Richtung des westdeutschen Musters zu beobachten (siehe Görl i. E.).

Kapitel 6 Wertorientierungen und Parteipräferenzen

Nachdem der Einfluss der Werteppräferenzen auf das Wahlverhalten nur sehr indirekt über die Links-Rechts-Polarisierung und über die Koinzidenz zum *class voting* untersucht wurde, sollen in diesem Kapitel die Wirkungen von Werten auf die Parteipräferenzen unmittelbar analysiert werden.

Dazu werden die über die Strukturgleichungsmodelle aus Kapitel 5 bestimmten *factor scores* der latenten Dimensionen für die Regressionsmodelle genutzt anstelle der sonst üblichen Einzelindikatoren (vgl. z. B. Houtman 2001).

6.1 Wertorientierungen und Parteipräferenzen in den alten Bundesländern

Grundlage der *factor score* - Bildung für die alten Länder ist das Strukturgleichungsmodell aus Kapitel 5. Auf dieser Basis lässt sich der Zusammenhang zwischen der Parteipräferenz und der Libertarismus-Dimension, der Dimension „Soziale Gleichheit“ sowie der Legitimität des Staatsinterventionismus untersuchen.

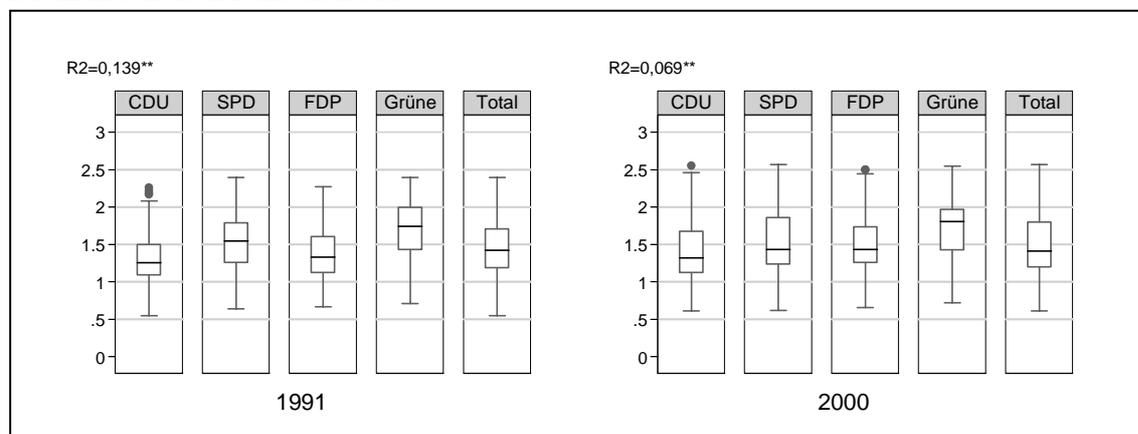
Ausgehend von den bisherigen Überlegungen zur wertebezogenen Analyse des politischen Raumes und den bisherigen Ergebnissen zur ideologischen Polarisierung der Wertedimensionen folgend, ist zu erwarten, dass bei Vorliegen einer sozio-ökonomisch egalitären Werthaltung eher Parteien, die im politischen Raum auf der wirtschafts- und sozialpolitischen Wettbewerbsdimension eine linke Position einnehmen, präferiert werden, wohingegen gegenteilige Werteppräferenzen eher die Bevorzugung dezidiert marktwirtschaftlich positionierter Parteien bewirken. Für die „neuen“ Werte gilt Entsprechendes: Libertäre Werteppräferenzen sollten mit einer linkslibertären Parteipräferenz einhergehen und autoritäre Werthaltungen zu einer Präferenz rechter Parteien auf der gesellschafts- und rechtspolitischen Wettbewerbsdimension führen.

In Abbildung 6-1 sind zunächst die wählerspezifischen Boxplots sowie der Boxplot der Marginalverteilung für die Wertedimension „Soziale Gleichheit“ dargestellt.

Die Wähler der SPD und der Grünen nehmen die stärkste sozialelegalitäre Position ein, wobei die Haltung der Grünen-Wähler zu beiden Messzeitpunkten sich etwas linksorientierter darstellt. Dagegen fallen die Haltungen der CDU- und der FDP-Wähler stärker ungleichheitsorientiert aus. Eine Abstufung zwischen den letztgenannten Parteiwählern wird allerdings nicht sichtbar. Das Gesamtniveau der Polarisierung fällt für diese Dimension, wie schon zuvor in

den Strukturgleichungsmodellen für die Links-Rechts-Selbsteinstufung gezeigt, zum zweiten Erhebungszeitpunkt deutlich geringer aus.

Abbildung 6-1: Zusammenhang zwischen der Variable „Soziale Gleichheit“ und der Variable Parteipräferenz in den alten Bundesländern

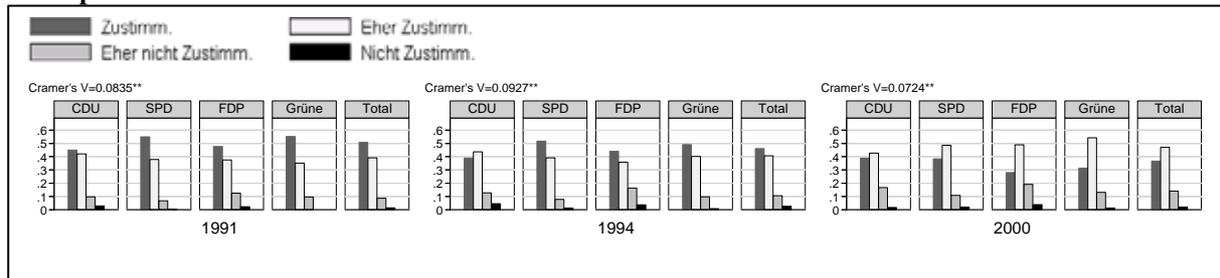


Quelle: Eigene Berechnungen

Da die Dimension der „Legitimität des Staatsinterventionismus“ in den Strukturgleichungsmodellen des vorangegangenen Kapitels aus Mangel an geeigneten Indikatoren als messfehlerfreie Messung einer einzigen Indikatorvariable spezifiziert wurde, sind die *F-scores* dieser Dimension identisch mit den Ausprägungen in der Ausgangsvariable. Aus diesem Grund kann für die bivariate Betrachtung ein zusätzlicher Erhebungszeitpunkt (1994) berücksichtigt werden, ohne dass für diesen Zeitpunkt auch ein Strukturgleichungsmodell vorliegt.⁴³ Die Wähler von SPD und Grünen sind in ihren Profilen, die von allen Parteien-Wählern am stärksten prostaatsinterventionistisch sind, erneut kaum unterscheidbar. Für CDU- und FDP-Wähler zeigen die Profile eine geringere Akzeptanz staatsinterventionistischen Handelns. Markante Abweichungen zwischen den CDU- und FDP-Profilen treten ebenfalls nicht auf. Nur zum letzten Erhebungszeitpunkt ist das FDP-Profil etwas anti-etatistischer. Ohne dass sich das parteipolitische Polarisierungsniveau in der Zeit wesentlich ändert, verändert sich die Marginalverteilung augenfällig. Insgesamt nimmt die Akzeptanz staatsinterventionistischen Handelns ab.

⁴³ Wegen der geringen Anzahl der Variablenausprägungen wurden in der Abbildung 6-2 statt Boxplots Häufigkeitsprofile verwendet.

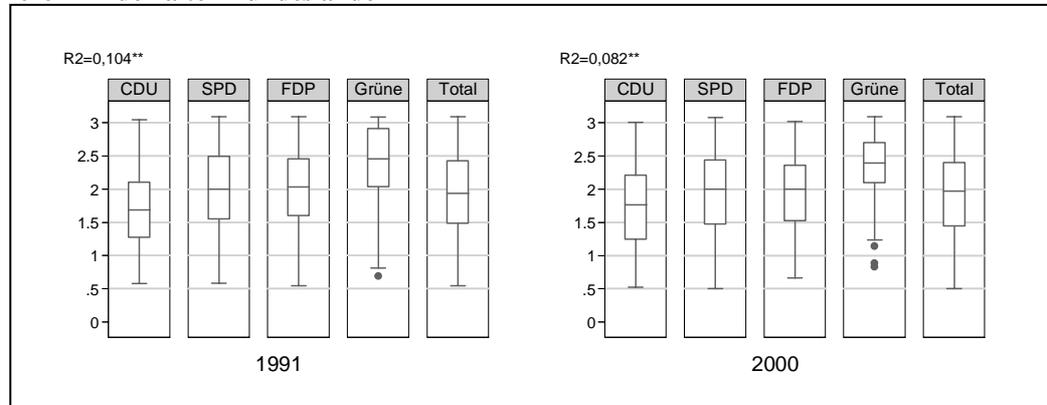
Abbildung 6-2: Zusammenhang zwischen der Variable „Legitimität des Staatsinterventionismus“ und der Parteipräferenz in den alten Bundesländern



Quelle: Eigene Berechnungen

Die Wähler von CDU und den Grünen werden auf der Libertarismus-Dimension (Abbildung 6-3) am stärksten unterschieden. Eine gesellschaftspolitisch mittlere und nahezu identische Position nehmen die Wähler von SPD und FDP ein. Somit bestätigt die Verteilung uneingeschränkt die von Pappi und Shikano (2004) für die gesellschaftspolitische Wettbewerbsdimension unterstellte und im Kapitel 4.1 verwendete parteipolitische Rangordnung. Das Polarisierungsniveau verändert sich im Unterschied zur Links-Rechts-Selbsteinstufung, so wie sie im Strukturgleichungsmodell prognostiziert wird, kaum.

Abbildung 6-3: Zusammenhang zwischen der Libertarismus-Dimension und der Parteipräferenz in den alten Bundesländern



Quelle: Eigene Berechnungen

Insgesamt betrachtet bestätigen die Ergebnisse die sozialwissenschaftlichen *common sense* - Thesen zum Zusammenhang von Wertorientierungen und Parteienpräferenz und im Falle der Libertarismus-Dimension kann sogar spezifische Annahme zur parteipolitischen Rangordnung von CDU, SPD, FDP und B90/ Die Grünen.

6.2 Wertorientierungen und Parteipräferenzen in den neuen Bundesländern

Da für die Analyse der neuen Länder die zeitliche Dynamik der Einflussstruktur auf das Wahlverhalten von besonderem Interesse ist, beschränkt sich die Ergebnispräsentation im Wesentlichen auf das „Vier-Zeitpunkte“ Modell (siehe Kapitel 5.1). Im Fall der Dimensionen „Libertarismus“ und „Legitimität des Staatsinterventionismus“ werden zusätzlich auch die Ergebnisse des messtheoretisch valideren „Zwei-Zeitpunkte“-Modells präsentiert, wobei für letztere mit 1994 ein zusätzlicher Messzeitpunkt zur Verfügung steht.

In den Abbildungen 6.4 bis 6.8 wiederholt sich eine monotone Zusammenhangsstruktur: Die SPD nimmt stets eine mittlere Position ein, die CDU ist stets am rechten Pol und die PDS stets am linken Pol angesiedelt. Eine gewisse Einschränkung dieser Aussage betrifft den Postmaterialismus-Index, auf den für die Betrachtung von vier Messzeitpunkten rekurriert werden muss. Zwar ist das Profil der CDU-Wähler stets das materialistischste, die PDS-Wähler bilden jedoch nur für die Jahre 1991 und 1998 klar das dazu gegenteilige Profil. Für 2000 sind die Profile von SPD- und PDS-Wählern kaum unterscheidbar.⁴⁴ Die Polarisierung ist für die mittleren Erhebungszeitpunkte am stärksten. In der Entwicklung der Randverteilung ist ein ostdeutscher Wertewandel in Richtung postmaterialistischer Werthaltungen ablesbar (Arzheimer, Klein 2000). Die Abbildung 6-8 (S. 42) zeigt die Zusammenhangsstruktur zwischen der Parteipräferenz und der Libertarismus-Dimension. Analog zur ideologischen Polarisierung ist auch die parteibezogene Polarisierung auf dieser Dimension besonders Anfang der 1990er Jahre sehr stark. Bemerkenswert ist, dass die PDS trotz ihres „autoritären“ Erbes als ehemalige sozialistische Staatspartei über ein eher libertär eingestelltes Wählerklientel verfügt (Gerth 2003).⁴⁵

Das postsozialistische Werte-*cleavage* zeigt die stärkste Trennschärfe unter den ostdeutschen Parteiwählern. Insbesondere zum Beginn des Transformationsprozesses sind die Wählergruppen auf der Sozialismus-Dimension deutlich voneinander unterscheidbar. In der zeitlichen Entwicklung nimmt das Polarisierungspotential dieser Dimension, wie schon für die ideologische Selbstverortung in den Strukturgleichungsmodellen gezeigt, deutlich ab. Im Unterschied zur Links-Rechts-Selbstverortung fällt die Diskriminierungswirkung jedoch nicht kontinuierlich. In der Randverteilung sind kaum Veränderungen zu beobachten.

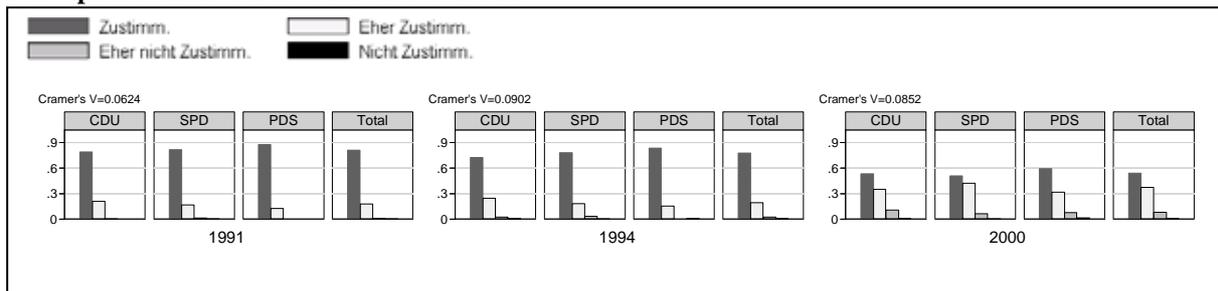
⁴⁴ Bei Aggregation der Gruppe der Materialisten und der materialistischen Mischtypen sind das SPD- und das PDS-Profil auch für 1994 nicht unterscheidbar.

⁴⁵ Nach Neugebauer, Stöss (1996) ist es durchaus denkbar, dass die PDS aufgrund des neuen Pragmatismus der Grünen enttäuschte Wähler aus dem grün-alternativen Milieu an sich binden kann.

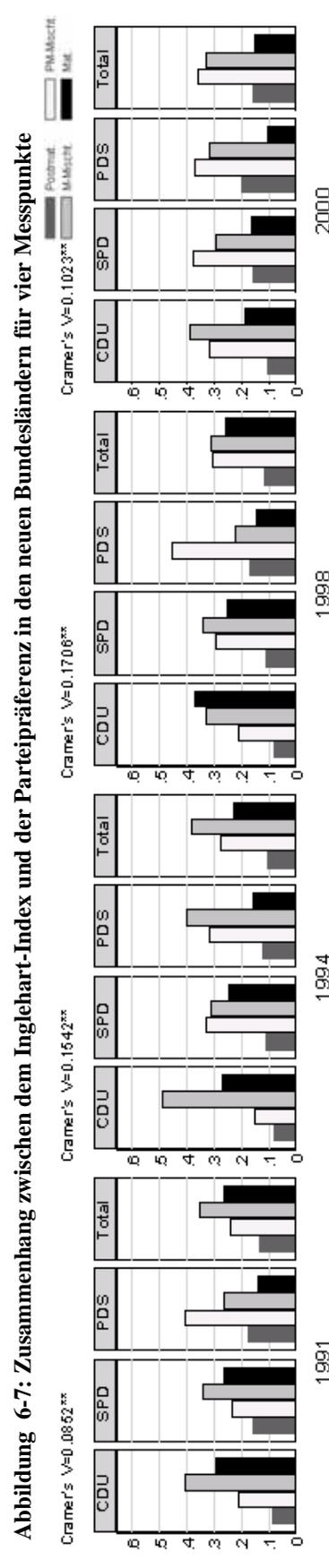
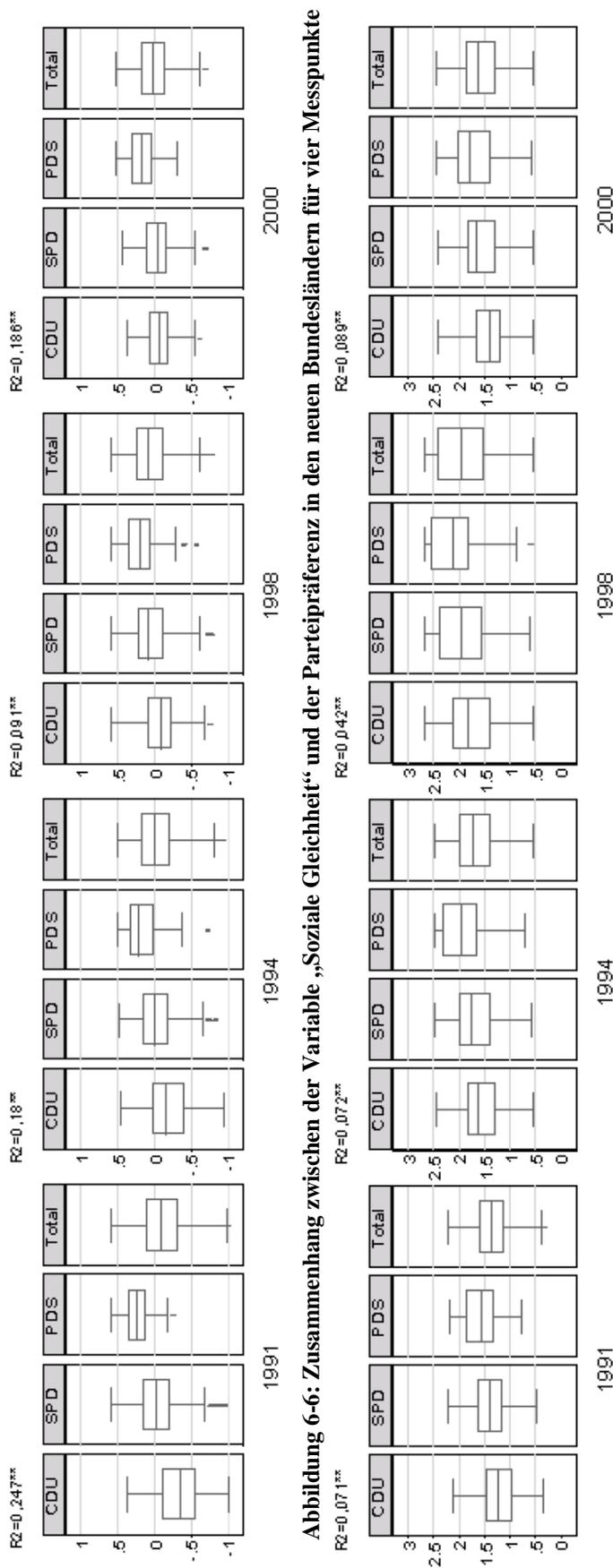
Die Abbildung 6-6 (S. 41) zeigt die Zusammenhangsstruktur zwischen der Parteipräferenz und der Dimension „Soziale Gleichheit“. Sichtbar wird, dass die Präferenz für soziale Gleichheit, mit der Zeit zunimmt. Bis auf 1998 bleiben die Unterschiede zwischen den Wählergruppen vergleichsweise konstant. Im Vergleich zu den übrigen beiden Dimensionen ist die Trennschärfe zwischen den Wählergruppen eher gering.

Auch für die zweite sozio-ökonomische Dimension - „Legitimität des Staatsinterventionismus“ – fällt die parteipolitische Polarisierung sehr gering aus (siehe Abbildung 6-4). Im Unterschied zu den alten Bundesländern ist die Zusammenhangsstruktur für diese Dimension zu keinem Messzeitpunkt signifikant. Berichtenswert ist vor allem die Veränderung in der Marginalverteilung. Deutlich wird, dass im Vergleich zu den alten Bundesländern die Akzeptanz staatlicher Intervention bei allen Parteiwählern ungleich höher ist. In der Zeit kommt es jedoch zu einer Angleichung an die westdeutschen Akzeptanzwerte.

Abbildung 6-4: Zusammenhang zwischen der Variable „Legitimität des Staatsinterventionismus“ und der Parteipräferenz in den neuen Bundesländern

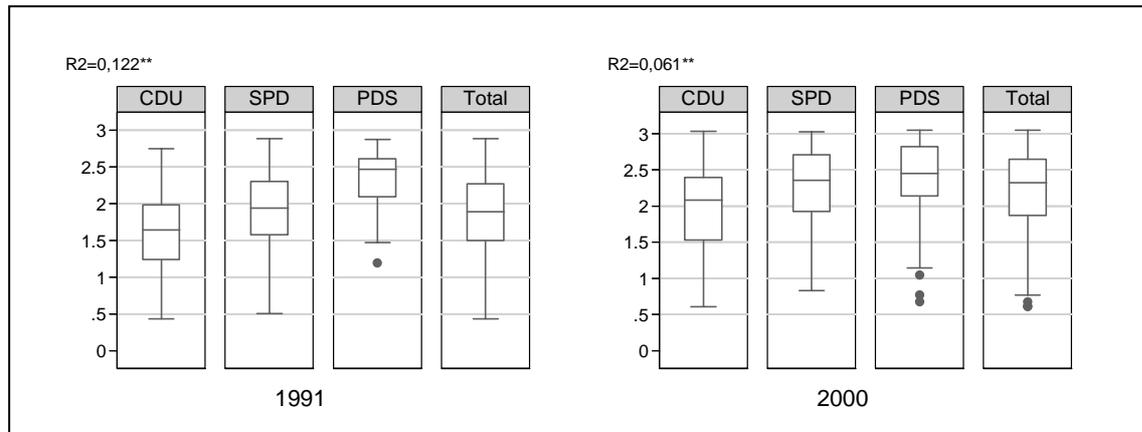


Quelle: Eigene Berechnungen



Quelle: Eigene Berechnungen

Abbildung 6-8: Zusammenhang zwischen der Variable „Libertarismus“ und der Parteipräferenz in den neuen Bundesländern



Quelle: Eigene Berechnungen

Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:⁴⁶

- Der post-sozialistische Wertekonflikt erweist sich auch für die parteibezogene Analyse in Ostdeutschland als wichtigste Einflussgröße.
- Als zweitwichtigste wertebezogene Determinante erweist sich die Libertarismus-Autoritarismus-Dimension. Erst an dritter Stelle folgen die sozio-ökonomischen Einstellungen. Insgesamt dominieren in den neuen Ländern also im Sinne von Szélenyi et al. (1996) eher die *politics of symbols* und weniger die *politics of interests*.
- Über die Dynamik der Wertedimensionen ist festzustellen, dass vor allem der post-sozialistische Wertekonflikt einer zeitlichen Änderung unterliegt. Allmählich verliert dieser Konflikt seine politisierende Wirkung.

Mit der Analyse der Einflusstruktur gesellschaftspolitischer Wertorientierungen auf parteipolitische Präferenzen wurde der dritte und zugleich letzte Aspekt der *cleavage*-theoretische Trias bestehend aus Klassenstruktur, Wertorientierungen und Parteipräferenzen analysiert.

Das folgende Kapitel hebt sich von den bisherigen Kapiteln datenanalytisch dadurch ab, dass alle *cleavage*-theoretischen Konzepte nun simultan modelliert werden. Der analytische Mehrwert des Forschungsdesigns, durch Einbeziehung gesellschaftspolitischer Wertorientierungen die Sinnkomponenten klassengebundener Spaltungsmuster offenzulegen und so inhaltlich interpretieren zu können, kommt nun voll zum Tragen.

⁴⁶ Die Ergebnisse werden auch bei multivariater Modellierung bestätigt (Görl i. E.).

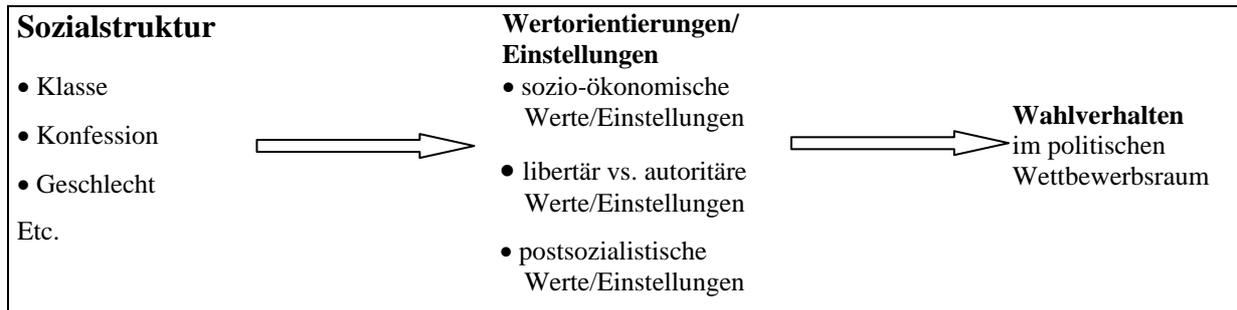
Kapitel 7 Komplexes Modell: Sozialstruktur, Wertorientierungen und Wahlverhalten – der Versuch einer inhaltlichen Bestimmung des klassenbasierten Wahlverhaltens

Die Modellierung wird in Abbildung 7-1 (S.44) plakativ veranschaulicht und folgt einfachen soziologischen Grundannahmen. Danach tendieren Angehörige gleicher sozialstruktureller Aggregate (Klasse, Konfession, Geschlecht etc.) aufgrund ähnlicher Lebenslagen und gemeinsamer Erfahrungen zu einer Homogenisierung ihrer Einstellungen und Werthaltungen (Hradil 2001, S. 425). Werte als „Konzeptionen des Wünschenswerten“ (Kluckhohn 1951) können auf alle möglichen Objekte des menschlichen Zusammenlebens gerichtet sein. Insofern Wertorientierungen auf „Konzeptionen der wünschenswerten Gesellschaft“ (Parsons 1980, S. 185, vgl. auch Bürklin, Klein 1998, S. 139 ff.) gerichtet sind, sollten sie auch politisch handlungsanleitend sein und in individuellen Wahlentscheidungen Berücksichtigung finden.

In Abgrenzung zu Wertorientierungen weisen Einstellungen eine geringere Stabilität auf. Sie sind eher Ausdruck situationaler Bewertungen und definieren keine gesellschaftlichen Standards (Bürklin, Klein 1998, S. 139). Gleichwohl können auch sie durch soziale Interessenlagen beeinflusst sein und somit für eine inhaltliche Analyse von *cleavage*-Strukturen herangezogen werden. Im Rahmen des ökonomisch motivierten Wahlverhaltens werden bspw. die Einschätzungen der eigenen aktuellen wie auch der eigenen prospektiven wirtschaftlichen Lage bevorzugt als zentrale Einstellungsvariablen verwendet (Western, Tranter 2001; Lewis-Beck 1990). Die subjektive Eruierung der eigenen wirtschaftlichen Lage könnte einen wichtigen *link* für das klassenbasierte Wahlverhalten darstellen, insofern die verschiedenen Klassenpositionen unterschiedliche objektive Lagen abbilden und die Individuen einer Klassenposition ihre ökonomische Lage subjektiv ähnlich bewerten.

Ein weiterer sozio-ökonomischer Indikator des klassenbasierten Wahlverhaltens wäre die subjektive Schichteinstufung.⁴⁷ Im Unterschied zur situationalen Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage sollte die subjektive Schichteinstufung eher als eine allgemeinere und langfristige stabile Einschätzung des ökonomischen Status verstanden werden.

⁴⁷ Die Fragestellung lautet: Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu: (1) Unterschicht, (2) Arbeiterschicht, (3) der Mittelschicht, (4) Obere Mittelschicht, (5) Oberschicht.

Abbildung 7-1: Modell der Analyse von *cleavage*-Strukturen

Quelle: Eigene Darstellung

Das Ziel der nachfolgenden Analysen besteht primär nun darin, für die alten und neuen Länder die Werte und Einstellungen zu identifizieren, die für das jeweilige Muster der klassenbasierten Konfliktlinien in West- und Ostdeutschland verantwortlich sind bzw. diese kulturell oder interessengeleitet überformen (Rohe 1992). Letztendlich geht es um die Identifikation der inhaltlichen Dimensionen (Sinnkomponenten) der angesprochenen Konfliktstrukturen (Weßels 2000). Für dieses Anliegen haben die Werte- und Einstellungsdimensionen eine unterschiedliche Wertigkeit. Da *cleavage*-Strukturen zwar veränderbar sind, aber grundsätzlich mittelfristig stabil sein sollten, sollten sie stärker mit ebenso mittelfristig stabilen Wertorientierungen koinzidieren als mit kurzfristig volatilen Einstellungsdimensionen.

7.1 Komplexes Modell für die alten Bundesländer

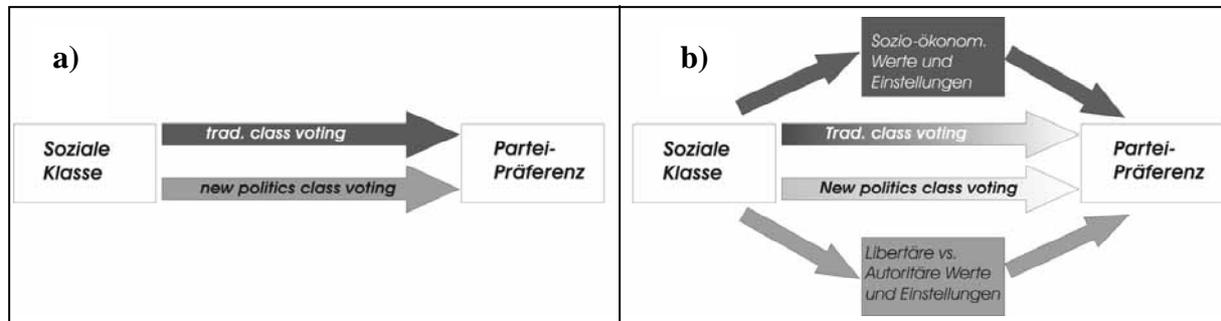
Der theoretische Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass die unterschiedlichen parteipolitischen Präferenzen der Klassenlagen auf der verteilungsrelevanten sowie der gesellschaftspolitischen *policy*-Dimension (siehe Abbildung 7-2 a) durch entsprechende klassenspezifische Werthaltungen und Einstellungen zu erklären sind. Deswegen sollten die beiden Wertedimensionen die beiden Assoziationsstrukturen des *class voting* jeweils selektiv ansprechen.

Existieren die angesprochenen Koinzidenzen von Klassenspaltungen, Wertespaltungen und Wahlverhalten tatsächlich, dann müssten die Assoziationsstrukturen zwischen den Klassen und der Parteipräferenz nach Einführung der Wertedimensionen relevant „wegerklärt“ werden (siehe Abbildung 7-2 b).⁴⁸ Für die traditionelle *class voting* - Dimension ist zusätzlich zu prü-

⁴⁸ Das statistische Relevanzkriterium besteht darin, ob die mitzuspezifizierenden Werte- und Einstellungskonzepte *selektiv* die jeweiligen Assoziationskoeffizienten *signifikant* reduzieren. Die Testgrößen werden über Wald- resp. T-Tests gewonnen, wobei die entsprechenden geschätzten Assoziationskoeffizienten bei Berücksichtigung der Werte- und Einstellungsdimensionen (Netto-Assoziation) mit denen ohne Berücksichtigung der Werte- und Einstellungsdimensionen (Brutto-Assoziation) kontrastiert werden.

fen, ob für ihre Prädiktion auch Indikatoren des langfristigen oder situationalen ökonomischen Status, wie sie oben vorgestellt wurden, benötigt werden.

Abbildung 7-2: Komplexes Modell des *class voting* in den alten Ländern



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Houtman (2001, S.180, 183)

Gleichzeitig muss auch kontrolliert werden, dass ein Teil der Assoziationen durch sozialstrukturelle Kovariate mitverursacht sein kann. Deswegen werden die hierarchischen Modelle jeweils in zwei Varianten geschätzt. Zunächst wird ein *optimistisches* Modell zugunsten der Wertorientierungen geschätzt. Die Wert- und Einstellungsorientierungen werden hierzu im ersten Schritt der hierarchischen Modellierung aufgenommen. Erst an zweiter Stelle finden die sozialstrukturellen Kovariaten Berücksichtigung, sodass ihre Prädiktionsleistung für die Assoziation eher unterschätzt wird. In der zweiten Variante ist die Vorgehensweise vertauscht. Da für das westdeutsche Elektorat keine *realignment*-Hypothesen zu testen sind, wird das Modell als zeitinvariantes Modell geschätzt. Datengrundlage sind die Messzeitpunkte 1991 und 2000 des kumulierten Allbus.

Die Tabelle 7-1 zeigt die *optimistische* Modellierung zugunsten der Werte und der Einstellungen. Beide Ausgangsassoziationen sind sehr signifikant (Modell 1), wobei die Klassenspaltung in Bezug auf die verteilungsrelevante Dimension (*trad. class voting*) den stärkeren standardisierten Einfluss auf die Parteienwahl hat. Nach Aufnahme der beiden sozio-ökonomischen Wertedimensionen (soziale Gleichheit, Legitimität des Staatsinterventionismus) - Modell 2 - verlieren die Ausgangsassoziationen geringfügig an Stärke. Die Teststatistiken zeigen jedoch klar, dass erst nach Einführung der subjektiven Schichteinstufung (Modell 3) sich die Assoziation des traditionellen *class voting* signifikant verflüchtigt. Erst im vierten Modellierungsschritt folgen mit den Einschätzungen der eigenen aktuellen und zukünftigen wirtschaftlichen Lage eher situationale und veränderliche sozio-ökonomische Einstellungen. Allerdings liefern diese keine zusätzliche Erklärungsleistung für das traditionelle klassenbasierte Wahlverhalten. Unter den sozio-ökonomischen Werte- und Einstellungsdimensionen

hat die Dimension „Soziale Gleichheit“ den stärksten Einfluss, gefolgt von der subjektiven Schichteinstufung, der prospektiven Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Dimension „Legitimität staatlicher Intervention“. Die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage zeigt als einzige sozio-ökonomische Einstellungsvariable keinen signifikanten Effekt.

Im fünften Modellierungsschritt wird die Libertarianismus-Dimension eingeführt. Die Assoziationsstärke des so bereinigten *new politics class voting* ist auf dem 1%-Signifikanzniveau schwächer als die Brutto-Assoziation. Die Libertarianismus-Dimension zeigt insgesamt den stärksten Einfluss auf die Wahlentscheidung. Im sechsten Schritt dieser Modellierungsvariante werden die sozialstrukturellen Kovariaten eingeführt. Deutlich wird, dass diese nach Kontrolle der attitudinalen Konzepte keinen signifikanten Beitrag zur Verkleinerung der Assoziationsstärken beisteuern.

Tabelle 7-1: Linear-by-linear Modelle der Klassenwahl unter Berücksichtigung von Wertorientierungen, der Schichtselbsteinstufung, der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage und sozialstruktureller Kovariate in den alten Bundesländern – optimistische Schätzungen zugunsten der Wertorientierungen und Einstellungsvariablen (N=1929)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
trad. class voting	1.217 ^a (8.50)**	1.155 [.334] ^a (7.94)**	0.994 [.07] ^a (6.59)**	0.997 [.073] ^a (6.59)**	0.984 ^b (6.46)**	0.899 [.291] ^b (5.86)**
n.p. class voting	1.000 (6.57)**	0.934 (6.11)**	1.024 (6.63)**	1.033 ^c (6.67)**	0.643 ^d [.009] ^f (3.93)**	0.565 [.339] ^d (3.00)**
Soz. Gleichheit		0.614 (7.13)**	0.616 (7.14)**	0.612 (7.07)**	0.424 (4.81)**	0.463 (5.06)**
Staatsinterv.		-0.130 (2.79)**	-0.102 (2.15)*	-0.104 (2.17)*	-0.116 (2.42)*	-0.106 (2.20)*
Schichteinst.			-0.270 (4.54)**	-0.273 (4.45)**	-0.307 (4.95)**	-0.238 (3.59)**
wirt. Lage				0.032 (0.59)	0.020 (0.37)	0.014 (0.26)
pros. wirt. Lage				-0.146 (2.44)*	-0.111 (1.87)	-0.102 (1.69)
Libertarismus					0.564 (10.19)**	0.423 (7.00)**

*p<0.05, **<0.01, a,b,c,d=Referenzwert für Nullhypothesen eines einseitigen t-Tests, in eckigen Klammern Irrtumswahrscheinlichkeit des einseitigen t-Tests, in runden Klammern standardisierte Effekte

- Modell 1: linear-by-linear Assoziationen der Klassenwahl
- Modell 2: wie Modell 1 und sozio-ökonomische Werte-Dimensionen
- Modell 3: wie Modelle 2 und Schichtselbsteinstufung
- Modell 4: wie Modell 3 und Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage
- Modell 5: wie Modell 4 und Libertarianismus-Dimension
- Modell 6: wie Modell 5 und sozialstrukturelle Kovariate

Quelle: Eigene Berechnungen

Welche Ergebnisse zeigen nun die optimistischen Modellierungen zugunsten der sozialstrukturellen Kovariaten?

Tabelle 7-2: Linear-by-linear Modelle der Klassenwahl unter Berücksichtigung von Wertorientierungen, der Schichtselbsteinstufung und sozialstruktureller Kovariate in den alten Bundesländern – optimistische Schätzungen zugunsten der sozialstrukturellen Kovariaten (N=1929)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
trad. class voting	1.217 ^a (8.50)**	1.069 ^b [.156] ^a (7.29)**	0.990 [.298] ^b [.064] ^f (6.65)**	0.886 [.115] ^b [.006] ^a (5.80)**	0.890 [.121] ^b [.006] ^a (5.82)**	0.898 (5.88)**
n.p. class voting	1.000 ^c (6.57)**	0.673 [.037] ^f (3.68)**	0.636 (3.47)**	0.685 (3.72)**	0.697 ^d (3.78)**	0.546 [.202] ^d (3.01)**
Soz. Gleichheit			0.594 (6.63)**	0.572 (6.36)**	0.578 (6.39)**	0.464 (5.07)**
Staatsinterv.			-0.115 (2.40)*	-0.097 (2.01)*	-0.098 (2.02)*	-0.106 (2.19)*
Schichteinst.				-0.219 (3.39)**	-0.221 (3.34)**	-0.238 (3.58)**
wirt. Lage					0.019 (0.36)	0.014 (0.25)
pros. wirt. Lage					-0.114 (1.89)	-0.102 (1.69)
Libertarismus						0.423 (7.00)**

Quelle: Eigene Berechnungen

Zunächst leisten sie für die traditionelle Klassenwahl keinen eigenständigen signifikanten Beitrag. Ihr Koeffizient fällt erst signifikant nach zusätzlicher Einführung der sozioökonomischen Wertedimensionen. Beim *new politics class voting* verhält es sich anders. Hier fällt die Reduktion der Assoziation gleich nach Einführung der sozialstrukturellen Kovariaten signifikant aus.⁴⁹ Die zusätzliche Berücksichtigung der Libertarismus-Dimension führt nun zu keiner relevanten Änderung der Assoziation. In der Bilanz der Signifikanztests jedoch schneidet die Libertarismus-Dimension etwas besser ab. Berechnet man als deskriptives Gütemaß das Verhältnis der Reduktion in der Assoziation, die bei zusätzlicher Einführung der Libertarismus-Dimension ($\Delta\varphi_{lib}$) und bei zusätzlicher Einführung der sozialstrukturellen Kovariaten

eintritt ($\Delta\varphi_{kov}$) - $\omega_{n.p.,lib.vs.kov} = \frac{\Delta\varphi_{lib}}{\Delta\varphi_{kov}}$ - fällt der Beitrag fast doppelt so stark zugunsten der

Wertedimension aus.⁵⁰ Im Vordergrund steht also mehr die wertbezogene, kulturelle Überformung im neuen Muster der Klassenwahl als die geschlechts-, kohorten- und konfessions-

⁴⁹ Da Frauen, nach 1939 Geborene, höher Gebildete als auch Konfessionslose stärker in den neuen Dienstklasse-segmenten vertreten sind und zugleich überproportional häufig linkslibertäre Parteien wählen, wird die Ausgangskorrelation zwangsläufig verstärkt.

⁵⁰ Das Verhältnis beträgt $(0.697-0.546)/(0.643-0.565)=1.936$ zugunsten der Wertedimension.

spezifische Zusammensetzung der Klassen. Gleichwohl verstärkt diese Zusammensetzung den gefundenen Zusammenhang. Bei optimistischer Schätzung können, gemessen an der Brutto-Assoziation und der verbleibenden Netto-Assoziation, über 35% der Ausgangsbeziehung den Wertepräferenzen auf der Libertarianismus-Dimension zugesprochen werden.

Beim traditionellen klassenbasierten Wahlverhalten fällt die Dominanz zugunsten der Werte- und Einstellungsvariablen noch deutlicher aus, allerdings nur, falls zu den sozio-ökonomischen Wertorientierungen auch die subjektive Schichtzugehörigkeit mitberücksichtigt wird. Andernfalls ist das Verhältnis ausgeglichen.⁵¹ Die Aufklärungsleistung für die Assoziation fällt allerdings insgesamt weitaus geringer aus: Bei optimistischer Schätzung lassen sich ca. 19% der Ausgangsassoziation durch die sozio-ökonomischen Wertedimensionen und die Schichtselbsteinstufung erklären.

Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse kann das in Abbildung 7-2 dargestellte Modell im Wesentlichen bestätigt werden. Die postulierten Werte- und Einstellungsdimensionen hängen *selektiv* und *signifikant* mit den zwei unterscheidbaren Dimensionen des klassenbasierten Wahlverhaltens zusammen. Zusammenfassend kann gesagt werden:

- 1) Das traditionelle sozio-ökonomische *class voting* lässt sich durch die gemeinsame Wirkung wertbezogener Einstellungen zur sozialen Gleichheit und zur Legitimität sozialstaatlichen Interventionismus sowie durch den subjektiv wahrgenommenen sozio-ökonomischen Status signifikant erklären. Kurzfristig volatile Einschätzungen der eigenen ökonomischen Lage bilden keinen signifikanten *link* zwischen der Klassenzugehörigkeit und der Parteipräferenz.
- 2) Das klassenbasierte Wahlverhalten nach dem Muster der *new politics* kann in einem hohen Ausmaß durch die klassenbasierten libertären resp. autoritären Wertepräferenzen erklärt werden. Die alters- und geschlechtsspezifische Komposition der Klassen trägt ihrerseits zur Assoziation bei.

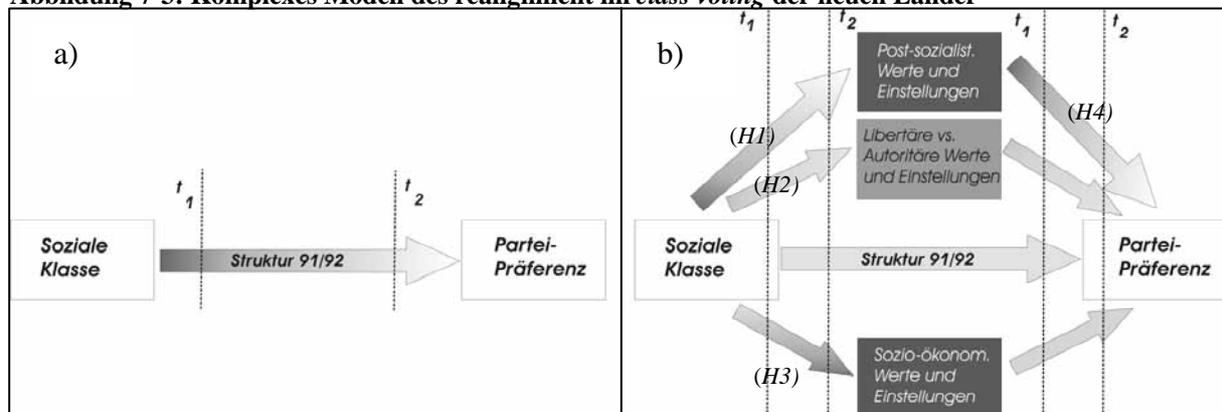
7.2 Komplexes Modell für die neuen Bundesländer

Die komplexe Modellierung fällt in den neuen Ländern aus zwei Gründen anspruchsvoller aus: 1) um den Klassen-Parteien-Zusammenhang unter Transformationsbedingungen adäquat erklären zu können, wird zusätzlich die post-sozialistische Wertedimension als Prädiktor verwendet und 2) um die zeitliche Veränderung in der Zusammenhangsstruktur zu erfassen,

⁵¹ $(1.069-0,886)/(0.984-0,899)=2,153$. Ohne die subjektive Schichteinstufung ist das Verhältnis nahezu ausgegogen: $(1.069-0,990)/(0.984-0,899)=0,929$.

müssen wiederum zeitvariante Modelle spezifiziert werden. Die bisherigen Ergebnisse lassen sich zu folgenden dynamischen Modell des klassenbasierten Wahlverhaltens zusammenfassen.

Abbildung 7-3: Komplexes Modell des realignment im class voting der neuen Länder



Quelle: Eigene Darstellung

Die Abbildung 7-3 a) zeigt zunächst das *erklärungsbedürftige realignment* im klassenbasierten Wahlverhalten der neuen Länder. Zu Beginn des Transformationsprozesses ($t_1=1991$) zeigte sich, gemessen am traditionellen klassenbasierten Wahlverhalten, zunächst eine völlig anomale Zusammenhangsstruktur – wie ausführlich berichtet wurde. Mit Voranschreiten des Transformationsprozesses ($t_2=2000$) verflüchtigt sich diese Anomalie in Richtung einer partiellen Annäherung an das Muster des traditionellen *class voting*. Das Ziel der Modellierung besteht nunmehr darin, durch die Einbeziehung der werte- und einstellungsbezogenen Dimensionen eine inhaltliche Bestimmung des *realignment* vorzunehmen und somit die Dynamik im klassenbasierten Wahlverhalten in den neuen Ländern zu erklären (Abbildung 7-3 b). Nach dem Stand der bisherigen Ergebnisse, die in den vorangegangenen Kapiteln berichtet wurden, kommen für das ostdeutsche *realignment* folgende Ursachen infrage:

- (1) Eine nahezu vollständige Auflösung der Klassenbasis des postsozialistischen Wertekonflikts (H1).
- (2) Eine Abschwächung (Veränderung) der Klassenbasis des *neuen* Wertekonflikts (H2).
- (3) Eine allmähliche Annäherung der Klassenverankerung im verteilungsrelevanten Wertekonflikt (H3).
- (4) Eine zunehmende Abschwächung der parteibezogenen Polarisierung des postsozialistischen Wertekonflikts (H4).

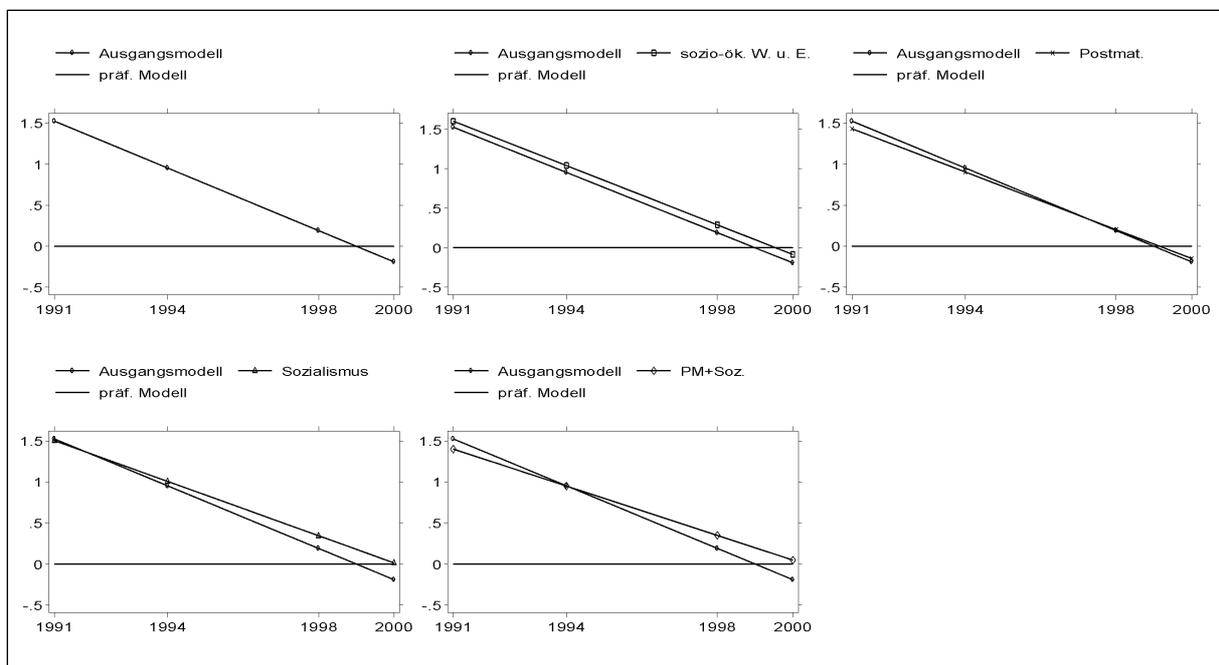
Selbstverständlich schließen sich die aufgeführten Hypothesen nicht wechselseitig aus. Demnach kann das *realignment* das Ergebnis eines Mix´ der genannten Ursachen sein. Die Hypo-

thesen werden für das zeitlich adäquatere Vier-Zeitpunkte-Modell (1991, 1994, 1998 und 2000) getestet.⁵²

Das klärungsbedürftige Ausgangsmodell besteht diesmal aus einer Anfangsbeziehung für 1991 (Interzept) und einer jährlichen Änderungsrate (Slope) und ist in Abbildung 7-4 als erste Teilabbildung dargestellt.

Führt man die drei Werte- und Einstellungsdimensionen jeweils einzeln in das Modell ein (optimistische Schätzung zugunsten des jeweiligen Konzepts), hat das auf die Assoziationsparameter folgende Auswirkungen.

Abbildung 7-4: Zeitliche Veränderung des 91er Musters der klassenbasierten Parteipräferenz mit und ohne Berücksichtigung verschiedener Werte- und Einstellungskonzepte (bivariate Modelle)



Quelle: Eigene Berechnungen

Die Berücksichtigung sozio-ökonomischer Werte- und Einstellungsdimensionen liefert für keinen der Zusammenhangsparameter (Slope und Interzept) eine Erklärungsleistung. Die Hypothese *H3* (Annäherung der Klassenverankerung im verteilungsrelevanten Wertekonflikt) muss danach zurückgewiesen werden.

Im Unterschied dazu hat der Inglehart-Index ein gewisses Erklärungspotential, auch wenn dieses sehr limitiert ist. Interzept und Slope fallen geringer aus als beim Ausgangsmodell. Bzgl. der Ausgangsassoziation liefert der PM-Index 6,1%⁵³ Erklärungsleistung und für die

⁵² Die Ergebnisse für das messtheoretisch adäquatere Zwei-Zeitpunkte- Modelle sind in Görl (i. E.) aufgeführt.

⁵³ $(1,524 - 1,431) / 1,524 = 0,061$.

zeitliche Veränderung immerhin 7,9%.⁵⁴ Die Berücksichtigung der Sozialismus-Dimension klärt die Ausgangsassoziation lediglich zu 1,3% und die zeitliche Veränderung zu 13,6%. In der Summe beträgt die Erklärungskraft beider Konzepte 8,1% für die Ausgangsassoziation und 21,5% für ihre zeitliche Veränderung. Vorläufig zeigen lediglich die Hypothesen *H1* (Erosion der Klassenbasis des postsozialistischen Wertekonflikts) und *H2* (Abschwächung der Klassenbasis des *neuen* Wertekonflikts) eine gewisse empirische Evidenz.

Diese Ergebnisse werden auch in der multivariaten hierarchischen Modellierung bestätigt (Tabelle 7-3): Erst die zusätzliche Berücksichtigung des Inglehart-Index' (Modell 3) verändert die Assoziation in der beschriebenen Weise. Allerdings ist die Verringerung der Parameter nicht signifikant. Nach Einführung der Sozialismus-Dimension (Modell 4) verringert sich vor allem die Überschreitungswahrscheinlichkeit für den Slope. Allerdings ist auch diese Fehlerwahrscheinlichkeit für die gerichtete Ungleichheit von Brutto- und Netto-Assoziation noch weit von den gebräuchlichen Signifikanzniveaus entfernt. Die Hinzuziehung von sozialstrukturellen Kovariaten verbessert die Erklärung der Assoziation nicht weiter.

⁵⁴ $(0,191-0,176)/0,191=0,079$.

Tabelle 7-3: Realignment-Modell für 1991, 1994, 1998 und 2000 in den neuen Bundesländern unter Berücksichtigung von Wertorientierungen, der Schichtselbsteinstufung, der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage und sozialstruktureller Kovariate – *optimistische* Schätzungen zugunsten der Wertorientierungen und Einstellungsvariablen (N=1564)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
class voting 1991	1.524 (5.24)**	1.602 ^a (5.22)**	1.539 [0.420] ^a (4.98)**	1.465 [0.337] ^a (4.50)**	1.509 ^d (4.52)**	1.453[0.304] ^a [0.438] ^d (4.09)**
class voting 1991*t	-0.191 ^b (3.96)**	-0.188 ^c [0.472] ^b (3.74)**	0.173[0.364] ^b [0.387] ^f (3.42)**	-0.150[0.221] ^b [0.238] ^f (2.82)**	-0.161 (3.00)**	-0.176 (3.08)**
Soz. Gleichheit		0.841 (8.51)**	0.791 (7.93)**	0.338 (3.08)**	0.380 (3.45)**	0.326 (2.81)**
Schichteinst.		-0.060 (0.82)	-0.102 (1.38)	-0.062 (0.80)	-0.068 (0.88)	-0.185 (2.19)*
wirt. Lage		0.193 (3.58)**	0.201 (3.68)**	0.126 (2.20)*	0.129 (2.25)*	0.122 (1.89)
pros. wirt. Lage		0.126 (2.05)*	0.145 (2.33)*	0.092 (1.41)	0.087 (1.31)	0.078 (1.13)
Postmaterialismus			-0.242 (5.47)**	-0.257 (5.54)**	-0.264 (5.69)**	-0.214 (4.29)**
Sozialismus				2.143 (11.58)**	2.804 (9.78)**	2.821 (9.31)**
Sozialismus*t					-0.168 (3.21)**	-0.166 (2.98)**

*p<0.05, **<0.01, a,b=Referenzwert für Nullhypothesen eines einseitigen t-Tests, in eckigen Klammern Irrtumswahrscheinlichkeit des einseitigen t-Test, in runden Klammern standardisierte Effekte

- Modell 1: linear-by-linear Assoziationen der Klassenwahl
- Modell 2: wie Modell 1 und sozio-ökonomische Werte und Einstellungen
- Modell 3: wie Modell 2 und Libertarismus-Dimension
- Modell 4: wie Modell 3 und Sozialismus-Dimension
- Modell 5: wie Modell 4 und Interaktion der Sozialismus-Dimension mit der Zeit
- Modell 6: wie Modell 5 und sozialstrukturelle Kovariate

Quelle: Eigene Berechnungen

Eine hierarchische Modellierung zugunsten der sozialstrukturellen Kovariaten verändert das Bild nicht wesentlich. Aufschlussreich ist nur, dass diese das Ausgangsniveau der Assoziation etwas verringern. Die übrigen Modellierungsschritte bestätigen die bisherigen Thesen.

Tabelle 7-4: Realignment-Modell für 1991, 1994, 1998 und 2000 in den neuen Bundesländern unter Berücksichtigung von Wertorientierungen, der Schichtselbestufung, der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage und sozialstruktureller Kovariate – *optimistische* Schätzungen zugunsten der sozialstrukturellen Kovariaten (N=1564)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
class voting 1991	1.524 ^a (5.24)**	1.412 [0.361] ^f (4.49)**	1.542 ^b (4.69)**	1.499 [0.448] ^f (4.53)**	1.439 [0.384] ^f (4.14)**	1.453 (4.09)**
class voting*t	-0.191 (3.96)**	-0.210 (4.02)**	-0.212 ^c (3.94)**	-0.202 [0.430] ^f (3.73)**	-0.170 [0.233] ^f (3.00)**	-0.176 (3.08)**
Soz. Gleichheit			0.793 (7.64)**	0.758 (7.25)**	0.285 (2.47)*	0.326 (2.81)**
Schichteinst.			-0.182 (2.26)*	-0.194 (2.39)*	-0.179 (2.10)*	-0.185 (2.19)*
wirt. Lage			0.176 (2.89)**	0.185 (3.01)**	0.119 (1.85)	0.122 (1.89)
pros. wirt. Lage			0.116 (1.79)	0.132 (2.01)*	0.084 (1.22)	0.078 (1.13)
Postmaterialismus				-0.209 (4.38)**	-0.207 (4.14)**	-0.214 (4.29)**
Sozialismus					2.175 (11.01)**	2.821 (9.31)**
Sozialismus*t						-0.166 (2.98)**

*p<0.05, **<0.01, a,b=Referenzwert für Nullhypothesen eines einseitigen t-Tests, in eckigen Klammern Irrtumswahrscheinlichkeit des einseitigen t-Test, in runden Klammern standardisierte Effekte

- Modell 1: linear-by-linear Assoziationen der Klassenwahl
- Modell 2: wie Modell 1 und sozialstrukturelle Kovariate
- Modell 3: wie Modell 2 und sozio-ökonomische Werte und Einstellungen
- Modell 4: wie Modell 3 und Libertarismus-Dimension
- Modell 5: wie Modell 4 und Sozialismus-Dimension
- Modell 6: wie Modell 5 und Interaktion der Sozialismus-Dimension mit der Zeit

Quelle: Eigene Berechnungen (komplexes-modell-nbl3.do)

In welcher Form lässt sich nun die Hypothesen *H4*, also der Einfluss des Bedeutungsverlustes auf die Veränderung des Klassen-*cleavages* prüfen? Brooks et al. (1997) folgend, werden Hypothesen dieser Art über die zusätzliche Interaktion der infrage stehenden Konzepte mit der Zeit modelliert und getestet. Wie jedoch den Modellen 5 in Tabelle 7-3 und 6 in Tabelle 7-4 zu entnehmen ist, hellt dieser Term weder die Ausgangsassoziation noch ihre zeitliche Veränderung inhaltlich auf.

Insgesamt bleiben die Hypothesentests aus strenger inferenzstatistischer Perspektive unbefriedigend. Die größte Plausibilität haben gemäß der Daten die Hypothesen *H1* und *H2*, also die Erklärung des *realignment* aufgrund des Zerfalls der Klassenbasis im post-sozialistischen Wertekonflikt und einer Abschwächung der Klassenpolarität hinsichtlich libertärer resp. autoritärer Wertvorstellungen. Um zusätzlich zwischen den Hypothesen *H1* und *H2* abzuwägen,

kann erneut das modifizierte Maß nach Heise (1972) herangezogen werden. Für die Ausgangsassoziation sind die zusätzlichen Erklärungsanteile der Sozialismusdimension und des Inglehart-Index' nahezu ausgewogen.⁵⁵:

$$\omega_{1991;soz.vs.lib} = \frac{\Delta\varphi_{soz.}}{\Delta\varphi_{lib}}.$$

Für die zeitliche Änderung der Assoziation dominiert jedoch die Sozialismus-Dimension.⁵⁶:

$$\omega_{t;soz.vs.lib} = \frac{\Delta\varphi_{soz.}}{\Delta\varphi_{lib}}.$$

Demnach ist die zeitliche Veränderung im klassenbasierten Wahlverhalten am stärksten das Ergebnis der Erosion der Klassenbasis im postsozialistischen Wertekonflikt.⁵⁷

Zusammenfassend gelangt man für das klassenbasierte Wahlverhalten in den neuen Ländern zu folgenden Ergebnissen: Die sozio-ökonomische Fundierung der Klassenwahl ist nach wie vor rudimentär. Ein weitaus stärkeres Orientierungsmuster bildet dagegen die Bewertung der sozialistischen Vergangenheit bzw. des Vereinigungsprozesses, die zum Beginn des Transformationsprozesses eine starke Klassenverankerung aufwies. Dieses *cleavage* kann als Ausdruck eines ererbten Klassenkonflikts verstanden werden, der eher die unterschiedlichen sozialen Interessenlagen in der staatssozialistischen DDR-Gesellschaft (Solga 1995) widerspiegelt als die in einer marktwirtschaftlich verfassten Gesellschaft. Mit zunehmendem Abstand zur DDR erodiert jedoch dieses - aus westdeutscher Perspektive „anomale“ – Klassen-*cleavage*. Der von Meulemann (2004) normativ beschriebene Lernprozess in der Transformationsphase, der von den Ostdeutschen nicht nur verlangt Neues zu erlernen, sondern Altes zu verlernen, scheint sich zumindest für den letzten Punkt bereits im Wahlverhalten abzuzeichnen. Erwähnenswert ist des Weiteren, dass vom Beginn des Transformationsprozesses an das klassenbasierte Wahlverhalten zum Teil auch dem Muster der *New Politics* folgt und in diesem Punkt eine gewisse Ähnlichkeit zum westdeutschen Wahlverhalten zeigt. Das bisherige ostdeutsche *class voting* folgte demnach eher einem kulturellen, ideologischen und weniger einem sozio-ökonomischen Interessen geleiteten Muster.

⁵⁵ (1,499-1,439)/(1,483-1,439)=1,36.

⁵⁶ (0,202-0,170)/(0,180-0,170)=3,2.

⁵⁷ Auch für das messtheoretisch anspruchsvollere Zwei-Zeitpunkte-Modell, das zusätzlich die Legitimität sozialpolitischen Staatsinterventionismus berücksichtigt und die Libertarismusdimension durch Mehrfachmessungen erfasst, bestätigen sich die bisherigen Ergebnisse. Siehe ausführlich Görl (i. E.).

Kapitel 8 Zusammenfassung

In dieser Arbeit wurde die Dynamik im klassenbasierten Wahlverhalten in den neuen Ländern für den Beobachtungszeitraum von 1991 bis 2000 analysiert und der Versuch unternommen, die Wandlungsprozesse in der Zusammenhangsstruktur zwischen den Klassenpositionen und den parteipolitischen Präferenzen mittels Werte- und Einstellungsdimensionen inhaltlich zu interpretieren. Gleichzeitig wurde das westdeutsche Muster des klassengebundenen Wahlverhaltens als Bezugspunkt für die Zusammenhangsstruktur in den neuen Ländern mitanalysiert. Hier bezieht sich die Arbeit besonders auf die Untersuchungen Walter Müllers zur Klassenstruktur und zum Parteiensystem in den alten Bundesländern. Die Idee Müllers, neben sozio-ökonomischen Bezügen auch Bezüge der Neuen Politik in den Klassenpositionen herzustellen, wurde aufgegriffen. Im empirischen Teil der Arbeit wurden nun die Beziehungsstrukturen zwischen der Klassenstruktur, den Werthaltungen und Einstellungen sowie den parteipolitischen Präferenzen untersucht.

(1) In multinomialen Logit-Modellen und in einer korrespondenzanalytischen Aufbereitung der Zusammenhangsstruktur konnten für die alten Bundesländer zwei grundlegende Klassenspaltungen identifiziert werden. Auf der einen Dimension stehen sich die traditionellen Konfliktgruppen der Selbstständigen und der Arbeiter gegenüber, die im Parteienraum mit dem FDP-SPD-Kontrast korrespondieren. Die andere Dimension trennt die soziale Dienstklasse und die Experten insbesondere von den Arbeitern. Im Parteienraum korrespondiert diese Klassenspaltung mit dem CDU-Grünen Kontrast. In Anlehnung an die aktuelle Diskussion zur Klassenwahl wurden diese Gegensätze einerseits auf eine alte, verteilungsrelevante *policy*-Dimension und andererseits auf eine neue, gesellschaftspolitische *policy*-Dimension bezogen.

Für die neuen Bundesländer ließen sich auffällige Wandlungsprozesse im klassengebundenen Wahlverhalten nachweisen. So zeigten sich für den Beginn des Transformationsprozesses jenes *cross class voting*, bei dem die Selbstständigen und die Arbeiter gemeinsam die Gegengruppe zu der sozialen und administrativen Dienstklasse sowie der Gruppe der Nichtmanuellen bildeten. Das wird als Nachwirkung eines DDR-immanenten Klassengegensatzes gewertet, der in Anlehnung an Heike Solga jene Gruppe mit maximaler politischer, technokratischer und ökonomischer Ressourcenausstattung von den Gruppen trennt, die unter den Bedingungen des Staatssozialismus in ihrer Ressourcenausstattung eher benachteiligt waren. Während die Gruppe der benachteiligten Lagen die CDU präferierte, also jene Partei, die auf eine

schnellst mögliche Etablierung der westdeutschen Wirtschafts- und Sozialordnung in den neuen Ländern drängte, präferierten die genannten Dienstklassensegmente und die Nichtmanuellen die PDS, also jene Partei, die die Eigenständigkeit der DDR-Gesellschaft betonte. Über die Zeit wandelt sich dieses Muster grundlegend. Die administrative Dienstklasse präferiert zunehmend die CDU, die Nichtmanuellen rücken von der PDS ab, während umgekehrt die Arbeiter ihre Distanz zur SPD und zur linkssozialistischen PDS verlieren. Die Ergebnisse sind somit verträglich mit der Kristallisationsthese, gemäß der es eine für Ostdeutschland spezifische Konstellation von Konfliktlagen gibt.

(2) Im 5. Kapitel wurde anhand von Strukturgleichungsmodellen die Beziehung zwischen den Klassenpositionen und den Werteorientierungen untersucht. Für Westdeutschland ließen sich die auf den parteibezogenen Dimensionen identifizierten Klassengegensätze mit geringen Einschränkungen auch auf den wertebezogenen Dimensionen zeigen. Auf der Libertarismus-Dimension sind besonders trennscharf die sozialen Dienste und die Experten am libertären Pol und die Arbeiter am autoritären Pol positioniert. Auf der sozio-ökonomischen Wertedimension wird die zweite parteibezogene Klassenspaltung mit Einschränkungen reproduziert. Auch hier nimmt die soziale Dienstklasse eine linke Position ein, während die Selbstständigen und die administrative Dienstklasse am verteilungspolitisch rechten Pol angesiedelt sind. Die Arbeiter als traditionelle linke Konfliktgruppe auf dieser Wertedimension nehmen redistributive Werthaltungen nur ein, wenn ihre Bildungsbenachteiligung kontrolliert wird. Für die neuen Länder wurde zusätzlich eine Wertedimension spezifiziert, die den Wertekonflikt zwischen den Befürwortern des Sozialismus bzw. den Ablehnern der deutschen Wiedervereinigung und den Gegenpositionen symbolisiert. Für diese Dimension ist die Klassenpolarität besonders zu Beginn des Untersuchungszeitraumes ausgeprägt. Sie trennt sehr deutlich die soziale und administrative Dienstklasse von den übrigen Gruppen. Darüber hinaus besteht eine nennenswerte Klassenpolarität nur noch auf der Libertarismus-Dimension, die wie in Westdeutschland die Arbeiter von der sozialen Dienstklasse trennt. Beide wertebezogenen Klassenpolaritäten passen gut zum Muster des *cross class voting* in den ersten Transformationsjahren. Wie dieses Muster verflüchtigt sich auch die Klassenpolarität insbesondere für die post-sozialistische Wertedimension. Im Unterschied zu den alten Bundesländern ist die verteilungsrelevante Wertedimension klassenstrukturell nur sehr gering polarisiert.

(3) Im 6. Kapitel wurde die Beziehung zwischen dem Wahlverhalten und den Werteorientierungen analysiert. Hier zeigt sich nun, dass die spezifizierten Wertedimensionen für die alten Länder tatsächlich mit den theoretischen Rangordnungen der Parteien koinzidieren, die sie auf

den beiden behaupteten *policy*-Dimensionen einnehmen. So zeigte sich, dass bei Berücksichtigung der sozio-ökonomischen Wertedimension die FDP- und die CDU-Wähler am weitesten rechts platziert sind und die SPD-Wähler sowie die Wähler der Grünen gleichrangig eine linke Position vertreten. Auf der „neuen“ Wertedimension unterscheiden sich die Wähler der Grünen, die eine dezidiert linkslibertäre Position einnehmen am trennschärfsten von den Wählern der CDU, die hier die Gegenposition vertreten. Die Wahlentscheidungen werden insgesamt am stärksten durch die „neue“ Wertedimension strukturiert. In den neuen Ländern erwies sich der Wertekonflikt, der die Befürworter und Gegner des sozialistischen Gesellschaftsmodells trennt, als stärkster wertebbezogener Prädiktor der Parteienwahl. Ihm folgen die Libertarismus-Autoritarismus-Dimension und erst an dritter Stelle kommen die sozio-ökonomischen Einstellungen. Allerdings zeigt sich, dass der post-sozialistische Wertekonflikt allmählich seine politisierende Wirkung verliert. Insgesamt wirken in der Anfangsphase des Transformationsprozesses vorrangig symbolische und kulturelle Themen politisierend, etwa über den Weg und das Tempo zur deutschen Einheit oder die Bewertung der sozialistischen Vergangenheit sowie den Grad der erwünschten Partizipationsmöglichkeiten etc. Im weit geringeren Ausmaß ist die ostdeutsche Gesellschaft hinsichtlich sozio-ökonomischer Wertepräferenzen politisch gespalten.

(4) Im Kapitel 7 wurden schließlich alle zuvor dargestellten Zusammenhänge der *cleavage*-theoretischen Trias simultan modelliert. Für die alten Länder zeigt sich, dass das Muster der Klassenspaltungen im Wahlverhalten zum einen durch den sozio-ökonomischen Wertekonflikt und zum anderen durch einen Konflikt um „neue“ Werte erklärt werden kann. Die Vermutungen Walter Müllers konnten demnach bestätigt werden. Für die neuen Länder erwiesen sich der post-sozialistische Wertekonflikt und der „neue“ Wertekonflikt am geeignetsten, das *cross class voting* in der Nachwendephase zu erklären. Die zunehmende Erosion der Klassenbasis im post-sozialistischen Wertekonflikt ist darüber hinaus die geeignetste Erklärungsgröße für das *partisan realignment* der Klassenstruktur. Auch wenn eine Annäherung bei der Wirkungsweise der sozio-ökonomischen Werte und Einstellungen als Mediatoren der Klassenpositionen und Parteipräferenz noch nicht zu beobachten war, lässt sich feststellen, dass sich das eigenständige *cleavage*-Muster im klassengebundenen Wahlverhalten allmählich verflüchtigt hat.

Literaturverzeichnis

- Andreß, Hans-Jürgen, Hageaars, Jacques A. und Kühnel, Steffen-Matthias (1997).** Analyse von Tabellen und kategorialen Daten: log-lineare Modelle, latente Klassenanalyse, logistische Regression und GSK - Ansatz. Berlin [u.a.]: Springer.
- Arzheimer, Kai und Falter, Jürgen W. (1998).** Annäherung durch Wandel? Das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, S. 33-43.
- Arzheimer, Kai und Falter, Jürgen W. (2002).** Ist der Osten wirklich rot? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2002 in Ost-West-Perspektive. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, **B49-50**, S. 27-35.
- Arzheimer, Kai und Klein, Markus (2000).** Gesellschaftspolitische Wertorientierungen und Staatszielvorstellungen im Ost-West-Vergleich. In: Falter, Jürgen W., Gabriel, Oscar W. und Rattinger, Hans (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen der Ost- und Westdeutschen im Vergleich* (S. 363-402). Opladen : Leske u. Budrich.
- Averkorn, Syra und Eith, Ulrich (1992).** Zwischen Hoffen und Bangen. Determinanten der Wahlenstsecheidung in Sachsen-Anhalt. In: Oberndörfer, Dieter (Hrsg.), *Die Bundesrepublik im Umbruch: Analysen zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990* (S. 24-55). Freiburg: Arnold-Berstaesser-Institut.
- Averkorn, Syra (1993).** Meinungsforschung in Sachsen-Anhalt. Die Stellung der Sachsen-Anhaltiner zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. In: Gabriel, Oscar W. und Troitzsch, Klaus G. (Hrsg.), *Wahlen in Zeiten des Umbruchs* (S. 443-470). Frankfurt am Main; Berlin; Bern; New York; Paris; Wien: Peter Lang.
- Baumann, Zygmunt (1994).** After the Patronage State: A Model in Search of Class Interests. In: Bryant, Christopher G. A. und Mokrzycki, Edmund (Hrsg.), *The New Great Transformation? Change and Continuity in East-Central Europe* (S. 14-35). London: Routledge.
- Blasius, Jörg (2001).** Korrespondenzanalyse. München [u.a.]: Oldenbourg.Blount, S. (1998).
- Borg, Ingwer (1981).** Anwendungsorientierte Multidimensionale Skalierung. Berlin [u.a.]: Springer.
- Brint, S. (1984).** 'New Class' and Cumulative Trend Explanations of the Liberal Political Attitudes of Professionals. *American Journal of Sociology*, 90, 30-71.
- Brooks, C. und Manza, J. (1997a).** The social and ideological bases of middle-class political realignment in the United States, 1972 to 1992. *American Sociological Review*, **62**, S. 191-208.
- Brooks, C. und Manza, J. (1997b).** Social cleavages and political alignments: US presidential elections, 1960 to 1992. *American Sociological Review*, **62**, S. 937-946.
- Brooks, C. und Manza, J. (1997c).** Class politics and political change in the United States, 1952-1992. *Social Forces*, **76**, S. 379-408.
- Bunce, Valerie und Csanádi, Mária (1993).** Uncertainty in the Transition: Post-Communism in Hungary. *East European Politics And Societies*, **7**, S. 240-275.
- Bürklin, Wilhem und Klein, Markus (1998).** *Wahlen und Wählerverhalten: Eine Einführung*. Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Carroll, J. Douglas und Green, Paul E. (1997).** *Mathematical Tools for Applied Multivariate Analysis*. San Diego: Academic Press.

- Clark, T. N. und Lipset, S. M. (1991).** Are Social-Classes Dying. *International Sociology*, **6**, S. 397-410.
- Derks, A. (2004).** Are the underprivileged really that economically 'leftist'? Attitudes towards economic redistribution and the welfare state in Flanders. *European Journal of Political Research*, **43**, S. 509-521.
- Duch, Raymond M. (1993).** Tolerating Economic Reform: Popular Support for Transition to a Free Market in the Former Soviet Union. *American Political Science Review*, **87**, S. 590-608.
- Eith, Ulrich und Mielke, Gerd (2000).** Die soziale Frage als 'neue' Konfliktlinie? In: van Deth, Jan, Rattinger, Hans und Roller, Edeltraud (Hrsg.), *Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit* (S. 93-115). Opladen: Leske & Budrich.
- Eith, Ulrich (1997).** Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt. Zur Bedeutung sozialstrukturellen Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidungen 1990 und 1994. Berlin: Duncker und Humboldt.
- Eith, Ulrich (2000).** New Patterns in the East? Differences in Voting Behavior and Consequences for Party Politics in Germany. *German Politics and Society*, **18**, S. 119-136.
- Eith, Ulrich (2001).** Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme: Möglichkeiten und Grenzen eines überregionalen Vergleichs. In: Eith, Ulrich und Mielke, Gerd (Hrsg.), (S. 322-335). Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Eith, Ulrich (2002).** Politisch zweigeteilt? Wählerverhalten und Parteiensystem zehn Jahre nach der deutsche Einheit. In: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.), *Deutschland Ost- Deutschland West* (S. 132-154). Opladen: Leske + Budrich.
- Elff, Martin (2004).** Politische Ideologien, Sozialstruktur und Wahlverhalten. Mannheim: Sozi.
- Emmert, Thomas (1991).** Konfliktlinien, Sozialismus und Wahlverhalten. Ein sozialstruktureller Erklärungsversuch zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 in der DDR. Ruprechts-Karls-Universität: Sozial- und Verwaltungswissenschaften.
- Erikson, R. und Goldthorpe, J. H. (1992).** The Constant Flux: A Study of Class Mobility in Industrial Societies. Oxford: Clarendon Press.
- Erikson, R., Goldthorpe, J. H. und Portocarrero, J. (1979).** Intergenerational Class Mobility in Three Western European Societies. *British Journal of Sociology*, **30**, S. 415-441.
- Escofier, B. und Drouet, D. (1983).** Analyse des différences entre plusieurs tableaux de fréquence. *Les Cahiers de l'Analyse des Données*, **8**, S. 491-499.
- Evans, Geoffrey und Whitefield, Stephen (1998).** The Evolution of Left and Right in Post-Soviet Russia. *Europe-Asia Studies*, **50**, S. 1023-1042.
- Evans, Geoffrey (1999).** *The End of Class Politics?*. Oxford [u.a.]: Oxford Univ. Press.
- Flanagan, Scott C. und Lee, Aie-Rie (2003).** The New Politics, Culture Wars, and The Authoritarian-Libertarian Value Change in Advanced Industrial Democracies. *Comparative Political Studies*, **36**, S. 235-270.
- Gardawski, Juliusz (1996).** Poland's Industrial Workers on the Return to Democracy and Market Economy. Warschau: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Gattig, Alexander (2003)** nfluss der Klassenlage auf das Wahlverhalten und die Parteibindung;__URL: <http://www.sozialforschung.uni-bremen.de/wahl1.pdf>; Gefunden am: 30.03.2004.
- Geißler, Rainer (2002).** *Die Sozialstruktur Deutschlands*. Wiesbaden: Westdt. Verl.

- Gerth, Michael (2003).** Die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozess. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.
- Gijsberts, Mérove und Nieuwbeerta, Paul (2000).** Class Cleavages in Party Preferences in the New Democracies in Eastern Europe. *European Societies*, **2**, S. 397-430.
- Glaeßner, Gert-Joachim (1995).** *Demokratie nach dem Ende des Kommunismus*. Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Gluchowski, Peter und von Wilamowitz-Möllendorf, Ullrich (1997).** Soziastrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland. In: Gabriel, Oscar W., Niedermayer, Oskar und Stöss, Richard (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland* (S. 179-208). Bonn: Bundeszentrale für Politischen Bildung.
- Görl, Tilo (2001).** Regionalisierung der politischen Landschaft in den neuen Bundesländern am Beispiel der Landtagswahlen 1999 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, **32**, S. 94-123.
- Görl, Tilo (im Erscheinen):** Klassegebundene Cleavage-Strukturen in Ost- und Westdeutschland. Eine empirische Untersuchung. Baden-Baden: Nomos.
- Hartenstein, Wolfgang und Müller-Hilmer, Rita (2002).** Die Bundestagswahl 2002. Neue Themen - neue Allianzen. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, **B49-50**, S. 18-26.
- Heath, Anthony und Jowell, Roger (1987).** Trendless Fluctuation: A Reply to Crewe. *Political Studies*, **35**, S. 256-277.
- Heath, Anthony, Jowell, Roger, Curtice, John, Evans, Geoffrey, Field, Julia und Witherspoon, Sharon (1991).** *Understanding Political Change. The British Voter 1964-1987*. Oxford [u.a.]: Pergamon Press.
- Heijden, P. G. M. van der und de Leeuw, J. (1985).** Correspondence analysis used complementary to loglinear analysis. *Psychometrika*, **50**, S. 429-447.
- Heijden, Peter G. M. van der, Falguerolles, Antoine de und de Leeuw, Jan (1989).** A Combined Approach to Contingency Table Analysis Using Correspondence Analysis and Log-Linear Analysis. *Applied Statistics-Journal of the Royal Statistical Society*, **38**, S. 249-292.
- Heise, D. R. (1972).** Employing nominal variables, induced variables, and block variables in path analysis. *Sociological Methods & Research*, **1**, S. 147-173.
- Holtmann, Dieter (1983).** *Zur Dimensionalität der politischen Landschaft* (Diskussionspapier), Duisburg: Universität Duisburg - Gesamthochschule.
- Holtmann, Dieter (1974).** *Multidimensionale Skalierung, Methode und ihre Anwendung in den Sozialwissenschaften*. Universität Köln: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät.
- Holtmann, Dieter (1975).** Metrische multidimensionale Skalierung und ein `inhaltliches` Verfahren zur Bestimmung der Achsen. *Zeitschrift für Soziologie*, **4**, S. 248-253.
- Hout, M., Brooks, C. und Manza, J. (1993).** The persistence of classes in postindustrial societies. *International Sociology*, **8**, S. 259-277.
- Hout, M., Brooks, C. und Manza, J. (1995).** The Democratic class struggle in the United States, 1948-1992. *American Sociological Review*, **60**, S. 805-828.
- Houtman, D. (2000).** The working class and the welfare state support for economic redistribution, tolerance for nonconformity, and the conditionality of solidarity with the unemployed. *Netherlands Journal Of Social Sciences*, **36**, S. 37-57.

- Houtman, Dick (2001).** Class, Culture, and Conservatism. In: Clark, Nichols und Lipset, Seymour Martin (Hrsg.), *The Breakdown of Class Politics. A Debate on Post-Industrial Stratification* (S. 161-195).
- Hradil, Stefan (2001).** *Soziale Ungleichheit in Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Inglehart, Ronald und Flanagan, Scott C. (1987).** Value Change in Industrial Societies. *American Political Science Review*, **81**, S. 1289–1349.
- Jagodzinski, Wolfgang und Quandt, Markus (1997).** Wahlverhalten und Religion im Lichte der Individualisierungsthese. Anmerkungen zu dem Beitrag von Schnell und Kohler. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, **49**, S. 761-782.
- Jagodzinski, Wolfgang (1981).** Sozialstruktur, Wertorientierungen und Parteibindung. *Zeitschrift für Soziologie*, **10**, S. 170-191.
- Kitschelt, Herbert (1992).** The Formation of Party Systems in East Central Europe. *Politics & Society*, **20**, S. 7-50.
- Kitschelt, Herbert (1994).** *The Formation of European Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kitschelt, Herbert (1995).** *The Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis*. Ann Arbor: The University of Michigan Press. (c)
- Kluckhohn, Clyde (1951).** Values and Value Orientations in the Theory of Action. An Exploration in Definition and Classification. In: Parsons, Talcott und Shils, Edward (Hrsg.), *Towards a General Theory of Action* (S. 388-433). Cambridge:.
- Knutsen, O. (1995).** Value Orientations, Political Conflicts and Left-Right Identification - A Comparative-Study. *European Journal of Political Research*, **28**, S. 63-93.
- Kreikenbom, Henry (1998).** Nachwirkungen der SED-Ära. Die PDS als Katalysator der Partei- und Wahlpräferenzen in den neuen Bundesländern. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, **29**, S. 24-45.
- Kreikenbom, Henry (1999).** The Major Parties. Dealignment and Realignment in Post-Cold War Germany. *Transformation of the German political party system: institutional crisis or* (S. 160-178).
- Kriesi, Hanspeter (1998).** The transformation of cleavage politics. The 1997 Stein Rokkan lecture. *European Journal of Political Research*, **33**, S. 165-185.
- Krzywdzinski, Martin (2005).** Die Entwicklung der Klassengesellschaft in Polen. Was bedeuten Klassen in der Transformation. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, **57**, S. 62-85.
- Lammont M. (1987).** Cultural Capital and the Liberal Political Attitudes of Professionals: Comment on Brint. *American Journal of Sociology*, **92**, S. 1501-1506.
- Lewis-Beck, M. (1990).** *Economics and Elections: The Major Western Democracies*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Lipset, Symor M. und Rokkan, Stein (1967).** Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In: Lipset, Symor M. und Rokkan, Stein (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments* (S. 1-64). New York: Free Press.
- Manza, J., Hout., M. und Brooks., C. (1995).** Class Voting in Capitalist Democracies since World-War-II - Dealignment, Realignment, or Trendless Fluctuation. *Annual Review of Sociology*, **21**, S. 137-162.
- Mateju, Petr und Rehakova, Blanka (1996).** *Turning Left or Class Realignment* (Diskussionspapier), Prag: Social Trends (1/1996).

- Mateju, Petr und Vlachova, Klara (1997).** The Role of Politically Relevant Attitudes and Value Orientations in Electoral Decisions. The Czech Republik in 1996 (Diskussionspapier), Prag: Social Trends.
- Mateju, Petr, Rehakova, Blanka und Evans, Geoffrey (1999).** The Politics of Interests and Class Realignment in the Czech Republic, 1992-1996. In: Evans, Geoffrey (Hrsg.), *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context* (S. 231-253). Oxford [u.a.]: Oxford Univ. Press.
- Meulemann, Heiner (2004).** Gleichheit und Leistung: Eine 'innere Mauer' in Ostdeutschland. In: van Deth, Jan W. (Hrsg.), *Deutschland in Europa* (S. 151-171). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Middendorp, Cees P. (1992).** Left-Right Self-identification and (Post)materialism in the Ideological Space; their Effect on the Vote in the Netherlands. *Electoral Studies*, **11**, S. 249-260.
- Müller, Walter (1997).** Sozialstruktur und Wahlverhalten. Eine Widerrede gegen die Individualisierungsthese. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, **49**, S. 747-760.
- Müller, Walter (1998).** Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, **50**, S. 3-46.
- Müller, Walter (1999).** Class Cleavages in Party Preferences in Germany - Old and New. In: Heath, Geoffrey (Hrsg.), *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context* (S. 137-180). Oxford [u.a.]: Oxford Univ. Press.
- Neugebauer, Gero und Stöss, Richard (1996).** *Die PDS: Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten*. Opladen : Leske u. Budrich.
- Nieuwebeerta, Paul und de Graaf, Nan Dirk (1999).** Traditional Class Voting in Twenty Postwar Societies. In: Evans, Geoffrey (Hrsg.), *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context* (S. 23-56). Oxford: Oxford University Press.
- Nieuwebeerta, Paul (1995).** The Democratic Class Struggle in Twenty Countries 1945-1990. Amsterdam: Thesis Publishers.
- Nieuwebeerta, Paul (1996).** The Democratic Class Struggle in Postwar Societies: Class Voting in Twenty Countries, 1945-1990. *Acta Sociologica*, **39**, S. 345-383.
- Offe, Claus (1997).** *Varieties of Transition*. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.
- Pappi, F. und Laumann, E. (1974).** Gesellschaftliche Wertorientierungen und politisches Verhalten. *Zeitschrift für Soziologie*, **3**, S. 157-188.
- Pappi, Franz Urban und Shikano, Susumu (2004).** *Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002* (Diskussionspapier), Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Pappi, Franz Urban (1977).** Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. *Politische Vierteljahresschrift*, **18**, S. 195-229.
- Pappi, Franz Urban (1991).** Wahrgenommenes Parteiensystem und Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, **41**, S. 15-26.
- Parrot, Bruce (1997).** 1997. In: Parrot, B. und Dawisha K., (Hrsg.), *Politics, Power, and the Struggle for Democracy in South-East Europe* (S. 1-39). Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.
- Parsons, Talcott (1980).** Über den Begriff „Commitments". In: Parsons, Talcott (Hrsg.), *Zur Theorie der sozialen Interaktionsmedien* (S. 183-228). Wiesbaden: Westdt. Verl.

- Payne, Clive, Evans, Geoffrey und Heath, Anthony (1994).** *Modelling the Class/Party Relationship in Britain, 1964-92* (Diskussionspapier), Glasgow: University of Strathclyde , Centre for Research into Elections and Social Trends, (May 1994).
- Pollack, Detlef (2000).** Die Entwicklung der politischen Kultur in Ostdeutschland: untersucht anhand der Einstellungen zur sozialen Ungleichheit und zur Demokratie. In: Czada, Roland und Gornig, Martin (Hrsg.), *Von der Bonner zur Berliner Republik: 10 Jahre Deutsche Einheit* (S. 281-307). Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Renner, Karl (1953).** *Wandlungen der modernen Gesellschaft*. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.
- Rohe, Karl (1992).** *Wahlen und Wählertraditionen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Roth, Dieter (1990).** Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Der Versuch einer Erklärung. *Politische Vierteljahresschrift*, **31**, S. 369-393.
- Schmitt, Karl (1993).** Politische Landschaften im Umbruch: Das Gebiet der ehemaligen DDR 1928-1990. In: Gabriel, Oscar W. und Troitzsch, Klaus G. (Hrsg.), *Wahlen in Zeiten des Umbruchs* (S. 403-441).
- Schmitt, Karl (2000).** Die Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen vom 5. und 12. September 1999: Landespolitische Entscheidungen im Schlagschatten der Bundespolitik. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, **31**, S. 43-68.
- Schmitt, Karl (2001).** Wählt der Osten anders? In: Eith, Ulrich und Mielke, Gerd (Hrsg.), *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensystem. Länder- und Regionalstudien* (S. 96-110). Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Schnell, Rainer und Köhler, Ulrich (1995).** Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953-1992 . *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* , **47**, 634-657.
- Schnell, Rainer und Köhler, Ulrich (1997).** Zur Erklärungskraft sozio-demographischer Variablen im Zeitverlauf. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* , **49**, 781-795.
- Schöpflin, George (1991).** Post-communism: constructing new democracies in Central Europe. *International Affairs* , **67**, S. 235-250.
- Slomczynski, K.M. und Shabad, G. (1997).** Systemic transformation and the salience of class structure in East Central Europe. *East European Politics And Societies*, **11**, S. 155-189.
- Solga, Heike (1994).** 'Systemloyalität' als Bedingung sozialer Mobilität im Staatssozialismus, am Beispiel der DDR. *Berliner Journal für Soziologie*, S. 523-542.
- Solga, Heike (1995a).** Auf den Weg in eine klassenlose Gesellschaft?: Klassenlagen und Mobilität zwischen den Generationen in der DDR. Berlin : Akademie Verlag.
- Solga, Heike (1995b).** Die Etablierung einer Klassengesellschaft in der DDR: Anspruch und Wirklichkeit des Postulats sozialer Gleichheit. In: Huinink, Johannes und Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.), *Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach* (S. 45-88). Berlin : Akademie Verlag.
- Stöss, Richard und Segert, Dieter (1997).** Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen in Osteuropa nach 1989- Eine Bilanz. In: Segert, Dieter, Stöss, Richard und Niedermayer, Oskar (Hrsg.), *Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften* (S. 379-420). Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Szelényi, Iván, Fodor, Éva und Hanley, Eric (1997).** Left Turn in PostCommunist Politics: Bringing Class Back in? *East European Politics and Societies* , **11**, S. 190-224.

- Szelényi, S., Szelényi, I. und Poster, W. R. (1996).** Interests and Symbols in Post-Communist Political Culture. *American Sociological Review*, **61**, S. 466-477.
- Tworzecki, Hubert (2003).** *Learning to Choose*. Stanford: Stanford University Press.
- Van de Werfhorst, H.G. und de Graaf, N.D. (2004).** The sources of political orientations in post-industrial society: social class and education revisited. *British Journal of Sociology*, **55**, S. 211-235.
- Veen, Hans-Joachim und Gluchowski, Peter (1994).** Die Anhängerschaften der Parteien vor und nach der Einheit - Eine Langfristbetrachtung von 1953 bis 1993. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, **25**, S. 165 ff..
- von Winter, Thomas (1996).** Wählerverhalten in den östlichen Bundesländern: Wahlsoziologische Erklärungsmodelle auf dem Prüfstand, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (2):S. 298-316.
- Weakliem, David L. und Heath, Anthony F. (1999).** The Secret Life of Class Voting: Britain, France, and United States since the 1930s. In: Heath, Geoffrey (Hrsg.), *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context* (S. 97-136). Oxford [u.a.]: Oxford Univ. Press.
- Western, M. und Tranter, B. (2001).** Postmaterialist and economic voting in Australia, 1990-98. *Australian Journal of Political Science*, **36**, S. 439-458.
- Weßels, Bernhard (2000).** Gruppenbindungen und Wahlverhalten: 50 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik. In: Klein, Markus, Jagodzinski, Wolfgang, Mochmann, Ekkehard und Ohr, Dieter (Hrsg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland* (S. 129-158). Wiesbaden: Westdt. Verl.

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

- Nr. 1/1995 - Dieter Holtmann Modelle der Sozialstruktur
- Nr. 2/1996 - Dieter Holtmann Entwicklungstendenzen in der Sozialstruktur und in der politischen Landschaft
- Nr. 3/1997 - Ulf Rostalsky Entwicklungstendenzen von Beschäftigungsverhältnissen in den neuen Bundesländern
- Nr. 4/1998 - Birgit Schäfer Ein Vergleich der Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: SchichtselbstEinstufung und Einstellungen in Abhängigkeit von beruflichen Lagen
- Nr. 5/1998 - Steffen Weber Der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Charakteristika auf individuelle gesellschaftlich-politische Einstellungen. Ein Vergleich von Einstellungen in Norwegen, Deutschland (West) und in den USA
- Nr. 6/1999 - Christian Dössel Lebenszufriedenheit unter dem Einfluss ausgewählter objektiver und subjektiver Faktoren im innerdeutschen Vergleich. Eine Längsschnittanalyse mit den Daten des SOEP
- Nr. 7/1999 - Birgit Schäfer Ein Vergleich der geschlechtsspezifischen Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: SchichtselbstEinstufung und Einstellungen in Abhängigkeit von geschlechtsspezifischen beruflichen Lagen
- Nr. 8/1999 - Tilo Görl Regionalisierung des Wählerverhaltens in den neuen Bundesländern
- Nr. 9/2000 - Mona Youssef Sozialstrukturelle und ökonomische Bestimmungsgründe der Wettbewerbsfähigkeit
- Nr. 10/2000 - Dieter Holtmann Variations of welfare capitalism after the decline of state socialism: Bargaining societies on the basis of value orientations and resources of action
- Nr. 11/2000 - Claudia Vogel Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ein Vergleich von Westdeutschland, Ostdeutschland und Großbritannien
- Nr. 12/2001 - Elisabeth Holtmann Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze zum Thema „Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“
- Nr. 13/2001 - Claudia Buchheister, Tilo Görl Einstellungen und Wahlen als Indikatoren der Fremdenfeindlichkeit - Empirische Analysen -

